

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang Küttler

Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft

Karlheinz Blaschke

Geschichtswissenschaft im SED-Staat

Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers in der DDR

Rainer Eckert

Entwicklungschancen und -barrieren für den  
geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR

Wolfgang J. Mommsen

Die Geschichtswissenschaft in der DDR

Kritische Reflexionen

B 17–18/92  
17. April 1992

**Wolfgang Küttler, Prof. Dr. sc. phil.,** geb. 1936; 1974–1991 Leiter der Forschungsstelle Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft am Zentralinstitut für Geschichte, seit 1990 Institut für deutsche Geschichte der ehem. Akademie der Wissenschaften der DDR; seit Januar 1992 im Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und -theorie (Fördergesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben der Max-Planck-Gesellschaft), Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905, Berlin 1978; Max Weber und die Geschichtswissenschaft, Berlin 1989; (Mitautor und Herausgeber:) Formationstheorie und Geschichte, Berlin 1978; Das geschichtswissenschaftliche Erbe von Karl Marx, Berlin 1983; Gesellschaftstheorie und geschichtswissenschaftliche Erklärung, Berlin 1985.

**Karlheinz Blaschke, Dr. phil. habil.,** geb. 1927; seit 1969 Dozent für Geschichte am Theologischen Seminar Leipzig; seit 1991 Referatsleiter für Archivwesen im Sächsischen Staatsministerium des Innern.

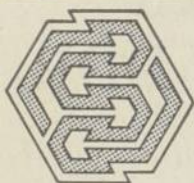
Veröffentlichungen u. a.: Sachsen im Zeitalter der Reformation, Dresden 1967; Wittenberg, die Lutherstadt, Berlin 1977; Geschichte Sachsens im Mittelalter, Berlin 1990; Politische Geschichte Sachsens und Thüringens, München 1991.

**Rainer Eckert, Dr. phil.,** geb. 1950; 1969–1972 Studium der Archivwissenschaft und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1972 aus politischen Gründen von der Universität verwiesen; 1976 Abschluß des Studiums als Fernstudent; von 1975–1988 an der Akademie der Wissenschaften der DDR mit bibliographischen Arbeiten beschäftigt; 1992 Hochschulassistent am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität; Mitglied des Unabhängigen Historikerverbandes.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Alexander von Plato und Jörn Schütrumpf) Wendezeiten – Zeitenwende: Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“, Hamburg 1991; (Hrsg. zus. mit Wolfgang Küttler und Gustav Seeber) Krise – Umbruch – Neubeginn: Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992.

**Wolfgang J. Mommsen, Dr. phil., D. litt. (h.c.),** geb. 1930; seit 1968 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf; Präsident der Internationalen Kommission für Geschichte der Geschichtsschreibung; Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands.

Veröffentlichungen u. a.: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959; Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt 1969; Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, Göttingen 1986<sup>3</sup>; (Hrsg. zus. mit Jürgen Osterhammel) Max Weber and his Contemporaries, London 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft

## Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR

---

### I.

---

Wenn es um die inhaltlichen Schwerpunkte des Neubeginns der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland nach dem Umbruch von 1989 geht, dann wird ein Thema von den verschiedensten Seiten immer wieder genannt: die gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit in einem historischen Systemvergleich seit der Weimarer Republik – das heißt nicht nur die Analyse des realsozialistischen Systems in der DDR für sich oder mit Bezug zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks und auch nicht nur synchron zur Bundesrepublik, sondern im historischen Längsschnitt auch zum nationalsozialistischen Regime und zur ersten deutschen Republik<sup>1</sup>. Dieses Thema ist zwar durch die Erfahrungen aus der Zeit der DDR und im Umbruch für Geschichtsinteresse und Geschichtsorientierung in den neuen Bundesländern spezifisch; es betrifft jedoch darüber hinaus die historische Identität des wieder geeinten Deutschlands überhaupt und ist insofern Teil eines älteren und allgemeineren Problems, das schon ein Kernpunkt des Historikerstreits in der alten Bundesrepublik 1986/87 war<sup>2</sup>.

*Bei den Beiträgen von W. Küttler, R. Eckert und K.H. Blaschke handelt es sich um Referate für die Tagung „Zur Geschichte der SBZ 1945–1949“, die im November 1991 von der Fachgruppe Geschichtswissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Fischer, Bonn, veranstaltet wurde. Diese und weitere Referate werden, in z.T. erweiterter Fassung, in einem Sammelband dokumentiert, der voraussichtlich im Herbst dieses Jahres im Verlag Duncker & Humblot, Berlin, erscheinen wird.*

1 Vgl. die konzeptionellen Ausführungen über künftige zeithistorische Forschungen, in: Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, vom 5. 7. 1991 (Ms.), S. 74ff.; H. Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/90, S. 7ff.

Für Fragen nach deutscher Identität ähneln sich – wenn auch einander in vielem völlig ungleich – die Umbrüche 1945 und 1989. Zumal im Kontext von Untersuchungen, die sich mit der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone 1945–1949 befassen, erscheint der Vergleich mit der Situation der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 als sehr naheliegend, könnte man das Thema „Neubeginn nach dem Zusammenbruch“ auch komparativ verstehen – als Problem des Vergleichs unterschiedlicher Umbruchserfahrungen deutscher Historikergenerationen<sup>3</sup>.

In diesen übergreifenden Kontext gehören auch Überlegungen zur geschichtswissenschaftlichen Situation nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR und damit auch nach dem Ende der DDR-Geschichtswissenschaft als selbständiger Größe. Zum einen deshalb, weil die Argumente des Streits um die DDR-Historiographie wie um die DDR-Historiker sehr oft an den Anfang dessen erinnern, was 1989 sein Ende fand. Denn dorthin reichen auch die biographischen Prägungen gerade jener Historikergeneration zurück, um die heute der Streit geführt wird – z. B. wenn es um die Qualität des damals so stark motivierenden Antifaschismus, um die sozialistischen Ideale der Gründerzeit der DDR und um ihre stalinistischen Beimischungen geht, die von Anfang an sehr stark waren. Die Ostdeutschen insgesamt und die dort geprägten Historiker – vor allem die ältere Generation und durch sie vermittelt auch die jüngere – haben zweierlei schwierige Vergangenheit zu bewältigen und zwei tiefgreifende Systembrüche zu verarbeiten.

2 Vgl. vor allem M. Stürmer, *Geschichte in geschichtslosem Land*, und J. Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung*. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, beide in: *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987, S. 36ff. und 62ff.

3 Beispiele für die Zeit bis 1945 geben u. a. F. Ringer, *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community from 1890 to 1933*, Cambridge, Mass., 1969; H. Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1975, S. 257ff.; W. Weber, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt/Main 1985.

Zum anderen spricht das Argument der gemeinsamen Vergangenheit der deutschen Geschichtswissenschaft in beiden jetzt wieder vereinigten Teilen für eine Retrospektive auf die Zeit nach 1945. Damals wie heute geht es um die *ganze* Historikerkunft, auch wenn der gravierende Unterschied besteht, daß der eigentliche Umbruch diesmal nur einen Teil des Ganzen anzugehen scheint. Wolfgang Mommsen sprach es bei seiner Eröffnungsrede auf dem 38. Historikertag in Bochum Ende September 1990 sehr klar aus, daß die westdeutschen Historiker in vieler Hinsicht ebenfalls von den Umstrukturierungsprozessen betroffen sind und zunehmend sein werden<sup>4</sup>. Inhaltlich, institutionell und personell geht es um die ganze deutsche Geschichtswissenschaft, ihre Strukturen, Perspektiven, Prinzipien und Richtungen; ferner um die Art und Weise, wie die Historiker sich im präzedenzlosen Prozeß der Einigung, in dessen innerer Gestaltung und äußerer Integration im größeren europäischen Rahmen orientieren, wie sie sich den Chancen und Gefahren stellen, die dieser Prozeß mit sich bringt<sup>5</sup>.

In diesem Sinne ist meine These, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Art des Neubeginns von 1945 in beiden Teilen Deutschlands und den inhaltlichen wie individuellen Voraussetzungen der Situation nach 1989. Wie schon erwähnt, erhebt sich die deutsche Identitätsfrage als Problem des Umgangs mit unserer Vergangenheit – so nicht zuletzt die Thematik des Historikerstreits von 1986 – heute für alle deutschen Historiker in ganz anderen Dimensionen und damit auch vor den Historikern der alten Bundesländer. Zusammenbruch und Neubeginn der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland ist darüber hinaus ein Teil des größeren Themas „Umbruch in Mittel- und Osteuropa“ als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewußtsein im nationalen und europäischen Zusammenhang<sup>6</sup>.

Es gilt also zu unterscheiden zwischen dem Zusammenbruch und Neubeginn im Osten Deutschlands und dem Umbruch mit neuartigen Konsequenzen des Geschichtsdenkens für alle Deut-

schen und für alle Historiker; es ist höchste Zeit, beides im Zusammenhang zu diskutieren.

Die Historiker sind allenthalben und zumal in Deutschland – leider allerdings oft in verhängnisvoller Weise – eine höchst politische Zunft gewesen<sup>7</sup> und werden das sicher auch bleiben. Sich einmischen in die politischen Geschäfte, ist immer eines der Berufselixiere der Jünger oder auch Priester Klios gewesen, um den Buchtitel von Weber zu paraphrasieren<sup>8</sup>. In meiner Studie will ich ganz bewußt auf diese Situation von Geschichtswissenschaft in Deutschland heute eingehen, gewissermaßen als eine der Lehren aus einer ersten, sehr vorläufigen „Bilanz nach dem Zusammenbruch“, also dem Ende der DDR, im Kontext deutscher Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Denn ich meine, diese Bilanz kann – positiv gewendet und zukunftsfruchtig – auch verstanden werden als der Versuch einer Perspektivbestimmung deutscher Historiographie nach 1989, gesehen aus der Sicht der Erfahrungen des Zusammenbruchs von Staat, Gesellschaftssystem, staatsoffiziellem Marxismus-Leninismus und Geschichtswissenschaft als Institution dieses Systems im Osten Deutschlands.

Thematische Schwerpunkte bleiben in meinen Ausführungen die Krise, der Zusammenbruch und die Möglichkeiten des Neubeginns von historischer Forschung und Lehre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Aber der retrospektive und der perspektivische Blick soll dabei im Vergleich auch auf die Gesamtentwicklung der Historiographie in Deutschland gerichtet werden. Versuche von Bilanzen gibt es inzwischen viele: aus der Feder westdeutscher und ostdeutscher Kollegen; in journalistischen Feuilletons und auch im heftigen Medienstreit<sup>9</sup>. Dabei überwiegen emotionale Haltungen wie Anklage und Verteidigung; die tiefer-

7 Vgl. G. G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1971.

8 Vgl. W. Weber (Anm. 3).

9 Vgl. W. Schulze, „Das traurigste Los aber traf die Geschichtswissenschaft“. Die DDR-Geschichtswissenschaft nach der „deutschen Revolution“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)*, (1990) 11, S. 683 ff.; ferner die Materialien einer Tagung deutscher und amerikanischer Historiker in der Historischen Kommission Berlin am 10./11. 12. 1990: K. H. Jarausch (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991; Umstrittene Geschichte. Beiträge zur Vereinigungsdebatte der Historiker*. Zusammenge stellt und bearbeitet von W. Geßner, in: *Initial*, (1991) 2; *Wende welcher Geschichte?*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG)*, 2 (1991) 1. Demnächst erscheint: R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*. Mit einem Nachwort von J. Kocka, Stuttgart 1992.

4 Vgl. W. J. Mommsen, Rede zur Eröffnung des 38. deutschen Historikertages, in: *Die 38. Versammlung deutscher Historiker*, Stuttgart 1991, S. 10f.

5 Vgl. J. Kocka, *Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise. Thesen zur Podiumsdiskussion über die Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR auf dem Historikertag in Bochum am 27. 9. 1990*, ebd., und *Postskript März 1991*, beides in: *Initial*, (1991) 2, S. 132 ff.

6 Vgl. J. Kocka, *Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, XIX/1990, S. 479 ff.

-lotende Analyse kommt noch zu kurz, was bei der Brisanz des Themas und dem aktuellen Streit von Interessen und um Existenzen wohl unvermeidlich ist.

Bilanz ist in diesem Kontext dreierlei: erstens Bilanz der bisherigen DDR-Historiker im Umbruch hinsichtlich der Probleme von Verantwortung und Vergangenheitsbewältigung, d.h. im Hinblick auf die Zerfallskrise einer Historiographie, die an das vergangene System gebunden war; zweitens Bilanz der DDR-Historiographie als Bestandteil deutscher und internationaler Geschichtswissenschaft, wobei es um die Gesamtentwicklung dieser Historiographie in den 40 Jahren ihres Bestehens, um die Substanz des Geleisteten und die Auswirkungen der Fehlentwicklungen und Belastungen im Hinblick auf den Inhalt, den Erkenntnisgewinn und auch um den Substanzverlust von Geschichte als Wissenschaft geht; drittens Bilanz der Anfänge des Neubeginns, d.h. die möglichen Perspektiven der Neugestaltung in einem ersten Versuch der Zwischenbilanz in einem noch offenen Prozeß.

In allen diesen Punkten war ich selbst vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten ein aktiv Beteiligter, war exponiert in der Theorie- und Methodenentwicklung engagiert und trage somit auch Verantwortung für das, was hier zur Debatte steht. Diese Verantwortung ist immer konkret und sehr unterschiedlich in jedem einzelnen Fall. Einige Arbeiten enthalten, lese ich sie heute, viel Inakzeptables; an anderes möchte man anknüpfen, und wieder anderes enthält Irrtümer, zu denen jeder Wissenschaftler das Recht hat – ein Recht, das freilich unter den Bedingungen der DDR und angesichts der Folgen des Meinungsmonopols einer einzigen Richtung selbstkritisch gesehen werden muß.

---

## II.

---

Hinsichtlich der gesamten Entwicklung der DDR-Historiographie werden überwiegend drei Thesen als Erklärungsversuche für ihre Widersprüchlichkeit wie auch für die differenzierte Verantwortung der einzelnen vertreten: *erstens* die Instrumentalisierungsthese, von den Betroffenen in frühen, vorsichtig selbstkritischen Erklärungen dahingehend zusammengefaßt, die Historie dürfe nicht mehr wie bisher Magd der Politik sein; *zweitens* die These von der Herrschafts- und Legitimationswissenschaft, wodurch kreative Geschichtsforschung, Lehre und Geschichtsschreibung verkommen

seien; *drittens* die Wüste-Oase-Theorie bzw. Nischenkonzeption, wonach wirkliche Wissenschaft nur als bewußt oder unbewußt von Politik und Weltanschauung verschonter, abgetrennter Fremdkörper in einem ansonsten wissenschaftsfremden und wissenschaftsfeindlichen System existieren können<sup>10</sup>.

Alle drei Thesen sagen jeweils etwas Richtiges aus, sind aber auch wieder einseitig und klischeehaft, verstellen den Blick auf ebenso wichtige andere Aspekte und reißen damit wesentliche Zusammenhänge eher auseinander. Ihre kritische Befragung ist daher grundsätzlich wichtig für die hier vorzunehmende Bilanz der in der DDR entstandenen und geprägten Historiographie. Die Versuche erster Antworten betreffen die drei Grundfragen des Themas: 1. Worin bestehen Schuld, Verantwortung, Verdienst und Leistung? 2. Welche Wissenschaftssubstanz birgt das Erbe der DDR in bezug auf die Geschichte? 3. Welche Chancen sind für die gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft zu bilanzieren?

### 1. Die Verantwortung der DDR-Historiker

Die Instrumentalisierungsthese bezieht sich primär auf die moralisch-politische Seite des Problems. Sie kann anklagen und entlasten und muß daher genau mit der Systemwirklichkeit verglichen werden. „Instrument“ sein bedeutet, als Mittel zum Zweck zu funktionieren, selbst mehr passiv denn aktiv einem fremden Meister zu dienen oder von diesem zum Dienst gezwungen zu werden. Diese Funktion wurde den DDR-Historikern seit Durchsetzung der Parteiherrschaft der SED tatsächlich zugeordnet. Im ganzen wurden Forschung, Lehre und Geschichtsschreibung Instrumente einseitiger Parteilichkeit und Parteiherrschaft. Es war eine Indienstnahme nicht schlechthin für wechselnde und verschiedene, miteinander konkurrierende politische Zwecke, sondern der Dienst und die Indienstnahme für eine einzige Partei<sup>11</sup>. Darin bestand das

---

10 Eine kritische Zusammenfassung der einschlägigen westdeutschen Pressestimmen geben W. Schulze, Das traurigste Los (Anm. 9), und K. H. Jarausch, Vom Zusammenbruch zur Erneuerung. Überlegungen zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Einführung, in: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität (Anm. 9), S. 13 ff.; vgl. auch A. Graf, Wende und Wände. Zur Selbstfindung der (DDR-) Geschichtswissenschaft, in: ebd., S. 35 ff. Am schärfsten kritisch in dieser Richtung: Materialien des Unabhängigen Historikerverbandes der DDR, in: Initial, (1991) 2, S. 187 ff.

11 Vgl. dazu aus unterschiedlicher Sicht den Beitrag von K. Blaschke in diesem Heft; St. Wolle, Das Versagen der Historiker, in: Das Parlament vom 14. 9. 1990, S. 19 f.; J. John/W. Küttler/W. Schmidt, Für eine Erneuerung des Geschichtsverständnisses in der DDR, in: Einheit, 44 (1989) 12, S. 146 ff.

besondere, modernen Wissenschaftstraditionen im Prinzip widersprechende Merkmal, das von den Historikern wie auch von den anderen mit Geschichte, Kultur und Gesellschaft befaßten Disziplinen besonders zu verantworten ist.

Die DDR-Historiographie war von Anfang an und trotz aller schließlich erreichten, international akzeptierten Professionalität vieler ihrer Teilgebiete zugleich Staats- und Parteihistorie, gewissermaßen Haus-, Hof- und Staatsaktion zum Ruhme des Regimes und seiner Repräsentanten, wie auch methodisch geregelte, rational betriebene Geschichtswissenschaft, Bestandteil der nationalen und internationalen Wissenschaftsentwicklung<sup>12</sup>.

Dieser Widerspruch zwischen einseitiger Parteihistorie und wirklicher Wissenschaft ist schwer zu begreifen und zu erklären; er hat auch kritischen Beobachtern von außen immer wieder Schwierigkeiten der Interpretation bereitet. Das aus der von vornherein gegebenen Widersprüchlichkeit zwischen einseitiger Idealisierung und Verwissenschaftlichung erwachsene Dilemma ist nun, da die stützende und manches schützende Hülle eines lange Zeit stabil erscheinenden Systems und der Rahmen eines politisch abgesicherten Theorien- und Meinungsmonopols gefallen sind, eigentlich der Grund für die tiefe moralisch-ethische und politische Krise der ehemals etablierten Zunft<sup>13</sup>. Die erste Frage einer „Bilanz“ nach dem Zusammenbruch ist also die der Verantwortung für diesen Zusammenbruch und seine Konsequenzen.

Es geht angesichts des hohen wissenschaftspolitischen Einsatzes und der existentiellen Fragen immer auch um Be- und Entlastung der einen oder der anderen, schließlich auch um Verdammung des Ganzen durch äußere und innere Kritiker oder um trotzig-aufbegehrende Widerstandshaltung im Niederlagenbewußtsein der besonders Betroffenen. In dieser Hinsicht birgt die These von der „Instrumentalisierung“, von der Magd-Funktion, zweierlei Einseitigkeit: Erstens delegiert sie die Verantwortung nach oben und außen – auf die Partei, den Staat, die jeweils höheren

Leitungen und nicht selten überhaupt von der DDR auf deren Fremdbestimmung durch die Sowjetunion.

In der Tat war jedoch das Dulden, Mittragen und Mitgestalten dieser „Instrumentalisierung“ personell – nach Fachgebieten und Generationen sehr differenziert und sehr verschieden – oft auch innerhalb von Institutionen, Forschungsrichtungen und sogar einzelnen Biographien zugleich vorhanden. Die aktive Rolle der Historiker als eines politisch engagierten Teils der Elite des Systems ist damit weder zu leugnen noch zu verwischen. Zum einen sollten hier die guten Seiten nicht vergessen werden – der Schwung des antifaschistischen Neubeginns, der Aufbruch ehrlicher sozialistischer Ideale, die Aufopferung für den Aufbau einer neuen Form von Geschichtswissenschaft in Deutschland. Wer das Recht auf eine eigene Geschichte für alle Individuen und Gruppen bejaht, muß auch diese Identität einer ganzen Generation zunächst jedenfalls akzeptieren, genauso wie die Historiker der ehemaligen DDR heute auch – was ebenfalls oft schwer fällt – die harte Kritik genau anhören und aushalten sollten, die ihnen aufgrund der Systemfunktion, die sie nun einmal hatten, entgegenschlägt. Nichts geleugnet werden darf also zum anderen auch im Bösen: die Intoleranz einer ungeduldigen Revolution, die Verballhornung und Vereinseitigung des Geschichtsbildes, das verhängnisvolle Vermischen von Weltanschauung und Wissenschaft, von Seinsollen und Wirklichkeit, die nicht nur politische, sondern auch theoretische und methodologische Intoleranz. Nur der Hinweis auf „Instrumentalisierung“ kann als Erklärung also auch zur Apologie geraten, wo doch die *eigene* Verantwortung unabweisbar ist<sup>14</sup>.

Die andere Gefahr ist gegensätzlicher Art: Es wird mit dieser These nämlich unterstellt, DDR-Historiographie habe *nur* als ein solches Instrument gedient, und das sei auch nur bei Historikern der Ostblockländer möglich gewesen. Damit wird die Verknüpfung von Politik und Historie verkannt, wie sie überall besteht. Nicht nur gerät dann die besondere Belastung einseitiger Parteiabhängigkeit aus dem Blick, sondern auch der Umstand, daß Geschichte immer eine politische Funktion hat, auch im Westen, wenn es sich nicht um reine Stoffhuberei handeln soll, und daß substantielle Geschichtswissenschaft ein solches Engagement nicht ausschließt, sondern ebenso damit verbun-

12 Vgl. H. Weber (Anm. 1); K. H. Jarausch (Anm. 10); H. Bleiber, 40 Jahre DDR-Geschichtswissenschaft – Leistungen und Grenzen, in: Österreichische Osthefte, 33 (1991), S. 556 ff.; W. Küttler, Zwischen Wissenschaft und Staatsaktion. Zum Platz der DDR-Historiographie in der „Ökumene der Historiker“, in: Initial, (1991) 2, S. 142 ff.

13 Vgl. R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Anm. 9), Teil II: Krise und Umbruch der DDR-Geschichtswissenschaft; F. Klein, Was wird aus der Wissenschaft der DDR, in: Das Parlament vom 14. 9. 1990, S. 19.

14 Vgl. K. H. Jarausch (Anm. 10), bes. S. 21 ff.

den ist wie mit theoretischen und konzeptionellen Vorannahmen<sup>15</sup>.

Es gab Wissenschaft in der DDR also nicht nur *außerhalb* politischer Orientierung oder Fixierung, sondern auch *zusammen* mit politischem Engagement. Einfach nur von „ideologischer“ und „politischer Belastung“ zu sprechen, ist darum zu einfach. Es geht bei der spezifischen Vergangenheitsbewältigung immer um die *einseitige* politische Monopolisierung, das Monopol *einer* Weltanschauung und deren unkritische, andere schädigende Ausübung – nicht um Politik und weltanschauliche Werte schlechthin, ohne die Historie nicht betrieben werden kann und die überall in einem Spannungsverhältnis zu den Normen der Wissenschaft stehen<sup>16</sup>.

## 2. Herrschaft und Wissenschaft

Diese Bemerkung führt zum zweiten Hauptgesichtspunkt einer Bilanz: zur legitimierenden Rolle der DDR-Historiographie in ihrer Gesamtentwicklung. Was bedeutet es wissenschaftstheoretisch und -geschichtlich, wenn apodiktisch festgestellt wird: Sie war Herrschaftswissenschaft im SED-Staat?

Im Sinne eines vorwiegend und einseitig befolgten Legitimierungsauftrags trifft die damit verbundene Aussage zunächst zu. Die führenden Kreise benutzten Geschichte als direkte Rechtfertigung ihrer Politik. Politische Entscheidungen, Parteibeschlüsse galten als gesetzte Norm. In ihre „Weisheit“ war einzudringen, sie sollten also zugleich als Erklärungsmuster vor allem für die DDR- und Zeit- sowie für die Partei- und Arbeiterbewegungsgeschichte – vermittelt aber auch für alle anderen Bereiche – dienen<sup>17</sup>. Gerade damit war aber auch verbunden, daß DDR-Historiker die andere Bedeutung von „Herrschaftswissenschaft“ niemals ausfüllen konnten und durften: nämlich wirklich historisches Wissen für die Realisierung und Gestaltung in der Gesellschaft, für eine effektive Ausübung von Herrschaft bereitzustellen. Wer das kritisch wagte, bekam es sehr bald mit dem Machtmo-

opol der Führungskreise in Partei und Staat zu tun<sup>18</sup>. Daß so etwas in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht oder kaum möglich war, ist ja einer der Gründe für das Scheitern des Systems, für seine Innovationsunfähigkeit.

Dennoch betrifft das Verdikt der Herrschafts- und Legitimationswissenschaft zentral auch die wissenschaftsinterne Substanz. Der Legitimationsauftrag betraf nicht nur die öffentliche Funktion, sondern auch den Forschungsinhalt und die Intention der erzeugten Historiographie selbst, mehr noch aber die Lehre an den Universitäten und ganz und gar den Schulunterricht. Hier hat dieses Verdikt zweifellos seine Berechtigung. Aber auch die professionelle Forschung war einbezogen, wobei es wiederum um die Einseitigkeit der Beziehung zur Politik und um deren oft grob wissenschaftsfremde Haltung geht. Denn die Gegenfrage ist auch hier angebracht, wo denn Historie ganz ohne Legitimation herrschender Politik auskommt. In der DDR ging es jedoch um das *Monopol* einer ganz bestimmten Legitimationsrichtung, das auch die Felder anerkannter Forschung einschloß. Gerade auch die mit einer gewissen Öffnung der Forschungs- und Diskussionsspielräume verbundene erweiterte Erbe- und Traditionserschließung seit Ende der siebziger Jahre zeigt diese Funktion in aller Deutlichkeit<sup>19</sup>.

Zweifellos waren die jetzt immer aufwendiger veranstalteten Kampagnen einer politisch intendierten Jubiläumshistorie sichtbarer Ausdruck der Herrschaftslegitimation und der Verbrämung aktueller Politik. So hatte die langfristige Vorbereitung des Luther-Jahres 1983 unter der Schirmherrschaft von Erich Honecker zweifellos damit zu tun, die parteigemäße Auffassung von einer „Kirche im Sozialismus“ kultur- und wissenschaftspolitisch umzusetzen; und so wies die Preußen-Debatte von Anfang an in den Versionen, die ihr hochgestellte Politiker gaben, ganz unabhängig von den persönlichen wissenschaftlichen Vorstellungen der beteiligten Historiker auch jenen Hang zur Law-and-order-Schau, zum realsozialistischen „ora et labora“ mit dem Segen der „preußischen Tugenden“ auf, den unbefangene Beobachter von außen vor 1989 – sehr zum Erstaunen der DDR-Historiker – als

15 Das Problem verdeutlichen am Beispiel des Berlin-Jubiläums und der dazu erschienenen historischen Literatur in Ost und West W. Ribbe, Kritische Anmerkungen zur historischen Berlin-Forschung der DDR, und P. Jelavich, Kulturgeschichtliche Bemerkungen zur Berlin-Historiographie, beide in: K. H. Jarausch (Hrsg.) (Anm. 9), S. 91 ff., S. 107 ff.

16 Grundsätzlich dazu: R. Koselleck/W. J. Mommsen/J. Rüsen (Hrsg.), Objektivität und Parteilichkeit (Theorie der Geschichte, Beiträge zur Historik, Bd. 1), München 1977.

17 Typisch dafür u. a.: W. Eckermann/H. Mohr (Hrsg.), Einführung in das Studium der Geschichte, Berlin (Ost) 1979<sup>3</sup>, S. 30 ff.

18 Vgl. M. Kossok, Klio – die Muse mit dem Januskopf. Gedanken zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1991) 3, S. 92.

19 Vgl. W. Schmidt, DDR-Geschichtswissenschaft im Umbruch. Leistungen – Grenzen – Probleme, in: R. Eckert/W. Küttler/G. Seeber (Anm. 9). Die gesamte Erbe-Debatte ist dokumentiert in: H. Meier/W. Schmidt, Erbe und Tradition in der DDR. Die Debatte der Historiker, Berlin (Ost) 1988.

durchaus im Gegensatz zum revolutionären und demokratischen Anliegen des klassischen Marxismus und der Arbeiterbewegung sahen<sup>20</sup>.

Dieser Legitimierungszwang von außen wurde jedoch durch das ehrliche Bedürfnis vieler ergänzt, durch ihre Arbeit wirklich zur Legitimierung eines Systems beizutragen, mit dem sie sich von Anfang an – manche unbedingt, manche kritisch – identifiziert hatten. Mit der wachsenden Krise und Überlebtheit des Systems mehrten sich auf diese Weise Tendenzen der dogmatischen Abschottung, der Sterilität und fehlenden Innovationsbereitschaft auch innerhalb der Forschung und Lehre – so z. B. in bezug auf neue Trends der Sozialgeschichte in den siebziger Jahren, der Alltags- und Mentalitätsgeschichte in den achtziger Jahren<sup>21</sup>.

Diese Tendenzen wirkten sich stärker noch konzeptionell und hinsichtlich der Wertorientierung der Historiographie aus. Am intensivsten ist dieses Problem in bezug auf die Defizite des Antifaschismus diskutiert worden, der zweifellos zu den prägenden Impulsen der Gründergeneration der DDR-Historiographie zählte. In der offiziellen Auffassung und Handhabung wurde er dann aber ein für allemal staats- und parteieigen, brauchte nicht immer aufs neue erworben, erinnert und erstritten zu werden; der Faschismus wurde auf die herrschenden Klassen von einst delegiert und der reale Sozialismus für die DDR einfach teleologisch gesetzt<sup>22</sup>.

Diese schweren Belastungen festzustellen, beantwortet aber noch nicht die andere substantielle Frage: Womit und wie hat die DDR-Historiographie in den unterschiedlichen Phasen ihrer Existenz die deutsche und internationale Geschichtswissenschaft beeinflusst, d. h. ihr Impulse gegeben und neue Erkenntnisse eingebracht? Das betrifft wiederum die DDR-Geschichtswissenschaft als Ganzes ebenso wie ihre Vertreter und Generationen in deren biographischer Differenziertheit. Beides reicht weit in die vergangenen 40 Jahre und z. T. bis 1945 zurück, ist also eine Frage der wissenschaftsgeschichtlichen Gesamtbilanz. Diese ist viel

20 Vgl. G. G. Iggers, Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere Deutsche Geschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, 14 (1988), S. 542ff. Ausführlich jetzt H. Brinks, Die DDR zwischen Einheit und Abgrenzung. Höhepunkte aus der deutschen Geschichte als Paradigmen politischen Wandels. Luther, Friedrich II. und Bismarck, Diss., Groningen 1991.

21 Vgl. H. Schultz, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR?, in: ÖZG, 2 (1991) 1, S. 22ff.

22 Vgl. O. Groehler, Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: R. Eckert u. a. (Anm. 9); K. H. Jarausch, Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus, in: Initial, (1991) 2, bes. S. 119f.

schwieriger als jede aktuelle Meinungsbildung; sie kann und sollte aber jetzt schon – wenn auch noch in ersten, unzulänglichen Versuchen – in Angriff genommen werden. Denn diese können helfen, die Debatte zu versachlichen. Es gehört zu den konsensfähigen Prämissen einer jeden historischen Betrachtungsweise, daß ein beliebiger Vorgang nicht allein vom Ende her beurteilt werden kann. Wie für 40 Jahre DDR, so gilt das auch für ihre Geschichtswissenschaft<sup>23</sup>.

So gesehen bedeutet eine Bilanz also, nach dem Platz dieser Form von Geschichtsforschung und Historiographie in der „Ökumene der Historiker“ zu fragen – ganz in dem Sinne, wie es K. D. Erdmann mit der Beschreibung dieses Phänomens anhand der Geschichte der internationalen Historikerkongresse herauszuarbeiten versucht hat: nämlich die Interdependenz zweier verschiedener und gegensätzlicher Auffassungen von Geschichtswissenschaft in einer *scientific community* aufzuzeigen, wie sie sich seit den beginnenden sechziger Jahren zwischen den Historikern aus Ost und West ausgeprägt hatte<sup>24</sup>.

Der Neubeginn nach 1945 brachte in der SBZ und dann in der DDR zugleich Verluste wie Impulse für eine neue Geschichtswissenschaft in Deutschland. Die Verluste ergaben sich zunächst vor allem aus der Abwanderung oder Verdrängung des bisher vorhandenen geistigen Potentials, in der schrittweisen Errichtung des Themen-, Methoden-, Forschungs- und Darstellungsmonopols der parteigestützten marxistischen Richtung. Diese wurde von einer Generation getragen, die es zweifellos mit dem Neubeginn nach dem Faschismus ernst meinte, mit den verhängnisvollen Traditionen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert rigoros brechen wollte und sich auf eine zugleich demokratische und sozialistische Perspektive orientierte. Dieser Neubeginn mündete sehr bald in die Ausgrenzung nichtmarxistischer Geschichtsforschung und Lehre; er war gleichzeitig von Anfang an auch schwer durch stalinistische Deformationen des Marxismus selbst belastet. Aber er brachte einen später auch wissenschaftlich zu Buche schlagenden Vorsprung im Bruch mit konservativen Paradigmen der deutschen Historiographie, in der

23 Vgl. G. G. Iggers, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt/M. 1991, bes. S. 8–19; Ch. Kleßmann, Die DDR-Geschichtswissenschaft aus der Sicht der Bundesrepublik, in: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität (Anm. 9), S. 43ff.

24 Vgl. K. D. Erdmann, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987, bes. S. 424ff. und 459ff.



Gegenstandserweiterung auf sozialökonomische, klassengeschichtliche und revolutionär-demokratische Aspekte der deutschen Geschichte<sup>25</sup>.

Was also von außen als Bruch mit den Traditionen der Wissenschaft überhaupt erschien und auch mit düsteren Methoden der geistigen Intoleranz, der inquisitorischen Aburteilung abweichender Auffassungen und der grobschlächtigen Vereinseitigung des Geschichtsbildes einherging, erwies sich auch als Startbedingung für eine andere Sicht und Forschungsorientierung, die zweifellos als produktive Herausforderung wirkte.

Bisher wenig beachtete oder völlig verdrängte Aspekte – die Revolutionsgeschichte von 1848/49, ihre Vorläufer und Ergebnisse, die Arbeiterbewegung, die demokratischen Traditionen der neuzeitlichen deutschen Geschichte – wurden, wenn auch einseitig, selektiv und mit überhöhtem politischen Legitimierungsstreben im Hinblick auf das aktuelle Geschehen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, jetzt in den Mittelpunkt von Forschung und Lehre gestellt. Hier konnten eine Zeitlang namhafte Vertreter der alten Schule wie Karl Griewank anknüpfen, und hier wäre auch ein breites, pluralistisches Spektrum zu integrieren gewesen, hätten nicht die gegenläufigen Tendenzen der kommunistischen und marxistisch-leninistischen Gleichschaltung sowie die – zweiseitig wirkenden – Begleiterscheinungen des Kalten Krieges derartige Ansätze von vornherein schwer belastet und z. T. mit tragischen Folgen für die einzelnen (Nichtweiß, Lintzel, Griewank) gänzlich verhindert<sup>26</sup>.

Auch und gerade auf so brisanten und politiklastigen Feldern wie der Geschichte der beiden Weltkriege sowie der Analyse des Faschismus wurden in den fünfziger und sechziger Jahren Ansätze herausgearbeitet, die dann auch auf die internationale

Forschung Einfluß hatten<sup>27</sup>. Der amerikanische Historiker Konrad Jarausch hat – um ein gewichtiges Beispiel zu nennen – erst kürzlich in einer Studie über das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus klar akzentuiert, daß zunächst wichtige Anregungen aus der rigorosen Faschismuskritik der DDR-Historiographie kamen – hinsichtlich der ökonomischen Faktoren der Rolle von Industrie und Banken, der Leistung des kommunistischen Widerstands usw.<sup>28</sup>.

Der Impuls dieses gewiß insgesamt schwer belasteten Neubeginns, der das Prägezeichen des Stalinismus deutlich erkennen ließ, war also zweifellos auch mit einem Schritt zur produktiven Veränderung der Geschichtswissenschaft in Deutschland verbunden – als bewußte und sehr einseitige Kampfansage an die bis in die fünfziger Jahre vorherrschende konservative Kontinuität der westdeutschen Historiographie. Dort nämlich war die Wahrung der Tradition mit dem Beharren auf dem bisherigen Historismus-Paradigma und damit der z. T. sehr dezidierten Abgrenzung gegenüber anderen Forschungsrichtungen in West- und Osteuropa bezahlt worden<sup>29</sup>.

Bereits mit den sechziger Jahren prägte sich die dominierend gewordene marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft voll als professionelle Disziplin aus, entwickelte traditionelle und neue Branchen und Teildisziplinen, brachte auch erste Synthesen als Ergebnis konzeptioneller Orientierung und entsprechender konkreter Forschungen hervor. Seit Ende der sechziger Jahre gewann dieser Vorgang eine neue Qualität, und zwar verursacht durch inner- und außerwissenschaftliche Entwicklungen, die A. Fischer und G. Heydemann in ihrer Einleitung zum ersten Band von „Geschichtswissenschaft in der DDR“ umfassend und zutreffend beschreiben<sup>30</sup>.

25 Vgl. A. Fischer/G. Heydemann, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945, in: dies. (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. I: Historische Entwicklung, Theorie-diskussion und Geschichtsdidaktik, Berlin 1988, S. 7 ff. Aus DDR-Sicht W. Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront – antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin (Ost) 1970.

26 Vgl. A. Fischer, Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Zum Verhältnis von „bürgerlichen“ und marxistischen Historikern in der SBZ/DDR nach 1945, in: GWU, (1980) 3, S. 149 ff.; G. G. Iggers, Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR aus der Sicht der USA, in: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität (Anm. 9), S. 59 f.; ausführlich, aber noch von der offiziellen DDR-Konzeption bestimmt: H. Heitzer/K. H. Noack/W. Schmidt (Hrsg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (Ost) 1989.

27 Die Ergebnisse waren große Synthesen, die ab Ende der sechziger Jahre erschienen: Autorenkollektiv, Leitung F. Klein, Deutschland im ersten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1968/69; Autorenkollektiv, Leitung W. Schumann, Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1–6, Berlin (Ost) 1974–1985; als theoretisches Resümee: D. Eichholtz/K. Gossweiler (Hrsg.), Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin (Ost) 1980.

28 Vgl. K. H. Jarausch (Anm. 9), S. 117 f.; A. Hillgruber, „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ – Anmerkungen zu einem Standardwerk der DDR-Geschichtsschreibung, in: HZ, (1976) 223, S. 358 ff.

29 Vgl. G. Heydemann, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Frankfurt/M.–Bern 1980; jetzt besonders W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.

30 Vgl. A. Fischer/G. Heydemann (Anm. 25), bes. S. 16 ff.

Wichtig ist vor allem, zu betonen, daß auch die Herrschafts- und Legitimierungsfunktion der Geschichte für das System selbst mit dessen weiterer realgeschichtlicher Differenzierung und Ausformung eine wissenschaftliche Professionalisierung erzeugte, ja unvermeidlich hervorbringen mußte – nicht nur für die internationale Reputation, sondern auch zum Zwecke der inneren Stabilisierung. Diese Ziele waren unter modernen Wissenschaftsbedingungen nämlich nur dadurch wirksam zu verfolgen, daß Wissenschaft in bestimmten Grenzen ernstgenommen und gefördert wurde. SED und DDR-Staat belasteten und behinderten die Geschichtswissenschaft nicht nur, sondern sie förderten sie auch – nicht etwa nur im Sinne einseitiger „Kaderpolitik“ und Aufblähung der Partei- und DDR-Geschichte, sondern auch dadurch, daß seriösen wissenschaftlichen Richtungen Mittel- und Aktionsmöglichkeiten bereitgestellt und ihnen in bestimmten Grenzen auch Freiraum für wissenschaftlichen Meinungsstreit, später zunehmend auch internationale Kontakte eingeräumt wurden. Alles immer unter den Prämissen des Systems und seiner Ausleseprinzipien, aber dennoch auch oft mit dem Resultat, daß günstige Bedingungen für die Forschung geschaffen wurden<sup>31</sup>.

Eine inhaltliche Analyse dieser innerwissenschaftlichen Fortschritte kann hier nicht erfolgen. Wirtschafts- und Agrargeschichte, sozialgeschichtliche Aspekte der mittelalterlichen Geschichte (Hansforschung, Stadtgeschichte), Forschungen zur alten Geschichte, wichtige Bereiche der frühneuzeitlichen deutschen Geschichte (Reformation und Bauernkrieg, These der frühbürgerlichen Revolution), die Geschichte der bürgerlichen Revolution von 1848/49 und die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft (preußische Reformen, Vormärz, reformerischer Weg der bürgerlichen Umgestaltung), die Geschichte und Vorgeschichte der beiden Weltkriege und trotz vieler gravierender Defizite auch die Imperialismus- und Faschismusforschung sind hier zu nennen<sup>32</sup>.

In diesem Kontext sind folgende Punkte besonders hervorzuheben: *Erstens* wurden Erkenntnisse-

31 Vgl. zu diesem Aspekt besonders W. Röhr, Entwicklung und Abwicklung der Geschichtswissenschaft. Polemische Bemerkungen zu den Voraussetzungen einer Urteilsbildung über Historiker und historische Institutionen der DDR, in: *Initial*, (1991) 4 und 5, hier H. 4, S. 432–434.

32 Vgl. H. Bleiber (Anm. 12); W. Küttler, Marxistische Geschichtswissenschaft – Was bleibt? Das Beispiel DDR, in: K. H. Jarausch/J. Rüsen/H. Schleier (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft vor 2000*. G. Iggers zum 65. Geburtstag, Bielefeld 1991; in der Außensicht A. Fischer/G. Heydemann (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. II: Vor- und Frühgeschichte bis Neueste Geschichte, Berlin (West) 1990.

winne und akzeptierte wissenschaftliche Leistungen durchaus nicht nur oder vorwiegend am Rande oder jenseits des Marxismus und seiner offiziellen Interpretation, sondern in vielen Gebieten in deren Rahmen – als Impuls und Grenze zugleich – erzielt. Was Georg Iggers für die Sozialgeschichte feststellt, gilt für die DDR-Geschichtswissenschaft gerade in ihren Leistungsfeldern allgemein: Die von ihm neu herausgegebenen Texte der DDR-Sozialgeschichtsforschung „sind in ihren Grundannahmen marxistisch oder wenigstens dem geistigen Erbe des Historischen Materialismus verpflichtet... Ich glaubte, wie ich auch jetzt noch glaube, daß die in diesem Band repräsentierte Geschichtsschreibung gerade wegen ihrer marxistischen Sichtweise einen Beitrag zur gegenwärtigen internationalen Sozialgeschichte zu leisten vermag.“<sup>33</sup> Diese Einschätzung betrifft im genannten Sammelband so unterschiedliche Autoren wie Jürgen Kuczynski, Helga Schultz, Hartmut Zwahr, Jan Peters und Hartmut Harnisch<sup>34</sup>, und sie bezieht sich natürlich nicht auf die staatsoffizielle Doktrin und deren parteiamtliche Auslegung, sondern auf kreativ in der Forschung eingesetzte marxistische Theorie und Methode.

Dieses Urteil könnte – sicherlich mit entsprechenden anderen Gewichtungen und Belastungen – auch auf die umfangreichen Forschungen zur deutschen Geschichte des 16. Jahrhunderts bezogen werden, die ohne den theoretischen Interpretationsrahmen der Konzeption der „frühbürgerlichen Revolution“ nicht zu denken wären<sup>35</sup>, und es träfe ebenso auf die revolutionsgeschichtlichen Arbeiten zu 1848/49, zur bürgerlichen Umgestaltung und Modernisierung im 19. Jahrhundert wie zu den neuzeitlichen bürgerlichen Revolutionen insgesamt zu<sup>36</sup>. Die formationsgeschichtlichen und revolutionstheoretischen Ansätze, die sich an Marx,

33 G. G. Iggers, Einleitung, in: ders. (Anm. 23), S. 8.

34 Ebd., S. 25 ff., und die wiederabgedruckten Beiträge der genannten Autoren, ebd., S. 36 ff., S. 41 ff., S. 70 ff., S. 93 ff.

35 Vgl. M. Steinmetz (Hrsg.), *Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland* (Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 5), Berlin (Ost) 1985; zur Außensicht vgl. R. Wohlfeil, *Reformation als „frühbürgerliche Revolution“? Die deutsche Reformation in der Historiographie der DDR*, in: A. Fischer/G. Heydemann, Bd. II (Anm. 32), S. 177 ff.

36 Vgl. W. Schmidt, *Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte*, Berlin (Ost) 1990; M. Kossok/W. Küttler, *Die bürgerliche Revolution: Grundpositionen einer historisch-vergleichenden Analyse*, in: M. Kossok (Hrsg.), *Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode*, Berlin (Ost) 1988, sowie die vorzügliche analysierende Studie von G. Heydemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49 als Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR*, in: A. Fischer/G. Heydemann, Bd. II (Anm. 32), S. 505 ff.

Engels und auch Lenin orientierten, sind für die erzielten Ergebnisse auf beiden Forschungsfeldern mit konstitutiv – sowohl in ihrem anerkannten Erkenntnisgewinn, der nicht neben der angewandten Theorie steht, wie oft behauptet wird, als auch in ihren Grenzen: der System- und Machtfixiertheit, der einseitigen Sichtweise auf die Fortschrittskraft von Revolutionen, der Überforderung der Rolle der Massen in der Geschichte, der Unterschätzung von Ideen, Normen und Werten als systemprägende Faktoren. Diese kritischen Einschränkungen sind ebenso an die Adresse der in dieser Phase stark intensivierten fachmethodologischen und theoretischen Bemühungen, d.h. in diesem Falle u. a. auch an meine eigenen Arbeiten zu richten<sup>37</sup>.

Mit dieser Entwicklung verstärkten sich *zweitens* auch die Konvergenzen und kompatiblen Forschungsfelder der west- und ostdeutschen Historiographie. Als Rahmenbedingung wirkte dafür die Entspannungspolitik nach 1970, als innerwissenschaftlicher Impuls die Veränderungen der Gegenstandsfelder und Konzepte auf beiden Seiten<sup>38</sup>. Es gab eine gewisse Interdependenz zwischen der marxistischen Debatte über die ökonomischen Gesellschaftsformationen einerseits und der westlichen Diskussionen zur Sozialwissenschaft und Geschichte andererseits, der Momente sowohl der Annäherung als auch der fachspezifischen Auseinandersetzung in konkreten Forschungsfragen entsprachen. Allerdings war die damit beginnende Kommunikation nach wie vor durch Vorurteile, Abschottung und ideologische Ausgrenzung seitens der Wissenschaftspolitik der DDR, aber auch durch entsprechende Vorbehalte und pauschale Negation von westlicher Seite belastet<sup>39</sup>.

37 Vgl. u. a. E. Engelberg/W. Küttler (Hrsg.), Formations-  
theorie und Geschichte. Studien zur historischen Analyse  
ökonomischer Gesellschaftsformationen im Werk von Marx,  
Engels und Lenin, Berlin (Ost) 1978; K. Naumann, Ökono-  
mische Gesellschaftsformation und historische Formations-  
analyse, Köln 1983.

38 Vgl. in Gegensatz und Dialog J. Kocka, Zur jüngeren  
marxistischen Sozialgeschichte. Eine kritische Analyse unter  
besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze  
in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und So-  
zialpsychologie, Sonderheft 1972, S. 491 ff., u. H. Schleier,  
Zu den Theorien über die Entwicklung der Gesellschaft im  
spätbürgerlichen deutschen Geschichtsdenken, in: E. Engel-  
berg/W. Küttler (Anm. 37), S. 669 ff. (Abschnitt: „Sozialge-  
schichtliche Alternativkonzeptionen in der BRD“).

39 Vgl. u. a. den Marx-Weber-Vergleich bei J. Kocka, So-  
zialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, Göttingen  
1977, S. 9–40; W. Küttler/G. Lozek, Marxistisch-leninisti-  
scher Historismus und Geschichtsanalyse, in: E. Engelberg  
(Hrsg.), Probleme der Geschichtsmethodologie, Berlin (Ost)  
1972, S. 33 ff.

Jedenfalls begann damit *drittens* der schwierige Prozeß einer vorsichtigen internationalen Öffnung der DDR-Geschichtswissenschaft, der wiederum ambivalente Tendenzen aufwies: Auf der einen Seite ermöglichte die wachsende Kommunikation mit der westlichen Historiographie auch größere Chancen für die Forschung, auf der anderen Seite verschärfte sich der innere Selektionsdruck, was etwa in den „Reiseprivilegien“ nur für eine Minderheit etablierter Wissenschaftler zum Ausdruck kam.

*Viertens* entwickelte sich die DDR-Historiographie auch im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern auf eine besondere Weise. Die enge Interdependenz zur westdeutschen Geschichtswissenschaft erzwang – bei allen damit verbundenen zusätzlich politischen Belastungen – doch langfristig eine größere wissenschaftspolitische Flexibilität als beispielsweise in der Tschechoslowakei nach 1968, in der Sowjetunion selbst, in Rumänien und Bulgarien. Andererseits konnte sich in der DDR eine oppositionelle Historiographie nie entfalten, und es fehlten auch weiterwirkende nichtmarxistische Schulen und Institutionen wie z. B. in Polen<sup>40</sup>.

Insgesamt ergaben sich damit sehr widersprüchliche Voraussetzungen, mit denen die DDR-Historiographie nach 1985 in die nunmehr offenkundige Systemkrise eintrat.

### 3. Schwieriger Neubeginn

Damit ist das dritte hier zu behandelnde Problem berührt: das der weiteren Perspektiven, die sich aus der Bilanz als Chancen und Belastungen des Neubeginns ergeben. Zunächst ist festzustellen: Die DDR-Historiographie als solche ist am Ende, ihre Institutionen sind oder werden aufgelöst. Die Probleme, die aus ihrer Entwicklung erwachsen, sind aber gravierend geblieben und wurden durch die Schnelligkeit der Einigung sowie durch die schroffe Wendung zu einem völlig anderen Wissenschaftssystem eher noch verstärkt.

Daher vor allem versagt die Theorie der Nischen und Oasen vor der Wirklichkeit dieser Landschaft, die sowohl voll bestellt als auch insgesamt krank war. Nischen und Oasen politikferner „reiner“ Wissenschaft gab es in der Tat, und sie waren auch, wie in den Diskussionen beschrieben, oft einzige Zuflucht derer, die, ohne die DDR zu

40 Vgl. N. Naimark, Politik und Geschichtswissenschaft im osteuropäischen Kontext, in: K. H. Jarausch (Anm. 9), S. 125 ff.

verlassen, dennoch relativ abseits von der herrschenden Politik und unbehelligt ihre Wissenschaft betreiben wollten. Die behaglichen Nischen aber setzen schon vom Bilde her den öden, leeren Saal und die in größerer Zahl als angenommen gefundenen Oasen wiederum die allgemeine Wüste voraus. Das pauschale Verdikt über die DDR-Geschichtswissenschaft nebst anderen benachbarten Disziplinen bleibt bestehen: eigentliche Wissenschaft sei nur in der Entfremdung vom System möglich gewesen<sup>41</sup>.

Es war aber nicht so, daß die reine Wissenschaft, befreit von den Fesseln des Systems, wie ein Phönix aus der Asche der DDR erstehen konnte und daß ihre Repräsentanten die Erneuerung von selbst hätten betreiben können. Die Stimme der etablierten Historiker und überhaupt der Gesellschaftswissenschaftler blieb im Umbruch schwach. Sie beharrten in der Mehrheit selbst bei kritischer Aufgeschlossenheit darauf, daß sich der Sozialismus und die marxistische Geschichtswissenschaft erneuern würden und sollten, ohne zunächst den prinzipiellen Bruch der Kontinuität zu begreifen. Die Erwartungen der westdeutschen Kollegen waren in dieser Hinsicht offensichtlich zu hoch gespannt. Der Verbandsvorsitzende Wolfgang Mommsen sprach sie in Bochum Ende September 1990 nochmals nachdrücklich aus: „Die Überwindung der ideologischen Residuen des bisherigen Wissenschaftssystems in der DDR wird in erster Linie von den betroffenen Kollegen selbst geleistet werden müssen. Aber ohne die materielle und ideelle Hilfe von westdeutscher Seite wird dies nicht möglich sein.“<sup>42</sup>

Diese Erwartung – das war zum Zeitpunkt des Bochumer Historikertags schon abzusehen und an den scharfen Auseinandersetzungen z. B. um den Sitz im Büro des Internationalen Historikerkomitees beim Weltkongreß in Madrid kurz zuvor deutlich geworden – erfüllten die Kollegen der etablierten Historikergunft aus der ehemaligen DDR zum großen Teil nicht. Viele Gründe sind dafür anzuführen: Verhaftetsein im alten System; Verzweiflung über das Scheitern aller Illusionen, es zu erneuern; Fixierung der eigenen Hoffnun-

41 Vgl. G. Seibt, Oasen in Sicht. Wissenschaft im Test: Die Akademie der DDR wurde evaluiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 7. 1991, S. 23; St. Wolle (Anm. 11); I. Stark, Zur Situation der Altertumswissenschaften in der DDR, in: R. Eckert u. a. (Anm. 9). Das Bild von der Wüste prägte der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, H. F. Zacher, relativierte es aber später entscheidend zugunsten der Oasen, vgl. sein Interview: „Wir müssen Alarm schlagen“, in: Berliner Zeitung vom 3. 6. 1991, S. 5.

42 W. J. Mommsen (Anm. 4), S. 12.

gen auf die Illusion eines dritten Weges zwischen dem westlichen System und dem gescheiterten „realen“ Sozialismus; Verbitterung bei den kritischen Geistern, die, aus dem ursprünglichen sozialistischen Impuls gekommen, diesem treu geblieben und gerade deshalb vom gewesenen Regime geschädigt worden waren, sich nun aber von neuen Präzeptoren und Siegern überrannt fühlten<sup>43</sup>. Der Zunft der DDR ging es 1989 ähnlich wie der alten deutschen Historikerschule beim Neubeginn von 1945 – sie begriff ihn nur teilweise, suchte sich abzuschotten<sup>44</sup>. Erst heftiger innerer und äußerer Druck mußte nachhelfen. Und nun droht der Kahlschlag neben der Ausdrörrung infolge der tiefen Krise auf allen Gebieten und der nur zähflüssigen Erneuerung ebenso wie wegen der nicht so recht absehbaren Perspektiven neuer Strukturen an Stelle der aufgelösten Forschungsinstitute.

Dennoch haben zu Recht viele weitsichtige Betroffene und Beteiligte aus West und Ost die Chancen, die Möglichkeiten und die kreativen Potenzen eines gemeinsamen Neubeginns derer, die es wirklich wollen und sich auf das Wagnis einlassen, angemahnt<sup>45</sup>. In der Tat sind die Herausforderungen dazu groß, die von der allgemeinen Umbruchsituation der beginnenden neunziger Jahre herrühren. Keine der gängigen Schulen und Richtungen war und ist voll gerüstet, sie zu meistern. Hat der Marxismus, hat die an ihm und dem deformierten Zustand, den er in den osteuropäischen Ländern als Staatsdoktrin angenommen hatte, orientierte Historiographietradition, die aus der DDR kommt, eine Chance, hier kreative Beiträge zu leisten?

Die Chancen sind zur Zeit kurzfristig eher skeptisch zu beurteilen. Wirkliche Altlasten behindern ebenso wie die Befindlichkeit des Zeitgeistes, der eher einen völligen Kontinuitätsbruch empfiehlt. Auch die vorhandenen Oasen – als „Filetstücke“ leicht integrierbar – bringen den Neubeginn nicht, zumal sie oft tatsächlich theorieferne Forschungsgebiete betreffen.

43 Vgl. K. Pätzold, Sich totstellen oder wehren? Das ist die entscheidende Frage. Gedanken eines Historikers zur „Abwicklung“ in den neuen Bundesländern, in: Neues Deutschland vom 29./30. 12. 1990, S. 13; im Kontrast dazu G. Herzberg, Der Unabhängige Historikerverband stellt sich vor, in: Initial, (1991) 2, S. 189.

44 Vgl. W. Schulze (Anm. 9); E. Schulin (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg 1945–1965, München 1989.

45 Vgl. aus amerikanischer Sicht besonders Ch. Maier, Gibt es einen Sieger der Geschichte? Ostdeutschland und DDR-Vergangenheit, in: K. H. Jarausch (Anm. 9), S. 197ff.

Auch bei den vielen anderen für förderungswürdig befundenen Projekten ist die Perspektive noch schwer auszumachen. Einige entstammen durchaus einer theorieorientierten, auf Marx rekurrierenden Wissenschaftsauffassung, oder sie orientieren sich an den Konzepten der Modernisierung, der historischen Sozialwissenschaft, der Alltagsgeschichte. Daneben stehen reine Empirie und auch Erscheinungen allzu rascher Kehrtwende, die nicht überzeugen konnten<sup>46</sup>.

Objektiv aber sind die Chancen gegeben, und ihre Wahrnehmung wäre ein wichtiger Schritt in die künftige deutsche Historiographiegeschichte. „Wenn es in absehbarer Zeit“, schreibt Winfried Schulze beim Resümee einer ersten Analyse der Debatten um die DDR-Historiographie, „eine gemeinsame deutsche Geschichtswissenschaft geben wird, für die jetzt die Weichen gestellt werden, sollte man sich der Erfahrungen dieses Jahrhunderts erinnern. Bei allem Vorrang der drängenden Tagesfragen, der sozialen Sicherung oder der politischen Überprüfung wird sich auch das Nachdenken über die neue Situation in unserem Land lohnen, die mit dem Verschwinden der bisherigen intellektuell oft genug sedierenden, zuweilen aber auch anregenden Alternative ‚DDR‘ entstehen wird.“ Das größere Deutschland werde an sich

46 Vgl. W. Zapf/G. Thurn (Hrsg.), Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR. Konferenzbericht. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin (West), 1990, S. 32f.; Wissenschaftsrat, Stellungnahme (Anm. 1), S. 24ff., S. 140ff.

selbst und an die oft ängstlich berührten Nachbarn neue Fragen historischer Identität stellen; es gelte, die in der alten Bundesrepublik erreichte „erfreuliche europäische und internationale Orientierung zu bewahren, ja eher noch zu verstärken“<sup>47</sup>.

Ähnlich mahnte jüngst Jürgen Kocka – wie in Bochum schon Wolfgang J. Mommsen – an, daß mit dem Verschwinden des realen Sozialismus noch lange nicht die Probleme der Verwirklichung des westlichen Gesellschaftsmodells gelöst seien; seine Universalisierbarkeit stoße vor allem in der Dritten Welt an Grenzen. „Die Umbrüche von 1989/90“, schließt Kocka seine Bilanz daraus für die Konsequenzen der sozialgeschichtlichen Forschung, „haben den Blick auf diese welthistorischen Probleme freigemacht. Ein Ende der Geschichte ist ebenso wenig abzusehen wie ein Ende der historischen Theoriebildung.“<sup>48</sup> Es hängt also von der Initiative der einzelnen – der erneuerungsbereiten Älteren und mehr noch der Jüngeren – und vor allem auch von den schließlich gewährten Bedingungen ab, ob hierzu etwas aus der Entwicklung der ehemaligen DDR-Historiographie zu neuen Formen wachsen und sich profilieren kann.

47 W. Schulze (Anm. 9), S. 699.

48 J. Kocka, Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten, in: M. Hettling/G. Huekamp u. a. (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. Hans-Ulrich Wehler zum 60. Geburtstag, München 1991, S. 20.

## Geschichtswissenschaft im SED-Staat

### Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers in der DDR

---

#### I.

---

Wenn es auch den Gepflogenheiten sachlich-wissenschaftlicher Darstellung nicht entsprechen mag: Ich kann dieses Thema nicht so abhandeln, wie es einem Gegenstand etwa aus der mittelalterlichen oder der Reformationsgeschichte angemessen wäre und wie es dem taciteischen „sine ira et studio“ entspräche – so, als ob es mich persönlich nichts angehe. Ich muß um Verständnis dafür bitten, daß in diesem Beitrag unweigerlich zwei Faktoren zusammenlaufen: das Bemühen um die sachliche Darstellung erforschter jüngster Geschichte und das eigene Erleben dieser Geschichte, die mit ihren vier Jahrzehnten mein gesamtes berufliches Leben umspannt. Aus diesem Erlebnishorizont ergibt sich notwendigerweise meine Stellung zu dem mir übertragenen Thema.

Wenn mir die Formulierung des Themas meines Vortrages auf der Tagung der Fachgruppe Geschichtswissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung selbst überlassen worden wäre, hätte ich das Wort „bürgerlich“ nicht in Anführungszeichen gesetzt; denn inmitten einer marxistisch beherrschten Geschichtswissenschaft habe ich mich niemals anders denn als einen bürgerlichen Historiker verstehen können, der mit diesem Selbstverständnis keinerlei Schwierigkeiten hatte und hat, weil damit eine klare Gegenposition ausgedrückt werden konnte. Irgendeine Verunsicherung in meiner bürgerlichen Standortbestimmung hat es für mich nie gegeben – sie war die Grundlage meiner geistigen Existenz. Das ist auch von den Historikern in der DDR so verstanden worden, von den wenigen Gleichgesinnten, von der Vielzahl der Angepaßten und Mitläufer und von den Funktionären der SED-Geschichtswissenschaft.

Mein Leipziger Studienkollege der späten vierziger Jahre, Gerhard Heitz, mit dem ich bei meinem Lehrer Rudolf Kötzschke im Seminar gesessen hatte, bescheinigte mir 1969, daß in meinen Arbeiten zur sächsischen Agrargeschichte „die traditionellen Vorstellungen der bürgerlichen sächsischen Landesgeschichtsschreibung, wie sie in den

Zusammenfassungen von Kötzschke nachzulesen sind“, noch nachwirken, wobei er gleichzeitig bemerkte, daß „eine tiefgehende marxistische Analyse“ noch ausstehe<sup>1</sup>. Er hatte recht, denn ich hatte mich nicht so wie er in Richtung auf die „tiefgehende marxistische Analyse“ weiterentwickelt. Als mir im Jahre darauf die Aufnahme in die 32köpfige DDR-Delegation zum Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte in Leningrad verweigert worden war und ich unter Überwindung größter bürokratischer Schwierigkeiten schließlich doch meine Teilnahme als Tourist auf eigene Kosten erreicht hatte, verbreitete er die Meinung, ich hätte „illegal“ am Kongreß teilgenommen. Der Leipziger Historiker Siegfried Hoyer, mit dem ich 1984 an dem in der Schweiz abgehaltenen Kongreß „Zwingli und Europa“ teilgenommen hatte, schrieb in seinem darüber veröffentlichten Bericht, daß ich in meinem Vortrag über „Die Bedeutung der Reformationstheologie für die Ausbildung der Menschen- und Freiheitsrechte“ diese Rechte „inhaltlich auf die bourgeoise Auffassung des ausgehenden 18. Jahrhunderts festlegte“<sup>2</sup>.

Was die öffentliche Abstempelung eines in der DDR lebenden Historikers als „bürgerlich“ und „bourgeois“ für diesen zu bedeuten hatte, mußte jeder wissen, der es tat. So wunderte es mich auch nicht, als ich nach der Wende von Berliner Historikerkollegen hörte, daß schon die Nennung meines Namens in den Kreisen der offiziellen DDR-Geschichtswissenschaft wie ein rotes Tuch gewirkt habe.

Historiker westlicher Herkunft mögen sich fragen, was unter einer „offiziellen Geschichtswissenschaft“ zu verstehen sei. In der DDR war das ein System von Institutionen, Personen und Funktionen, das wie ein Netz über die gesamte Geschichtsarbeit geworfen worden war. An einem wichtigen Punkt dieses Netzes saß der SED-Gesellschaftswissenschaftler Manfred Krause und zog die Fäden; er hatte zwar auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft nichts veröffentlicht oder gelehrt, wurde dessen ungeachtet aber als SED-Parteisekretär der

1 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, (1969) III, S. 106.

2 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), (1984) 11, S. 1005.

Berliner Akademie der Wissenschaften zum Professor ernannt und noch im Februar 1989 offenbar für seine außergewöhnlichen Verdienste um die DDR-Geschichtswissenschaft zum Ehrenmitglied der Historikergesellschaft berufen. In seiner Eigenschaft als Sekretär des Nationalkomitees der Historiker der DDR, der alle Auslandskontakte auf geschichtswissenschaftlicher Ebene zu entscheiden hatte, habe ich ihn um das Jahr 1975 aufgesucht, um nach mehr als zehnjähriger Abschnürung vom westlichen Ausland mit seiner Hilfe die Genehmigung zur Teilnahme an einer Veranstaltung zu erlangen, zu der ich als berufenes Mitglied der Internationalen Kommission für Stadtgeschichte eingeladen worden war. Er entgegnete mir in aller Deutlichkeit, seitdem ich aus dem staatlichen Archivdienst in den Dienst der Kirche übergetreten sei, bestünde kein Interesse daran, mich ins Ausland zu delegieren. Als sich daraufhin der Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Kurt Schwabe, bei seinem Akademie-Kollegen Jürgen Kuczynski, der mich 1956 zur Mitarbeit in seinem Spezialseminar eingeladen hatte, für mich verwandte, bekam er nur zur Antwort: „Kirche – lassen Sie die Finger davon!“ Und besagter Funktionär Krause, bei dem Kurt Schwabe für mich die Ausreisegenehmigung zu erlangen suchte, fertigte den hochverdienten, international anerkannten Physiker mit dem Satz ab: „Herr Blaschke hat sich festgelegt und wir haben uns auch festgelegt.“ So blieb ich fünfzehn Jahre lang nach der Errichtung der Mauer von persönlichen Begegnungen mit der westdeutschen und westeuropäischen Geschichtswissenschaft ausgeschlossen; die zahlreichen Einladungen zu internationalen Veranstaltungen konnte ich nicht wahrnehmen.

Es war mir bewußt, daß ich in deutlicher Distanz zum herrschenden Regime lebte, das mir deshalb mit Boykott und Diskriminierung begegnete. Geographisch befand ich mich in der DDR, gesellschaftlich und wissenschaftlich stand ich am Rande der DDR. Ich pflegte die Geschichtsauffassung weiter, in die ich bei meinem Leipziger Studium 1946–1950 hineingewachsen war, und richtete mich auf die westdeutsche und westeuropäische Entwicklung aus, indem ich jede erdenkliche Begegnung in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten und die in gewissen Grenzen mögliche Kenntnis westlicher Fachliteratur nutzte. Als mich in den frühen achtziger Jahren der um die zeitgenössische west- und ostdeutsche Geschichtswissenschaft sehr bemühte Amerikaner Georg Iggers in Leipzig aufsuchte, erklärte er mir, ich sei in seinen Augen der einzige Historiker in der DDR,

der sich der sozialgeschichtlichen Methode nach westeuropäischem Zuschnitt geöffnet habe<sup>3</sup>.

Es war möglich, seinen eigenen Weg zu gehen, sich dem Einfluß der SED-Geschichtswissenschaft zu entziehen, sich nicht anzupassen und nicht zum „Umdenken“ bereit zu sein. Ich habe mich von jenem zur ideologischen Anpassung führenden „Lernen“ bewußt ferngehalten, andererseits aber bei kritischer Kenntnisnahme der marxistischen Theorie und Praxis mich mit dieser meiner geistigen Umwelt auseinandergesetzt. Das geschah im privaten Bereich ohne eine spektakuläre Gegnerschaft und ohne einen zur Schau gestellten Widerstand, sondern einfach durch das deutliche Anderssein, durch das Widerstehen mit der Bereitschaft, die daraus sich ergebenden Folgen hinzunehmen. Meine Haltung erschien mir als die unbedingt gebotene Alternative zum Uniformismus und zum Konformismus mit einer für mich nicht annehmbaren Ideologie. Der aus der englischen Tradition des 17. Jahrhunderts stammende Nonkonformismus wurde mir zum Vorbild.

Das bedeutete jedoch den Ausschluß von jeglicher Arbeitsmöglichkeit an einer Universität nach meiner 1962 erfolgten Habilitation und weitgehend auch von Einladungen zur Teilnahme an historischen Fachtagungen in der DDR. Als im Jahre 1983 von der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, der ich als Mitglied angehöre, eine Tagung aus Anlaß des 250. Todestages des sächsischen Kurfürsten Friedrich August I. stattfand und ich als sächsischer Landeshistoriker mein Interesse an einer Einladung kundtat, wurde ich mit dem Hinweis auf die beschränkte Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze abgewiesen. Als ich am 8. Oktober 1988 der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft einen Artikel zum neunhundertjährigen Jubiläum des Hauses Wettin zur Veröffentlichung anbot, erhielt ich schließlich am 1. März 1989 eine ablehnende Antwort. Schon zu Ende der sechziger Jahre waren mir an drei Stellen eingereichte Manuskripte abgelehnt worden, weil sie angeblich nicht zum „Profil“ des betreffenden Organs paßten oder nicht der

3 Vgl. hierzu die Bemerkung von Georg Iggers in seinem Beitrag „Einige Bemerkungen zu neueren historischen Studien aus der DDR“, in: *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. I, hrsg. von Alexander Fischer und Günther Heydemann, Berlin 1988 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 25/I), S. 159: „Ein nicht-marxistischer Sozialhistoriker von internationaler Reputation wie Karlheinz Blaschke vermochte keinen Lehrstuhl zu erhalten und konnte nach Verlassen seiner Stellung im Sächsischen Landeshauptarchiv an einem kirchlichen – nicht mit der Universitätsfakultät zu verwechselnden – theologischen Seminar in Leipzig Zuflucht finden.“

marxistischen Terminologie entsprachen: seitens der „Archivmitteilungen“, des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte und von einer Sammelschrift zum Reformationsjubiläum von 1967.

Da ich damals bereits in einem Disziplinarverfahren vom Leiter der Staatlichen Archivverwaltung einen Verweis wegen der beabsichtigten, also noch nicht erfolgten Veröffentlichung eines Nachrufs auf meinen akademischen Lehrer und langjährigen Vorgesetzten Hellmut Kretschmar in den „Blättern für deutsche Landesgeschichte“ erhalten hatte, ergab sich die Situation, daß ich in Westdeutschland nicht publizieren durfte und in der DDR mit meiner Geschichtsauffassung nur noch in sehr eingeschränktem Maße publizieren konnte. Ich stand am Beginn meines fünften Lebensjahrzehnts.

Eine Lösung fand sich durch meinen Übertritt in den kirchlichen Dienst zum 1. Januar 1969, mit dem die Behinderung in bezug auf Veröffentlichungen außerhalb der DDR wegfiel. In der Ausbildung von Gemeindepfarrern konnte ich seitdem meine Geschichtsauffassung weiterführen und dazu beitragen, daß wenigstens auf der schmalen Bahn kirchlicher Unterweisung eine Weitergabe ideologiefreien Wissens um die Geschichte möglich war. Nach einem Gemeindeabend in einer Chemnitzer Kirchengemeinde über die Geschichte der Weimarer Republik sagte mir ein Zuhörer mittleren Alters, dies sei seine schönste Geschichtsstunde gewesen. Neben dem Freiraum, den die Kirche bot, stand der Rückzug in die kleinen Bereiche der Heimatgeschichte offen. Hier konnte ich das Gefühl haben, dankbare Leser zu finden, die an der Sache interessiert waren. Von ihnen erreichten mich mündliche und gelegentlich auch schriftliche Äußerungen der Zustimmung, die mir mehr wert waren als ein Nationalpreis der DDR<sup>4</sup>.

Während ich somit von der offiziellen DDR-Geschichtswissenschaft gemieden wurde, ergaben sich doch einige wenige Lichtblicke. Mit Rolf Barthel vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin verband mich ein

jahrelanger, in freundlich-kollegialem Ton geführter Briefwechsel, der bei klarer Vertretung der unterschiedlichen Standpunkte für beide Teile fruchtbar war und mir das Gefühl gab, auch auf der anderen Seite verstanden und anerkannt zu werden. Als mich auf dem Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte 1982 in Budapest – also gewissermaßen auf exterritorialem Boden – Helga Schultz, vom gleichen Institut, im Blick auf eine mögliche Zusammenarbeit bei ihren sozial- und bevölkerungsgeschichtlichen Forschungen ansprach, erschien mir das als ein außergewöhnliches Erlebnis. Sie lud mich auch 1988 zu einer Tagung über Fragen regionaler Geschichte in Eisenach ein, die von der Deutschen Historikergesellschaft veranstaltet wurde, der ich nicht als Mitglied angehören konnte, weil sie in ihrem Statut das Bekenntnis zum historischen Materialismus voraussetzte. Auch dieser „Formfehler“, der mir anhaftete, trug dazu bei, mich zur Unperson zu machen.

Diese Bemerkungen über meine persönliche Haltung schienen mir unerlässlich zu sein, um die Erlebnisebene darzustellen, von der dieser Beitrag ausgeht.

---

## II.

---

Im Hinblick auf das Thema „Neubeginn in der Geschichtswissenschaft“ muß eingangs die Feststellung stehen, daß die Geschichtswissenschaft der DDR fest in das dortige Herrschaftssystem eingebaut war. Sie war ebenso Immediatsache der SED-Führung wie der Staatssicherheitsdienst. Die innere Sicherheit und die ideologische Manipulation durch „Geschichtspropaganda“ waren für die SED so wichtig, daß sie beide unter ihrer unmittelbaren Kontrolle behielt. Der Rat für Geschichtswissenschaft als das oberste Organ zur Leitung, Koordination und Kontrolle aller Aktivitäten auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft unterstand dem Zentralkomitee der SED.

Sein Vorsitzender Ernst Diehl war kein Historiker, sondern stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee und selbst Mitglied des ZK als des obersten Leitungsgremiums der SED. Um ihm das Dekorum eines wissenschaftlichen Ranges zu verschaffen, wurde er zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. Als seine umfangreichste eigene wissenschaftliche Veröffentlichung hat er eine 1984 erschienene Schrift „Die Geschichte un-

4 Nachdem ich im Herbst 1985 in den Sächsischen Heimatblättern einen Aufsatz aus Anlaß des 500. Jahrestages der Leipziger Teilung der wettinischen Länder von 1485 veröffentlicht hatte, schrieb mir der Leser Adolf Böhm aus Machern bei Leipzig unter dem 24. 1. 1986: „Zuerst möchte ich Ihnen zu Ihrem sehr interessanten Artikel in Heft 31/6 gratulieren, zu dem sicherlich einiger Mut erforderlich war. Ich war erstaunt, daß die Heimatblätter bereit waren, diesen Aufsatz zu drucken, zumal ich noch nie in Publikationen der DDR derartige Analysen zu lesen bekam.“ Adolf Böhm wurde 1990 Abgeordneter des Sächsischen Landtags.



seres sozialistischen Vaterlandes, Kern und Ziel-  
punkt unseres wissenschaftlichen Geschichtsbil-  
des“ mit 22 Seiten Umfang aufzuweisen. Diese  
seine Qualifikation wirft ein bezeichnendes Licht  
auf das Ausmaß der Gleichschaltung, der die einst  
so hoch angesehene Berliner Akademie ausgesetzt  
war, auf die Unverfrorenheit der SED-Mitglieder  
in der Akademie, die diesen ihren Genossen zum  
Akademiestand machten, und auf den Mangel  
an Zivilcourage der bürgerlichen Akademiemit-  
glieder, die sich der Aufnahme eines solchen Kan-  
didaten nicht widersetzen. Die Verfilzung von  
Geschichtswissenschaft und Führungskräften der  
SED durch entsprechende Personalunion wird an  
der Person von Ernst Diehl auf oberster Ebene  
deutlich, dem sogar aus Kreisen seiner eigenen  
Genossen die Eigenschaft eines Historikers abge-  
sprochen wurde. Die Geschichtswissenschaft war  
zur Magd der Politik geworden.

Das zeigte sich weiterhin in der Aufsicht über alle  
Aktivitäten auf diesem Gebiet, die über den reinen  
Lehrbetrieb hinausgingen. In dem weitverzweigten  
System von Leitungsinstitutionen der SED gab es  
eine Akademie für Gesellschaftswissenschaften  
beim Zentralkomitee, der die Aufgabe übertragen  
war, alle Veranstaltungen, Tagungen und Kon-  
gresse auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft  
zu überwachen, was sich bis zur Genehmigung der  
Programme und der dabei auftretenden Teilneh-  
mer erstreckte. So war es garantiert, daß innerhalb  
der DDR nur solche Geschichtstagungen stattfanden  
und dabei nur solche Referenten auftraten, die  
von der SED genehmigt worden waren.

Alles, was über die Grenzen der DDR hinausging,  
lag im Zuständigkeitsbereich des Nationalkomitees  
der Historiker der DDR, dessen langjähriger  
Sekretär der schon genannte Manfred Krause war.  
Im Organisationsgefüge der SED waren nicht die  
wechselnden Vorsitzenden der verschiedenen Gremien  
die ausschlaggebenden Leute – die immerhin  
noch nach fachlicher Kompetenz und auch nach ihrem  
Ansehen im Ausland ausgewählt wurden –,  
sondern die für längere Zeit ernannten, hauptamtlich  
angestellten Sekretäre, die stets der SED angehörten  
und daher über die Parteidisziplin unbedingt  
verfügbar waren – eben „funktionierten“. Das  
trifft in vollem Umfang auf das Nationalkomitee  
der Historiker zu. Von Manfred Krause gibt es  
keine wissenschaftliche Veröffentlichung; seine  
Dissertation A (Promotion) an dem mit Promotions-  
recht ausgestatteten Institut für Gesellschaftswissenschaften  
beim ZK der SED und die Dissertation B (Habilitation)  
sind reine Propagandaschriften zur Verherrlichung  
der Unterdrückungspolitik gegenüber den bürgerlichen  
Parteien<sup>5</sup>.

Dieser Mann traf alle Entscheidungen, die das  
Auftreten der DDR-Geschichtswissenschaft im  
Ausland angingen, einschließlich der Auswahl von  
Kongreßteilnehmern und Mitgliedern internationaler  
Kommissionen, soweit sie nicht von diesen  
selbst zugewählt wurden. Er nahm an internationalen  
Historikerkongressen im Ausland als Aufpasser  
teil, ohne selbst ein Wort zur Sache sagen zu  
können. Als zum Jahresbeginn 1988 nach langjäh-  
rigen Bemühungen die Commission Internationale  
pour l'Histoire Ecclésiastique Comparée unter  
ganz eindeutig festgelegten Bedingungen in bezug  
auf Satzung und ungehinderte Teilnahme der  
Gründung einer DDR-Unterkommission zuge-  
stimmt hatte, wurde die Mitgliedschaft so gesteuert,  
daß – von ganz wenigen Vorzeigekandidaten  
aus dem kirchlichen Bereich abgesehen – nur  
linientreue Marxisten in diese Kommission berufen  
wurden. Die Masse der wirklichen Kirchenhistoriker  
fand keinen Zugang. Die von der internationalen  
Kommission gestellten Bedingungen wurden  
also trotz der übernommenen Verpflichtung über-  
haupt nicht beachtet. Diese Unehrllichkeit war eine  
Grundhaltung, von der das ganze kommunistische  
Machtssystem in der DDR geprägt war.

Neben diesen zentralen Einrichtungen zur Über-  
wachung der gesamten Arbeit auf dem Gebiet der  
Geschichtswissenschaft sorgte die Deutsche Historikergesellschaft  
der DDR für die Disziplinierung jedes einzelnen  
Historikers. Wer in diese Gesellschaft eintrat,  
bekannte sich damit gemäß der Satzung zum  
historischen Materialismus als der für ihn allein  
gültigen Geschichtsauffassung und der ideologischen  
Grundlage seiner wissenschaftlichen Arbeit. Als  
Historiker mit einem christlich geprägten Welt- und  
Menschenbild konnte man daher nicht Mitglied  
sein und war damit von der organisierten Zunft  
der Historiker ausgeschlossen. Offenbar wurde  
nicht mehr damit gerechnet, daß es in der DDR  
noch nichtmarxistische Historiker gab, die ihre  
eigene geistige Haltung ernst nahmen.

Daß diese Historikergesellschaft vollständig von  
der SED beherrscht wurde und zu einem wichtigen  
Faktor der ideologischen Gleichschaltung gemacht  
worden war, zeigte sich außer in ihrer regelmäßigen  
Wirksamkeit in den regionalen wie örtlichen  
Organisationen und Fachkommissionen besonders

5 Vgl. Manfred Krause, Die Politik der SED zur Festigung  
und Weiterentwicklung des Mehrparteiensystems und der  
Nationalen Front (1961 bis 1964), Diss. A am Institut für  
Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1966; ders.,  
Zur Geschichte der Blockpolitik der Sozialistischen Einheits-  
partei Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1955, Diss. B,  
Akademie der Wissenschaften der DDR, 1978.

deutlich auf den großen Historikerkongressen der DDR, die in Abständen von mehreren Jahren durchgeführt wurden. Die dabei abgehandelten Themen ergaben sich aus der marxistisch-leninistischen Geschichtsideologie und den jeweiligen aktuellen Aufgaben der Politik. Über dem Präsidium des Historikerkongresses, der im Oktober 1968 in Leipzig abgehalten wurde, prangte daher ein Spruchband mit der sinngemäß formulierten Feststellung, die Hauptaufgabe der Historiker der DDR sei es, die Richtigkeit der Politik der Regierung zu beweisen. Am Schluß des Kongresses standen die Teilnehmer auf und sangen mit erhobener Faust die „Internationale“. Auf einem Kongreß von Ärzten oder Naturwissenschaftlern wäre so etwas nicht möglich gewesen, aber den Historikern konnte man das zumuten, denn mit unbedingter Folgsamkeit war zu rechnen. Die Absendung einer Ergebnisansprache an den obersten Parteichef, sei es Ulbricht, sei es Honecker, gehörte ebenfalls zum Ritual jedes Historikerkongresses.

Was die Historikergesellschaft in der persönlichen Einwirkung auf den einzelnen Historiker leistete, wurde auf dem Wege der periodischen Publikation durch die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ fortgesetzt. Dieses 1953 begründete offizielle Organ der DDR-Geschichtswissenschaft war das Sprachrohr der SED in Richtung auf die Historiker, um ihnen allmonatlich aufs neue die „einzig wahre“ und „einzig wissenschaftliche“ Sicht der Geschichte zu vermitteln. Was dort veröffentlicht wurde, war garantiert „ideologisch einwandfrei“ im Sinne des Regimes, denn es war zuvor einer Prüfung und Begutachtung unterzogen worden, durch die alle unerwünschten Töne ausgemerzt wurden. Für diese Arbeit war eine Redaktion mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern eingesetzt, die als Zensoren darüber wachten, daß die Leser nur dasjenige vorgesetzt bekamen, was ihnen im Sinne der SED bekömmlich war. Die Redaktion hat ihr gesamtes, in fast 40 Jahren entstandenes Archiv nach der Wende aus gutem Grunde vernichtet, denn hier war ein Schriftgut angewachsen, das in seltener Geschlossenheit die Wirksamkeit eines ideologischen Unterdrückungsapparates und die persönliche Schuld vieler Gutachter offengelegt hätte.

Bei diesem Stand der Dinge war es nur folgerichtig, daß der Geschichtsbetrieb in der DDR personell und institutionell auf die ideologische Linie der SED festgelegt war. Die Zahl der Historiker alter Schule auf den Lehrstühlen für Geschichte nahm in der DDR beständig ab. Einige erreichten das Emeritierungsalter, andere wanderten unter dem Eindruck der schärfer werdenden ideologischen Be-

drückung nach dem Westen ab; Karl Griewank in Jena, Martin Lintzel in Halle und Johannes Nichtweiß in Rostock schieden „freiwillig“ aus dem Leben. Zu Nachfolgern wurden ausschließlich Leute berufen, die sich als SED-Mitglieder und Marxisten bekannten oder zumindest den überzeugenden Anschein erweckten, als ob sie Marxisten seien. In jedem Falle waren es Menschen, auf die sich das Regime verlassen konnte, weil sie zu geistiger Anpassung und Unterordnung bereit waren. Die Ernennung von Professoren, Institutsdirektoren und Abteilungsleitern im Fach Geschichte war an diese Voraussetzungen gebunden; kein bürgerlicher Historiker kam mehr auf diese berufliche Ebene.

Der gesamte Berufsstand der Universitätshistoriker war gleichgeschaltet, ideologisch auf den Marxismus-Leninismus ausgerichtet, in seiner wissenschaftlichen Arbeit festgelegt und in seinem charakterlichen Verhalten angepaßt. Als SED-Mitglied war auch ein Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Parteidisziplin unterworfen und ständiger Kontrolle ausgesetzt. Die Freiheit der Wissenschaft gab es hier nicht mehr. Wer sich einmal in diese geistige Knechtschaft begeben hatte, wurde zum willigen Werkzeug, weil er genau wußte, daß seine Pfründe an die Parteidisziplin gebunden war. Strebsame junge Leute, denen die Karriere mehr bedeutete als ihr Gewissen, stellten sich auf diese Realität ein und kletterten über FDJ- und SED-Mitgliedschaft sowie dazugehörige Leitungsfunktionen auf die Lehrstühle. Wer dazu nicht bereit war, kam höchstens bis zum Oberassistenten, in seltenen Ausnahmefällen einmal bis zum Dozenten. Nicht die fachliche Leistung, sondern das formale Bekenntnis zum Regime war ausschlaggebend für wissenschaftliche Leitungsämter. Eine Elite in wissenschaftlicher und charakterlicher Hinsicht kam auf diese Weise nicht zustande.

Wie erbarmungslos dieses System im gegebenen Falle auf die eigenen Leute niederschlug, die sich einmal zu geistiger Selbständigkeit aufrafften, zeigte das Verfahren gegen Günther Mühlpfordt in Halle, der 1957 dadurch unliebsam auffiel, daß er sich in einem Aufsatz zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution vom parteichinesischen Vokabular freimachte. Wegen dieser und anderer „Sünden“ verlor er in der Folgezeit sein Lehramt, arbeitete aber unter kümmerlichen Bedingungen unentwegt weiter und bereicherte mit seiner auf hohem Niveau stehenden, außerordentlich fruchtbaren Tätigkeit die Geschichtswissenschaft. Ein solches Beispiel aber wirkte als Warnung und wurde verstanden.

---

### III.

---

Die bisherige Darstellung hat sich vorwiegend auf die Institutionen der von der SED beherrschten Geschichtswissenschaft bezogen. Die darin verstrickt gewesenen Menschen entschuldigen sich heute gerne damit, daß die Schuld für die Verhältnisse am System, am Apparat und an den Strukturen gelegen habe, denen sie ausgesetzt waren. Diese Auffassung muß abgelehnt werden. Kein System und kein Apparat funktioniert ohne Menschen. Die SED bestand nicht nur aus Erich Honecker, Erich Mielke und Günter Mittag, sondern vor ihrem unrühmlichen Ende aus 2,3 Millionen Mitgliedern, von denen jeder einzelne seinen Beitrag zum Funktionieren des Ganzen geleistet hat – der eine mehr, der andere weniger. Jeder hat seinen Mitgliedsbeitrag gezahlt und damit die materiellen Grundlagen für die Unterhaltung des Parteiapparates unterstützt, der ein gigantischer Unterdrückungsapparat war. Jeder hat das Parteistatut anerkannt, das ihn zur Parteidisziplin und zur Übernahme von Parteiaufträgen verpflichtete, womit er sich selbst zum Werkzeug dieses Apparates machte, und jeder war bereit, sich einer Parteidisziplin zu unterziehen, wenn er die Parteidisziplin verletzte.

Aber die Historiker haben noch mehr getan: Sie haben sich zu Propagandisten einer Parteiideologie gemacht, die mit dem von Grund aus wissenschaftsfeindlichen Anspruch auftrat, *allein* über die Wahrheit zu verfügen und *allein* wissenschaftlich zu sein. Sie haben vierzig Jahre lang die öden Dogmen des Marxismus-Leninismus über Klassenkampf und Klassenhaß auf eine wehrlose akademische Jugend ausgegossen und sich der geistigen Desorientierung und charakterlichen Verbiegung einer ganzen Generation schuldig gemacht, die diese Dogmen nachbeten mußte und dabei das selbständige kritische Denken verlernte. Viele dieser Historiker waren überzeugte Marxisten, wozu ihnen das Recht niemand bestreitet, aber sie hätten auch so viel Wissenschaftler sein müssen, um auch eine andere Meinung als möglich und vielleicht sogar als richtig anzuerkennen.

Viele andere waren keine überzeugte Marxisten, sondern „nur“ Mitläufer, die über ihr SED-Mitgliedsbuch leicht Karriere machen wollten. Es ist aber besonders verwerflich, wenn Historiker in Lehre und Forschung Auffassungen verbreiteten, hinter denen sie selbst nicht mit voller Überzeugung standen, die sie jedoch mit der Autorität der

herrschenden Macht vortrugen und ihren Hörern und Lesern als absolute Wahrheit aufnötigten.

Die einen und die anderen – die Sozialisten aus Überzeugung wie die Opportunisten – müssen sich heute fragen lassen, ob sie den 17. Juni 1953 und den 13. August 1961 verschlafen haben, so daß sie die abgrundtiefe Unmenschlichkeit des von der SED errichteten Terrorsystems nicht bemerkt haben. Spätestens nach diesen beiden Daten mußte es jedem denkenden Menschen klar sein, worum es sich hier handelte – und von Historikern darf man erwarten, daß sie dieses Maß an Intelligenz aufbringen.

Ihr Verbleiben in der SED war die Voraussetzung für das Verbleiben auf ihrem Posten und für ihre weitere Karriere. Sie alle, die so handelten, machten sich zu Nutznießern des Systems. Keiner von ihnen erhob Protest gegen die Benachteiligung von Andersdenkenden und Nichtangepaßten, keiner setzte sich für einen Verfemten ein. Hatten sie wenigstens bei sich selbst ein Gefühl für das Unrecht, das anderen angetan wurde, wenn sie selber unter Ausnutzung ihrer SED-Mitgliedschaft Karriere machten? Sie haben sich als „Geschichtspropagandisten“ eingesetzt und mißbrauchen lassen wie jener unscheinbare Dozent für Vorgeschichte, der seinen Studenten und künftigen Lehrern die „geschichtsideologischen Potenzen mittelalterlicher Wehranlagen“ klarmachte, worauf vor ihm noch niemand gekommen war; er ebnete sich damit den Weg zur Professur. Sie waren bereit, Bekenntnisse jeder geforderten Art abzulegen und auch von ihren Studenten zu erzwingen, wie es ein Kunsthistoriker tat, der im Zuge des Disziplinarverfahrens gegen einen mutigen Professor eine ganze Studentengruppe nicht eher aus dem Hörsaal entließ, bis jeder die gegen den Verfemten verfaßte Resolution unterschrieben hatte. Sie ließen sich zu individuellem Terror gebrauchen, wenn sie Studienbewerbern in einer völlig verfassungswidrigen Weise den Eintritt in die SED als Voraussetzung für die Immatrikulation abverlangten.

Ein weiteres Beispiel: Im Institut für Sorbische Volksforschung Bautzen wurde eine 1979 erschienene vierbändige Geschichte des sorbischen Volkes erarbeitet. Das Manuskript für den vierten Band mußte dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften zur Prüfung eingesandt werden. Die dortigen Historiker übten Kritik an den ideologischen Mängeln in der Darstellung der jüngsten sorbischen Geschichte, reisten mit einer ganzen Gruppe nach Bautzen und brachten die sorbischen Historiker „auf Vordermann“. So kam ein Text zustande, der den Berli-

ner Geschichtsideologen genehm war. Den Bautzener Historikern blieb nur übrig, sich im Vorspann zum vierten Band für die „wertvolle Hilfe“ aus Berlin zu bedanken. Klugerweise haben sie auch die Namen der „Helfer“ für die Nachwelt festgehalten: R. Badstübner, A. Behrendt, H. Buttler, H. Heitzer, P. Hübner, Q. Keiderling und H. Kintscher.

Das sind – aufs Ganze gesehen – nur wenige Fälle, in denen die persönliche Verantwortung des einzelnen Historikers für das erkennbar wird, was zu DDR-Zeiten in der SED-Geschichtswissenschaft abgelaufen ist. Es war notwendig, so weit in die Zeit vor der Wende zurückzublicken, um die Vorgänge danach besser verstehen und beurteilen zu können.

---

#### IV.

---

Bei dem dargelegten Sachverhalt ist es kein Wunder, daß die SED-Historiker in der Wende überhaupt nicht hervorgetreten sind und an ihr nicht beteiligt waren. Es gab in den entscheidenden Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1989 einzelne Persönlichkeiten und ganze Gruppen aus verschiedenen Berufen, die sich zu Wort meldeten oder gar als bewegende Kräfte auftraten, wie die Schriftsteller und die Leute aus der evangelischen Kirche, aber auch Theaterschaffende, Künstler, Ärzte und Juristen; und in Leipzig demonstrierten selbst die Polizisten mit, um darzutun, daß sie nicht abseits stehen wollten. Von den Historikern ward dergleichen nicht vernommen. Man kann verstehen, daß es ihnen einfach die Sprache verschlug, als die Wogen der friedlichen Revolution über ihnen zusammenschlugen und sie damit zur Stellungnahme herausgefordert wurden. Man konnte nach der Wende aus Kreisen der etablierten DDR-Historiker mancherlei hören über „oppositionelles Denken“ seit dem Frühjahr 1989 – was an sich schon recht spät liegt – und sogar über Bemühungen, die Politik Gorbatschows seit 1985 geistig zu verarbeiten; aber zu einer offenen Parteinarbeit gegen das alte Regime und für das Neue hat es nicht gereicht. Die Korruption der Historikerkunft auf ihrer tonangebenden Ebene war vollständig.

Erst nachdem in Leipzig die Montagsdemonstrationen im Laufe des Oktober auf Hunderttausende von Teilnehmern angeschwollen waren, in Dresden am 4. Oktober die aus Prag durchfahrenden

Züge mit Botschaftsflüchtlingen eine Massenbewegung ausgelöst hatten, die gigantische Massenkundgebung in Berlin am 4. November ein unübersehbares Zeichen gesetzt hatte, am 9. November die Berliner Mauer geöffnet worden war und am 13. November die Regierung Modrow ihr Amt angetreten hatte – erst nachdem folglich die Wende sich als unumkehrbar erwiesen hatte, wagten sich die SED-Historiker an erste zaghafte Schritte heran.

Am 29. November 1989 beschäftigte sich das Präsidium der Historikergesellschaft „mit der in der Geschichtswissenschaft der DDR entstandenen Situation und der tiefen Krise des Geschichtsbeußtseins in der DDR“, wobei in einer „heftigen Diskussion“ nach den Ursachen für die sichtbar gewordenen Defizite gefragt und „mehr Ehrlichkeit, Nüchternheit und Wahrhaftigkeit“ gefordert wurde. Die darüber erst sehr viel später veröffentlichte Verlautbarung<sup>6</sup> bewegte sich aber noch ganz im Rahmen gewohnter Sprachregelung der SED, die immer von Situationen, Ereignissen, Vorkommnissen oder Maßnahmen sprach, wenn es im Klartext um eine Umwälzung, einen Aufstand, eine Protestbewegung oder eine Unterdrückung ging. Das Eingeständnis der Krise war das Äußerste, zu dem sich der beschönigende Text hatte durchringen können. Tatsächlich war es nicht nur eine Krise, es war das bevorstehende Ende.

Auch die Rede von „mehr“ Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ist irreführend und selbst unehrlich, weil sie vortäuschen will, es habe diese Tugenden an sich schon gegeben, nur eben noch nicht genug. Auf dem Historikerkongreß der DDR ein halbes Jahr zuvor hatte man diese Defizite jedenfalls noch nicht bemerkt.

Eine Woche später, am 5. Dezember 1989, löste sich der Rat für Geschichtswissenschaft auf, wobei ihm die Mitverantwortung für die tiefe Krise von „Teilen“ der Geschichtswissenschaft angelastet und auf die Rolle „jedes einzelnen“ hingewiesen wurde<sup>7</sup>. Auch hier zeigte sich der Versuch, die Wahrheit zu vertuschen und die Schwere der Ereignisse herunterzuspielen, denn es seien ja nur „Teile“ der Geschichtswissenschaft von der Krise betroffen. Über diese beiden grundlegend wichtigen Beratungen der höchsten Historikergremien erhielten die Leser der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft erst fünf Monate später die ersten spärlichen Nachrichten. Das April-Heft 1990 enthielt nur sehr knappe Informationen über die Vor-

6 Vgl. ZfG, (1990) 4, S. 342.

7 Vgl. ebd.

gänge in der Organisation der DDR-Geschichtswissenschaft, die wahrlich eine tiefergehende Unterrichtung erfordert hätten. Unterdessen hatte sich die Historikergesellschaft im Februar 1990 eine neue Satzung gegeben, die nicht mehr die Festlegung der Mitglieder auf den historischen Materialismus enthielt. Im März wurde ein neues Präsidium mit einer stark verringerten Mitgliederzahl gewählt, Präsident wurde der als Forscher zur Reformationsgeschichte international geachtete Berliner Historiker Günter Vogler. Es gab eine neue Satzung und ein neues Präsidium – aber es waren die alten Leute.

Die Rede von der tiefen Krise der Geschichtswissenschaft klingt abstrakt und anonym: Nicht Menschen haben sie heraufbeschworen, sondern die Struktur, das System, der Apparat; die Partei wohl nicht, denn die hatte ja „immer recht“, wie es den Parteimitgliedern in hymnischen Tönen eingehämmert worden war. Wird es wirklich diesen „jeden einzelnen“ geben, der bereit ist, sich seiner Verantwortung zu stellen, seine Schuld zu bekennen und die Folgen zu tragen?

Einige Fälle dieser Art sind bekanntgeworden. Von dem schon genannten Vorsitzenden des Rates für Geschichtswissenschaft Ernst Diehl hieß es, er habe zunächst eine Stelle als Pförtner in einem Berliner Betrieb angenommen. Der Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin, Walter Schmidt, trat im Bewußtsein seiner Mitverantwortung für die „entstandene Situation“ von seinem Amt zurück; einige wenige namhafte Historiker bekannten sich zu ihrer Mitschuld, einige standen zu ihrer marxistischen Geschichtsauffassung, was nur anzuerkennen ist. Die meisten aber suchten auf individuelle Art unter Ausnutzung aller sich bietenden Chancen, beruflich zu überleben. Von bekennerschaftem Kampf für eine große Sache oder gar von heldenhaftem Untergang war nirgends die Rede.

Einen bemerkenswerten Versuch, kritisch mit sich selbst ins Gericht zu gehen, bot der um die Darstellung der DDR-Geschichte alten Stils stark engagiert gewesene Heinz Heitzer. Sein Artikel „Für eine radikale Erneuerung der Geschichtsschreibung über die DDR“ ist aus einem am 6. Februar 1990 in Köln gehaltenen Vortrag hervorgegangen<sup>8</sup>. Er bekennt sich zu seiner „Mitschuld und Mitverantwortung ... an einem gescheiterten Konzept“ und erhebt die Forderung, die künftige Geschichtsschreibung über die DDR solle „allen jenen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die das

herrschende System ausgrenzte und verfolgte, denen es Gewalt antat, Leid und Unrecht zufügte“. Es wäre zu wünschen, daß damit in der Historikerkunft auf dem Boden der ehemaligen DDR zuerst begonnen würde.

Die Spitzenvertreter des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Walter Schmidt und Olaf Groeler, erklärten in einer Vortragsreihe an der Technischen Universität Berlin Anfang Juni 1990 schlicht, „wir Historiker haben versagt“, die Geschichte sei in der DDR eine Magd der Politik gewesen und zu einem Teil des Herrschaftssystems gemacht worden<sup>9</sup>, was ja jedem klarsiehenden Menschen in diesem Lande schon längst bekannt war. So entsteht natürlich die Frage, was von solchen radikalen Kehrtwendungen zu halten ist, zu denen die betreffenden Leute nicht aus eigener Erkenntnis, sondern erst unter dem Eindruck einer friedlichen Revolution gekommen sind, an der sie nicht beteiligt waren. Wenn die Hunderttausende im Herbst 1989 nicht auf die Straße gegangen wären, um das SED-Regime hinwegzufegen, dann würden diese plötzlichen „Selbstkritiker“ weiterhin im Dienste der Politik ihre Geschichtswissenschaft im alten Stile, das heißt als ideologische Propaganda, betreiben.

Schon zu Beginn des Jahres 1990, als die politische Wende als nicht mehr umkehrbar zu erkennen war, ergaben sich bei einzelnen SED-Historikern groteske Erscheinungen der persönlichen Kehrtwendung: Sie sagten und schrieben jetzt genau das Gegenteil von dem, was sie bisher gesagt und geschrieben hatten, sie verleugneten ihre Vergangenheit und biedernten sich bei Instituten und Personen der westdeutschen Geschichtswissenschaft an, die sie vorher verunglimpft und als „bürgerlich“ und „imperialistisch“ beschimpft hatten. Unter Ausnutzung ihrer leitenden Stellungen als Lehrstuhlinhaber, Institutsdirektoren und Abteilungsleiter, die sie mit Hilfe ihres Parteibuches erlangt hatten, entfalteten sie einen regelrechten Tourismus in westlicher Richtung, verschafften sich aufgrund ihrer früher als privilegierte „Reisekader“ geknüpften Beziehungen Einladungen zu Vorträgen an westdeutschen Universitäten und waren begierig, Kooperationsverträge mit westdeutschen Instituten abzuschließen, um damit ihre eigene Stellung in der untergehenden DDR aufzuwerten und zu retten. Alles, was sie bisher an Diffamierungen gegen die westdeutschen Historiker als angebliche Apologeten von Kapitalismus, Imperialismus und NATO an Verleumdungen von sich gegeben hat-

<sup>9</sup> Vgl. die Meldung in der Tageszeitung „Die Union“, Dresden, vom 6. Juni 1990.

<sup>8</sup> Vgl. ZfG, (1990) 6, S. 498–509.

ten, war plötzlich vergessen; das Bedürfnis nach Sicherung der eigenen Existenz und die Suche nach einem Unterschlupf standen jetzt im Vordergrund.

All dies wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht auf westlicher Seite viele Historiker gegeben hätte, die nicht wußten – oder nicht wissen wollten –, mit wem sie es da zu tun hatten. Anscheinend war ihnen jeder, der aus der DDR kam und seine Unschuld beteuerte, so bemitleidenswert, daß sie ihn unbesehen aufnahmen. Viele SED-Wissenschaftler, die vor der Wende als „Reisekader“ nach dem Westen hatten fahren dürfen, hatten sich ja auch dort ganz anders dargestellt, als sie zu Hause auftraten. Hier waren sie die linientreuen Marxisten, draußen gaben sie sich kritisch, um sich eine Tür offenzuhalten. Im September 1990 begegnete ich auf einer Veranstaltung der John Hopkins-Universität in Washington einem Professor der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, der es damals schon fertiggebracht hatte, sich ein einjähriges Stipendium zum Aufenthalt in den USA zu verschaffen. Nachdem er jahrzehntlang die Führungskader der sozialistischen Wirtschaft im Sinne des SED-Regimes indoktriniert hatte, war ihm sofort der „Dreh“ gelungen. Wahrscheinlich lehrt er heute Marketing und kapitalistisches Management. Selbst der schon mehrfach genannte Manfred Krause, in dessen beiden Dissertationen der Klassenkampf die Leitlinie seiner aus Apologie und Polemik zusammengesetzten Gedankengänge war, ging in die Höhle des Klassenfeindes und bewarb sich beim Bundesministerium für Forschung und Technologie um eine Übernahme in den Dienst der Bundesrepublik, die er jahrzehntlang bekämpft und herabgesetzt hatte.

So entsteht aus vielen Einzelheiten ein Gesamtbild von Würdelosigkeit und Charakterlosigkeit. Diese Menschen, die in einem langen Berufsleben das SED-Regime mitgetragen und seine Ideologie verbreitet hatten, verrieten nun im Wettlauf ihre eigene Vergangenheit, als ob man sie einfach wegwischen könnte. Ein solches Verhalten ist nur eines der Merkmale für die Hohlheit des ganzen Systems, das auf Lug und Trug und Heuchelei beruhte, in dem Karrierismus und Opportunismus tragende Elemente waren und ein echtes politisches Bekenntnis selten zu finden war. In dem Augenblick, als die hinter der Ideologie stehende Macht wegfiel und mit der Propagierung der Ideologie keine materiellen Vorteile mehr verbunden waren, verschwand auch die Bereitschaft, ihr weiterhin zu dienen. Mit solchen Leuten ist ein Neubeginn in der Geschichtswissenschaft auf dem Boden der ehemaligen DDR nicht zu leisten<sup>10</sup>.

10 Stellvertretend für viele derartige Fälle soll das folgende Beispiel angeführt werden: Im Jahre 1986 erschien im Verlag Hermann Böhlau Nachf., Weimar, die „Geschichte der Stadt Erfurt“, herausgegeben von Willibald Gutsche. Sie war „auf Initiative der Stadtleitung der SED“ in Angriff genommen worden und sollte „ein marxistisch-leninistisches Bild . . . vermitteln und damit zur Entwicklung und Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins, der sozialistischen Heimat- und Vaterlandsliebe“ beitragen. Der Text ist entsprechend ausgefallen, wofür schon die Person des Herausgebers garantiert. Man brauchte heute darüber nicht mehr zu sprechen, wenn nicht 1989 eine zweite Auflage erschienen wäre, die mit einem vierseitigen Einlegeblatt von Verlag und Herausgeber versehen wurde, das vom 20. Dezember 1989 datiert ist und „Notwendige Bemerkungen zum Erscheinen der zweiten Auflage“ enthält. Darin wird festgestellt, daß die „vom Volk erzwungene demokratische Erneuerung“ einen „durchgreifenden Wandel . . . auch im Bereich der Geschichtsforschung und -vermittlung“ erfordere, da nun „die Befreiung der Geschichtswissenschaft von allen reglementierenden Eingriffen die Überwindung . . . abgefordertes Hofberichterstattung, einseitiger Erfolgsbilanzierung im Hinblick auf die DDR-Geschichte“ möglich mache. Es bleibt das Geheimnis von Herrn Gutsche, mit welchem Recht gerade er sich zum Kritiker an den „reglementierenden Eingriffen“ und der „Hofberichterstattung“ macht, gehörte er doch zu jenen SED-Historikern der oberen Ränge, die in jahrzehntelanger Tätigkeit genau diesen ideologischen Leitungs- und Kontrollmechanismus innerhalb der Geschichtswissenschaft mitbestimmt haben. Dafür gibt es in seinen zahlreichen Veröffentlichungen genügend Belege. Auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Kloster Banz über „Regional- und Alltagsgeschichte im politischen Bildungsprozeß. Aufarbeitung und Perspektiven in den neuen Bundesländern“ im Mai 1991 erschien Gutsche als „Experte“ und sprach über „Demokratie – Nationalsozialismus – Antifaschismus 1929–1933 am Beispiel Erfurts“. Mit ihm zusammen trat Karl-Heinz Hajna auf, der im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Arbeitsgruppe Regionalgeschichte, auf die ideologische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Landes- und Heimatgeschichte in Westdeutschland angesetzt war. Nachdem er zu SED-Zeiten die Abschaffung der Länder 1952 zu legitimieren versucht und die Einrichtung der Bezirke als den großen Fortschritt zur sozialistischen Demokratie herausgestellt hatte, drehte er sich nach der Wende einfach um und befürwortete nun genau das Gegenteil, nämlich die Wiederherstellung der Länder im Sinne des föderativen Prinzips.

In einer Rezension von ihm über die „Geschichte der Landesparteiorganisation Sachsen-Anhalt der SED 1945–52“ (Jahrbuch für Regionalgeschichte, 15 [1988] II, S. 334 f.) wird der ganze Byzantinismus der SED-Geschichtswissenschaft und ihrer Vertreter deutlich: „Eingedenk der Tatsache, daß Wissen um Geschichte ein unverzichtbarer Kraftquell für die Verwirklichung der Politik der SED darstellt, soll das Werk dazu beitragen, die Beschlüsse des 11. Parteitag zu verwirklichen, die mit ihrer Orientierung auf das Wohl und Glück der Menschen, auf eine Welt des Friedens, der Arbeit und der Freiheit in das nächste Jahrtausend hineinreichen. In eindrucksvoller Weise werden die Machenschaften des Gegners entlarvt, unsere sozialistische Entwicklung zu schädigen.“ Hajna war Stellvertreter Gutsche in der Gesellschaft für Heimatgeschichte vor der Wende. Nach der Wende gab sich die Gesellschaft ein neues Statut und firmierte nun – den veränderten Verhältnissen angepaßt – als eingetragener Verein. Vorsitzender und Stellvertreter: W. Gutsche und K.-H. Hajna. Wer immer noch nicht wissen sollte, was mit den „alten Seilschaften“ der SED gemeint ist, kann sich an diesem Beispiel einen Begriff machen.

---

## V.

---

Neben den Personen, die das SED-Regime und seine Geschichtsideologie getragen haben, ist ein Blick auf die dazugehörigen Institutionen zu werfen. An der traditionellen Struktur der geschichtswissenschaftlichen Lehre an Universitäten und Hochschulen war im Vollzug der Wende zunächst wenig zu ändern, doch mußte der aus ideologischen Gründen stark aufgeblähte Geschichtsbetrieb auf den tatsächlichen Bedarf zurückgeführt werden. Vor allem war es notwendig, die hypertrophe Geschichte der DDR und der Arbeiterbewegung abzubauen. Es ist nun die Aufgabe der einzelnen Landesregierungen, auf dem bereinigten Gefüge ein neues System der historischen Lehre und Forschung an den Universitäten aufzubauen und dabei besonders auf geeignete Fachvertreter zu achten. Mehr als zwei Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Lage in dieser Hinsicht noch durchaus unbefriedigend. Die rechtsstaatlichen Rücksichten erweisen sich als hinderlich für eine durchgreifende Erneuerung in personeller Hinsicht; sie werden ausgerechnet jetzt von denjenigen vehement in Anspruch genommen, die bisher nur Hohn und Spott für die „bourgeoise“ Rechtsstaatlichkeit übrig hatten, da sie sich auf ihren Machtapparat orientieren konnten, der ihnen ihre Privilegien sicherte.

Gesetzliche Grundlagen für den Hochschulbereich sind immerhin geschaffen, Gründungsdekane aus den alten Bundesländern sind um den Neuaufbau der Geschichtswissenschaft bemüht, aber die ehemaligen SED-Historiker sitzen noch vielfach auf ihren Lehrstühlen, die sie allein ihrer Parteizugehörigkeit verdanken. Alte Machtpositionen werden genutzt, um kompromittierte Genossen anderweitig unterzubringen: In Leipzig wurde der von der SED auf den Posten des Direktors der Universitätsbibliothek gesetzte Bernd Rüdiger, der seine Karriere allein seiner ideologischen Linientreue zu verdanken hat, von der Belegschaft der Bibliothek verdienftermaßen davongejagt, aber sogleich in der Sektion Geschichte von seinen alten Genossen wieder aufgenommen. Das ist nicht der geeignete Weg zur Hochschulerneuerung!

Im Wissenschaftsbetrieb der DDR hatten die Institute der Akademie der Wissenschaften eine bedeutende Stellung inne. Hier konzentrierte sich die Forschung, sie waren personell außerordentlich stark besetzt, waren ihnen doch Leitfunktionen für ihre jeweilige Wissenschaft zugeordnet. Für die

Geschichtswissenschaft war das die Aufgabe des Zentralinstituts für Geschichte. Mit diesem hohen Anspruch steht die erstaunliche Ineffektivität des Instituts in einem bemerkenswerten Widerspruch. Der Einblick in die Struktur der zuletzt bestehenden beiden Akademieinstitute für Geschichte und ähnlicher Institute von Nachbarwissenschaften legte eine Zerfahrenheit und Zufälligkeit ihrer Struktur offen, die eine Homogenität oder eine leitende Idee vermissen ließ. Die Gesamtleistung des Zentralinstituts für Geschichte in bezug auf Publikationen und wegweisende wissenschaftliche Konzepte entsprach nicht entfernt dem, was von 240 (!) wissenschaftlichen Mitarbeitern zu erwarten gewesen wäre.

Die Ursachen für diesen Widerspruch zwischen hoher Stellenbesetzung und geringer Leistung sind mannigfacher Art. Dazu gehören u. a. die Starrheit in der personellen Besetzung und der geringe Anreiz zur Mobilität, was zu geistiger Enge führte. Nur ein bestimmter Teil der Mitarbeiter besaß als „Reisekader“ das Privileg, mit der internationalen Forschung in persönliche Berührung zu kommen und dadurch neue Anregungen aufzunehmen. Das waren vornehmlich Etablierte, die auf das System festgelegt waren und in der Sorge um ihre Pfründe kaum zu kritischem Denken und Verhalten bereit waren. Sie waren in das System integriert und dienten seiner Stabilisierung. Daß es in diesen Instituten auch „Nischen“ mit sachlicher Arbeit auf der Grundlage hervorragender Sachkenntnis gab, ist ein beachtenswertes Ergebnis der persönlichen Kenntnis, die ich als Mitglied des vom Wissenschaftsrat eingesetzten Evaluierungsausschusses für die geisteswissenschaftlichen Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften erlangen konnte.

Für den Neubeginn in diesem Bereich war ein gründlicher Umbau notwendig, der vor allem das als hinderlich und unfruchtbar erkannte Prinzip der Trennung von Forschung und Lehre beseitigen mußte, das in der DDR nach sowjetischem Vorbild und im Widerspruch zur deutschen Wissenschaftstradition eingeführt worden war. Die privilegierte, vom lebendigen Lehrbetrieb losgelöste Forschung konnte in diesem Ausmaß nicht fortgeführt werden. Die in diese Richtung weisenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates beruhten auf sorgfältigen, verantwortungsbewußten Überprüfungen der Institute mit hohem Aufwand an Zeit und Personal, wobei auf allen Ebenen der Leitung und der Mitarbeiter bis zu den Nachwuchskräften Gespräche geführt wurden. Dabei herrschte durchgängig das Bemühen, unter Einhaltung des angestrebten Konzepts der Einheit von Lehre und Forschung

Akademieinstitute von vertretbarer Größe mit akademiespezifischen Aufgaben fortzuführen und alle anderen wissenschaftlichen Potenzen an geeignete Institute zu verlagern.

Das durchaus notwendige Geschäft der Evaluierung war für beide Seiten – die Institute und den Ausschuß – keine reine Freude; es wurde von den Mitarbeitern der betroffenen Institute verständlicherweise mit bangen Gefühlen erwartet und durchgestanden, ging es doch für jeden einzelnen um seine berufliche Zukunft. Die gründliche, engagierte und in ihrer Haltung wohlwollende Arbeit des Evaluierungsausschusses ist bedauerlicherweise mit unsachlichen Behauptungen geschmäht und teilweise regelrecht verleumdet worden. Die an dieser Arbeit beteiligten Mitglieder aus der ehemaligen DDR müssen sich entschieden gegen den Vorwurf verwahren, sie seien lediglich als „Feigenblatt“ verwendet worden. Wir haben im Gegenteil unsere Erfahrungen und unsere Kenntnis der DDR-Wirklichkeit in die Empfehlungen eingebracht und das Ergebnis mitbestimmt. Daß die Evaluierung von außen erfolgte, war unvermeidlich, denn eine Erneuerung von innen war bei der Lage der Dinge gar nicht möglich. Ein solches Verfahren hätte nur die alten Führungskader der SED wieder begünstigt, wie es sich leider in sehr vielen Fällen auf allen Gebieten gezeigt hat, wo man diesen Leuten das Feld allein überlassen hat. Es wäre im Jahre 1946 auch keinem Menschen eingefallen, die Entnazifizierung durch ehemalige Mitglieder der NSDAP durchführen zu lassen.

Meine Meinung über die Unfähigkeit des alten Systems der SED-Geschichtswissenschaft, sich aus sich selbst heraus zu erneuern, gründet sich auf die Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre, die ich aufmerksam verfolgt und in der ich mir durch viele Gespräche, Schriftwechsel und unvermeidliche Auseinandersetzungen ein Bild gemacht habe. Als wesentliches Ergebnis aller dieser Beobachtungen stellt sich die Tatsache heraus, daß den meisten betroffenen Menschen ein Gefühl für ihre Mitverantwortung und Mitschuld am Funktionieren eines gigantischen Apparates zur ideologischen Manipulation und Unterdrückung weitgehend fehlt. Die „Rolle jedes einzelnen“ festzustellen, von der man bei der Auflösung des Rates für Geschichtswissenschaft im Dezember 1989 gesprochen hatte, war in der Praxis eben doch nicht gefragt. Man zog sich hinter Kollektiventscheidungen in die Anonymität des Systems zurück, um sich selbst zu entlasten. Der Professor für mittelalterliche Geschichte, der als Rektor der Universität Leipzig im Jahre 1968 die Universitätskirche – eines der letzten mittelalterlichen Bauwerke der Stadt Leipzig – zur Ver-

richtung freigab, entschuldigt sich heute damit, er habe nur einen Senatsbeschluß ausgeführt. Daß auf ihm als dem Rektor eine besondere Verantwortung lag und daß seine Weigerung gegen diese barbarische Zerstörung eines unersetzlichen Kulturdenkmals etwas bedeutet hätte, will oder kann er offenbar nicht begreifen.

Im Frühjahr 1990 bat mich eine Gruppe von 20 Lehrern für Marxismus-Leninismus an der Technischen Universität Dresden um eine Aussprache über meine bürgerliche Auffassung von Geschichte, da sie nach dem Ende ihrer Ausbildung in Marxismus-Leninismus hofften, als „Regionalhistoriker“ weiterverwendet werden zu können. Sie erwiesen sich durchaus als hör- und gesprächsbereit, aber sie zeigten keine Einsicht in die persönliche Verantwortung für ihre Lage. Für sie galt weiterhin das marxistische Menschenbild, daß der Mensch das Produkt seiner Umweltverhältnisse, seines sozialen Milieus und seiner Klasse ist. Ein Gefühl für eigene Schuld oder Mitverantwortung kann auf diesem Boden nicht wachsen. Die Wende hatte lediglich neue Verhältnisse gebracht, in denen sie auch wieder einen Anspruch auf angemessene Beschäftigung zu haben meinten. Während der Evaluation in einem der Akademie-Institute erklärte ein Mitarbeiter, der mit der Entlassung in den Vorruhestand rechnen mußte, er sei Professor mit einer ihm zustehenden gehaltlichen Einstufung, auf die er einen Anspruch habe. Wenn es in der Situation nicht unpassend gewesen wäre, hätte ich ihn gerne gefragt, aufgrund welcher Voraussetzungen er in der DDR Professor für Geschichte geworden war. Erstaunlich war die Ungeniertheit, mit der hier ein alter Nutznießer des SED-Regimes auftrat.

Neben den Alten hinterließ die DDR-Geschichtswissenschaft die Nachwuchskräfte, denen bei der Evaluierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, um ihre Lage zu erkennen und Förderungsmöglichkeiten anzubieten. Es ist keine Frage, daß dieses Potential aus dem eigenen Lande für den Neubeginn genutzt werden muß. Bei manchen Gesprächen mit jüngeren Mitarbeitern aus Akademie- und Universitätsinstituten der Geschichts- und Nachbarwissenschaften noch lange vor der Wende habe ich die Erfahrung gemacht, daß es sich bei ihnen oft um kritische Leute handelte, die lernbegierig über den engen DDR-Horizont hinausschauten, neue Ideen hatten und diese in die praktische Arbeit und Leistung umsetzen wollten. Sie wurden aber stets gehindert durch die Schwerfälligkeit des Apparates, durch die darin wirksamen Kontrollmechanismen, durch ideologische Begrenztheit und die mangelnde Risiko-



bereitschaft der Alten in den Leitungspositionen, die alles zu Fall brachten, was ihre eigene Stellung hätte gefährden können. Enttäuschung und Niedergeschlagenheit über eine solche kontraproduktive, eines Wissenschaftlers unwürdige Haltung sprachen aus den Worten dieser jungen Leute, die in ihrer Entwicklung behindert wurden und ihre Fähigkeiten brach liegen lassen mußten. Ebenso wie in der Politik zeigte der SED-Staat auch in der Wissenschaft die Tendenz zur Gerontokratie, womit er seinen Anspruch Lügen strafte, ein Staat der Jugend zu sein.

So waren die Nachwuchskräfte in ihrer Entfaltung eingeschränkt, es fehlte ihnen an auswärtiger Fachliteratur, an persönlichen Kontakten mit der internationalen Fachwelt, an Sprachkenntnissen und am aktiven Gebrauch von Fremdsprachen, schließlich an der Möglichkeit, in das westliche Ausland reisen zu können. Dissertationen mit abweichenden Meinungen wurden unterdrückt, die Publikationsmöglichkeiten im eigenen Lande waren beschränkt und jene im Ausland von Genehmigungen abhängig. Darum wurden viele begabte Nachwuchskräfte in der Fachwelt nicht bekannt, was für sie nachteilig ist, wenn sie sich jetzt im wiedervereinigten Deutschland der Konkurrenz stellen müssen. Sie sind ohne ihre Schuld durch das in der DDR entstandene Wissenschaftssystem geschädigt und für ihre weitere Entwicklung benachteiligt.

Hinzu kommt noch die Tatsache, daß ein Hochschulstudium in der DDR fast ausschließlich nur an *einer* Hochschule absolviert wurde. Nicht wenige der jetzt noch amtierenden Universitätshistoriker in den neuen Bundesländern haben nie eine andere Universität kennengelernt als diejenige, an der sie studierten und auf dem von FDJ- und Parteifunktionen begleiteten Weg über den Assistenten, Oberassistenten und Dozenten schließlich auf ihre Lehrstühle gelangt sind. Welche geistige Enge und Sterilität einem solchen System innewohnt, braucht nicht näher erläutert zu werden. Mit Nachwuchshistorikern aus den alten Bundesländern, die an mehr als einer Universität studiert haben, mit Hilfe der zahlreich vorhandenen Stipendien sich im Ausland weiterbilden konnten, über Fremdsprachenerfahrung verfügen und infolge ihrer unbegrenzten Reisemöglichkeiten eine weltläufige Einstellung besitzen, sind die gleichaltrigen Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR nicht konkurrenzfähig. Dieser Sachverhalt erfordert besondere Aufmerksamkeit und nachholende Fördermaßnahmen. Der in Frage kommende Personenkreis muß mit Hilfe von Stipendien Auslandserfahrungen erwerben, mehr Beweglichkeit ein-

üben und von der isolationistischen DDR-Mentalität wegkommen.

---

## VI.

---

Für den Neubeginn der Geschichtswissenschaft in den östlichen Bundesländern ergibt sich eine trübe Bilanz: Die alten regimetreuen Historiker sind nicht brauchbar, die jüngeren noch nicht voll einsatzfähig. Die Zufuhr neuer geistiger Kräfte von außen ist darum unerläßlich. Es werden fähige Leute mit solider Ausbildung, weitem Horizont, internationalen Erfahrungen, anerkannten Leistungen und einer weltoffenen Geschichtsauffassung gebraucht, wie sie in der ehemaligen DDR kaum zu finden sind. Das vom Wissenschaftsrat verfolgte Ziel der Durchmischung hat hier seine volle Bedeutung. Es geht nicht um einen Kahlschlag all dessen, was von der DDR-Geschichtswissenschaft übriggeblieben ist, sondern um eine sinnvolle Synthese miteinander verträglicher Kräfte unterschiedlicher Herkunft. Wir leben auf dem Boden der ehemaligen DDR wieder in einer bürgerlichen Gesellschaft und in einem liberalen Staat mit demokratischer Verfassung. Dazu ist eine kongruente Geschichtswissenschaft vonnöten. Die Lehrstühle und Direktorenstellen im Fach Geschichte müssen neu ausgeschrieben werden, um jetzt das nachzuholen, was bei den Besetzungen vor 1989 nicht möglich war.

Jeder Neubeginn muß auch gewachsene Traditionen berücksichtigen. Die 45 Jahre der SED-Herrschaft umfaßten eine ganze Wissenschaftlergeneration, sie haben eine tiefe Prägung der Gesellschaft und jedes einzelnen hinterlassen. Das betrifft die freiwillige Anpassung, die unbewußte Annahme von Denk- und Verhaltensweisen und selbst den aus der Abneigung gegen das Regime genährten Willen zum Widerstehen. Wir können heute diese 45 Jahre in ihren katastrophalen Auswirkungen als einen Irrweg ansehen. Aber die jahrzehntelang erlebte DDR-Wirlichkeit bleibt ein Stück in der Lebensgeschichte jedes Menschen, der schicksalhaft unter diesen Bedingungen leben mußte. Diese Tatsache läßt sich nicht verdrängen oder vergessen.

Bei aller inneren Distanz gegenüber dem Regime und seiner Ideologie habe ich die Existenz in der DDR bewußt angenommen. Weder vor noch nach der Mauer ist mir jemals der Gedanke gekommen, dieses Land zu verlassen, in dessen Geschichte ich verwurzelt bin, dessen kulturelle Leistung eine

jahrhundertealte Tradition besitzt und dem ich mit meiner Arbeit dazu verhelfen wollte, daß es ein Stück Deutschland bleibt. Ich war eher da als die DDR, sie ist über mich gekommen, ohne mich zu fragen, und ich bin geblieben. In diesem Sinne bekenne ich mich zu meiner DDR-Vergangenheit, keinesfalls aber zu einer DDR-Identität, wenn damit die Anerkennung der staatlichen Verhältnisse gemeint sein sollte. Ich war Teilnehmer an einer Not- und Schicksalsgemeinschaft, in der auch Werte entwickelt worden sind, die Bestand haben. Mein historiographisches Werk war vom Willen zur Behauptung gegen die SED-Geschichtswissenschaft beherrscht, so daß eine Lebensleistung zustande gekommen ist, die anders aussieht, als wenn sie unter westlichen Bedingungen geschehen wäre.

Mit diesen persönlichen Bemerkungen soll auf eine empfindliche Seite des Neubeginns hingewiesen werden, die nicht außer acht gelassen werden darf: Man kann beim Neuaufbau der Verwaltung in vielen Dienststellen „Leih-Beamte“ aus den alten Bundesländern einsetzen, die mit ihrer formaljuristischen Ausbildung und ihrer Kenntnis rechtsstaatlicher Normen das Hineinwachsen in die einheitliche Bundesrepublik erleichtern und beschleunigen. Ihre Unkenntnis der jüngstvergangenen DDR-Wirklichkeit wiegt auf dieser Ebene nicht so schwer. Der Einsatz von „Leih-Historikern“ wäre dagegen eine recht fragwürdige Methode. Im Zuge der angestrebten Durchmischung werden durchaus Historiker aus den alten Bundesländern benötigt, die sich in die Wirklichkeit der von einer langen DDR-Vergangenheit geprägten Länder und ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse einfühlen können und in der Lage sind, die Voraussetzungen zu erfassen, unter denen die hier studierenden jungen Leute antreten. Noch viele Jahre lang werden hier Menschen zur Immatrikulation kommen, die eine nach den pädagogischen und ideologischen Grundsätzen der SED ausgerichtete Schulbildung erfahren haben. Unter diesen Bedingungen kann sich leicht eine Abwehrhaltung gegen „Zugereiste“ entwickeln. Die westliche Marktwirtschaft hat bereits erbarmungslos die in 45 Jahren gewachsene DDR-Wirtschaft zerschlagen und dabei sichtbare soziale Schäden verursacht. Auf geistigem Gebiet sollte mehr Rücksicht genommen werden, um die Wiedervereinigung so zu bewältigen, daß keine Wunden geschlagen werden.

Über allen bedrängenden Fragen in den engen Zeit- und Raumverhältnissen der Wende auf dem Boden der ehemaligen DDR bleibt dem Historiker die Aufgabe, die Geschichte der DDR in einen weltgeschichtlichen Zusammenhang zu stellen.

Die christlich-bürgerliche Gesellschaft Europas hat die soziale Frage im 19. Jahrhundert nicht gemeistert, der Liberalismus hat auf dem Gebiet der Wirtschaft einen hemmungslosen Egoismus hervorgebracht, so daß der Sozialismus – ein wie auch immer gearteter Sozialismus – geschichtlich notwendig war. Karl Marx bot dafür ein scharfsinnig entworfenen, wissenschaftlich begründetes Programm, das von den in sozialer Hinsicht benachteiligten, leidenden Volksmassen aufgegriffen und zu politischem Handeln genutzt wurde. Gleichzeitig forderte eine einseitig-idealistische Geschichtsauffassung im dialektischen Prozeß der Wahrheitsfindung Alternativen heraus. Eine davon war das historisch-materialistische Konzept von Marx, eine andere ein Menschenalter später die kulturhistorische Methode von Karl Lamprecht. Auf dem Gebiet der Geschichte ist wie in jeder Wissenschaft eine Weiterentwicklung nur möglich durch das „sic et non“, das Infragestellen alter Wahrheiten und das Erkennen von Alternativen. In Arnold Toynbees Denkmodell von „challenge and response“ wird der aus Widersprüchen sich aufbauende Gang der Weltgeschichte deutlich.

Auf dem Boden Mitteldeutschlands hatte die sowjetische Besatzungsmacht 1945 ein politisches Regime errichtet, das eine von Lenin russifizierte Version des marxischen Sozialismus in stalinistischer Perversion praktizierte. Die dadurch an die Macht gekommenen deutschen Kommunisten bekamen somit die Gelegenheit, den historischen Materialismus mit deutscher Gründlichkeit auf radikale Weise zur dogmatischen Grundlage einer mit unbedingtem Anspruch auf den alleinigen Besitz der Wahrheit und Wissenschaftlichkeit auftretenden Geschichtswissenschaft zu machen und jede alternative Auffassung von Geschichte als „feindlich“ auszuschließen. In diesem Anspruch – in der Unduldsamkeit und in der Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft als ideologischer Faktor einer terroristischen Machtausübung – liegt die Schuld der SED-Historiker. Wenn sich heute mancher von ihnen auf das „Recht zum Irrtum“ beruft, so muß man ihm diese menschliche Schwäche zubilligen, ihm aber auch deutlich machen, daß ein solch schwerer Irrtum Folgen nach sich ziehen muß.

Aufs Ganze gesehen kann nur eine marxistische Geschichtsauffassung, die sich von der unseligen Verquickung mit der politischen Macht gelöst hat, die mit ihrem kritischen Potential zur Wahrheitsfindung beiträgt und als Element fruchtbarer Unruhe mit Dialogbereitschaft – ohne Totalitätsanspruch und ohne Arroganz – auftritt, ihren Beitrag zu einer pluralistischen Geschichtsarbeit leisten.

Das bedeutet aber eine völlige Abkehr von der Praxis der SED. Es läßt sich denken, daß auf einer solchen Grundlage auch Entwicklungslinien aus der Geschichtswissenschaft der DDR weitergeführt werden können.

Nachdem die friedliche Revolution des Herbstes 1989 die politische Wende herbeigeführt hatte, läßt sich der darauf notwendigerweise folgende Neubeginn auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft sehr zögerlich an. Er geht zu langsam vor sich und war bis jetzt nicht gründlich, nicht wirklich revolutionär. Die Kommunisten sind im Jahre 1945 und danach anders verfahren. Bei der öffent-

lichen Diskussion um den Abriß des Berliner Lenin-Denkmal im Herbst 1991 sprach Hans-Ulrich Wehler von der „nachfolgenden Revolution“, die eine solche Beseitigung notwendig mache. Dieser Gedanke läßt sich auch auf die belasteten SED-Historiker anwenden. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß sich die Vergangenheitsbewältigung heute fast ausschließlich auf die Stasi-Problematik konzentriert, während die ideologischen Verführer und Werkzeuge der geistigen Manipulation unerkannt bleiben. Sie sind an der Desinformation und Deformierung einer ganzen Generation mitschuldig. Sie haben einen Schaden angerichtet, der für lange Zeit nicht wiedergutzumachen ist.

# Entwicklungschancen und -barrieren für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR

---

## I.

---

Es ist inzwischen nicht sonderlich originell, festzustellen, daß die Historiker der DDR zur Herbstrevolution von 1989 wahrlich wenig beigetragen haben. Die vorsichtigen Reformideen einiger von ihnen in den Jahren seit dem Machtantritt Gorbatschows hatten weder das System als Ganzes in Frage gestellt, noch waren sie über den engen Kreis einiger Eingeweihter hinausgedrungen. Auch in den Monaten nach der „friedlichen Revolution“ war die große Mehrheit dieser Historiker nicht bereit und nicht in der Lage, zu erkennen, daß der „real existierende Sozialismus“ der DDR endgültig abgewirtschaftet hatte<sup>1</sup>. Das mußte um so mehr verwundern, da diese Wissenschaftler sich selbst als scharfe Kritiker gesellschaftlicher Strukturen außerhalb des eigenen Gesellschaftssystems verstanden hatten und glaubten, daß ihnen durch den Marxismus ein Instrument an die Hand gegeben worden sei, das sie nicht nur zur analytischen Sicht auf die Vergangenheit, sondern auch zu einer durch Gesetze bestimmten Voraussage der Zukunft befähigte.

Bis heute konnte nicht geklärt werden, worin die Gründe für dieses Unvermögen bzw. diesen Unwillen bestehen. Verschiedene Deutungsvarianten bieten sich allerdings an:

1. Die Mehrzahl der Historiker der DDR wollte die Herbstrevolution von 1989 nicht; sie lehnte sie ab und konnte ihre Folgen lange Zeit nicht begreifen oder nicht akzeptieren.
2. Eine Analyse der Ereignisse war vielen sich als marxistisch verstehenden Historikern nicht möglich, weil sie sich selber nicht der in Anspruch genommenen dialektischen und kritischen Methodik bedienten, sondern vielmehr den Kategorien und Denkmustern des stalinistisch verzerrten Marxismus-Leninismus verhaftet waren. In der weiteren

---

1 Vgl. Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn: Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992.

Diskussion wird es nötig sein zu bestimmen, was eine marxistische Geschichtswissenschaft ausmachen könnte. Meines Erachtens gehören dazu: a) ein formations-, revolutions- und klassentheoretischer Ansatz; b) eine ganzheitliche Geschichtssicht, die auf kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart sowie auf die Gestaltung der Zukunft zielt, und c) die Auffassung, der historische Ablauf sei letztlich von objektiven Struktur- und Handlungszusammenhängen, dem Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie durch ökonomische Entwicklungen und durch Klassenkämpfe bestimmt<sup>2</sup>.

3. Die Historiker, die in der DDR maßgeblich Lehre und Forschung trugen, dienten in ihrem Selbstverständnis der von der SED vorgegebenen Traditionslinie und der ideologischen Legitimierung einer angeblich sozialistischen Gesellschaftsordnung, die als Endpunkt menschlicher Entwicklung begriffen wurde<sup>3</sup>. Ihnen galt die staatliche Existenz der DDR als Ergebnis einer gesetzmäßigen Entwicklung der gesamten deutschen Geschichte. Dies bildete mit der Vertretung eines vermeintlichen Klassenstandpunkts des als fortgeschrittenste Klasse eingeschätzten Proletariats und seiner Partei, der SED, eine Einheit. Besonders die „etablierten“ DDR-Historiker hatten nach dem Herbst 1989 größte Mühe, sich von diesen Positionen zu lösen. Die hier skizzierte Haltung schloß allerdings nicht aus, daß in der DDR im Spannungsfeld zwischen den Anforderungen der SED – zum Teil auch durch diese gefördert – und wissenschaftlichen Eigeninteressen auch solide und international anerkannte Arbeiten entstanden.

4. Ein weiterer Grund für das Schweigen der Mehrzahl der DDR-Historiker seit dem Herbst

---

2 Vgl. Wolfgang Küttler, *Zwischen Wissenschaft und Staatsaktion*, in: *Initial*, 2 (1991) 2, S. 146, 148; Hermann Weber, *Werden DDR-Geschichtswissenschaft und Marxismus plattgewalzt und ausgemerzt?*, in: *Deutschland Archiv*, 24 (1991) 3, S. 250; ders., *Die DDR 1945–1986*, München 1988, S. 106f.

3 Vgl. Dieter Engelmann, *Vae victis!?: Oder: Zur Kritik an der marxistischen Geschichtsschreibung der ehemaligen DDR*, in: *Deutschland Archiv*, 24 (1991) 1, S. 73–78; Bernd Riebau, *Geschichtswissenschaft und nationale Frage in der Ära Honecker*, in: ebd., 22 (1989) 5, S. 534f.

1989 lag darin, daß in einer Situation von Angst um die eigene berufliche Existenz und unter dem psychischen Druck, von angeblichen „Siegern der Geschichte“ zu Unterlegenen geworden zu sein, sich nur schlecht eine Diskussion führen läßt, die eigene Fehler und Schwächen offenbaren müßte.

Doch der eigentliche Grund für das noch immer weit verbreitete Schweigen scheint ein anderer zu sein. Um ihm näherzukommen, darf nicht vergessen werden, daß die Mehrzahl der Historiker in der DDR nicht zu einem Bekenntnis oder zur äußerlichen Loyalität gegenüber dem System gezwungen werden mußte, sondern daß sie dessen Überzeugungen und Zumutungen durchaus freiwillig angenommen, verinnerlicht und überzeugt, ja auch gläubig vertreten und weitergetragen hatten<sup>4</sup>. Niemand mußte platte Phrasen nachbeten, seine Arbeiten mit Zitaten der sogenannten Klassiker bis hin zu Honecker schmücken (auch nicht tarnen) oder sich auf der Karriereleiter nach oben kämpfen. Daß dies trotzdem geschah, lag wesentlich begründet in einem raffinierten Auswahlverfahren künftiger Sozial- und Geisteswissenschaftler (u. a. nach den Kriterien politischer Ergebenheit, Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen, Absolvierung eines verlängerten Wehrdienstes)<sup>5</sup>, in einem Privilegien- und Überwachungssystem, in innerer und äußerer Zensur sowie in dem Wunsch nach persönlicher Erfüllung in einer Gesellschaft, die man – als Historiker! – für ewigwährend hielt. So gab es kaum oppositionelle, eigensinnige oder „subversive“ Historiker<sup>6</sup>.

Die Information – nach einem Wort des Bürgerrechtlers Jens Reich die Voraussetzung für sinnvolles Handeln<sup>7</sup> – war durch Einschränkung der brieflichen, telefonischen und mündlichen Kommunikation begrenzt. Der Zugang zu oder die Abschnürung von Informationen gehörte zu dem Geflecht von Verlockungen, Vergünstigungen, Sonderrechten, Bestrafungen, Belohnungen und Drohungen<sup>8</sup>, das am deutlichsten in der Einrichtung des sogenannten „Reisekaders“ sichtbar wurde. Dieser Status war mit der Möglichkeit ver-

bunden, die DDR zu Dienstreisen zu verlassen; er bedeutete den Besitz von erheblichen Informations- und Kontaktvorteilen, die gegenüber nicht-privilegierten Kollegen einen von diesen nicht auszugleichenden und auch heute noch weiterwirkenden Vorsprung schufen. Da jede Bestätigung einer Reise ins westliche Ausland von der Zustimmung der Staatssicherheit abhing, war letztlich jedem klar, wie er sich zu verhalten hatte. Diese Bindung durch das Reiseprivileg war aber nicht nur für den Gegebenen, der es erst erlangen wollte, sondern sie bestand für den, der es besaß, bis zum Rentenalter. Es war ständiges Wohlverhalten nötig, um nicht mit Reise-, Kontakt- und Informationsbeschränkung bestraft zu werden.

Neben dem Reisekaderstatus als wichtigstem Element eines Netzes von karrierefördernden bzw. -hemmenden Maßnahmen sind noch der Zugang zu Bibliotheken und Archiven, die Publikationsmöglichkeiten, die Teilnahme an Tagungen im Lande und die Möglichkeit zu nennen, Kontakte zu westdeutschen oder ausländischen Kollegen haben zu dürfen.

Ziel dieses spätf feudalen Systems der Privilegienzuweisung war die schon erwähnte Auslese künftiger Historiker, die Überwachung ihres Entwicklungsweges, das Errichten von Barrieren bzw. das Ebenen von Karrierewegen durch die SED, durch die Staatssicherheit und durch verschiedene staatliche Leitungen. Wenn ich hier über das Funktionieren dieses Privilegiensystems außerhalb wissenschaftlicher Leistungskriterien berichte und darüber, welche verheerende Folgen es in einem beispielhaften Fall an der Berliner Humboldt-Universität hatte, möchte ich zuerst darauf verweisen, daß diese Schilderung auf eine allgemeine Situation zielt, die immer von Ausnahmen durchbrochen wurde. So gab es zu jeder Zeit einzelne, die sich bestimmten Zwängen entziehen konnten oder die nach vielfältigen Überprüfungen doch versuchten, ihren eigenen wissenschaftlichen Weg zu beschreiten. Für andere mag das Überwachungs- und Auswahlssystem sogar ein Anreiz gewesen sein, durch besonders intensives Arbeiten dessen Einschränkungen zu überwinden.

In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, die Frage zu beantworten, wo in der DDR-Forschungslandschaft die besten und relativ freiesten Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung von Historikern existierten. Ich meine (die kirchenhistorische Forschung einmal ausgenommen), daß das an der Akademie der Wissenschaften der Fall war, weil diese u. a. die Aufgabe hatte, das Ansehen der DDR durch zweckrationale Forschungen

4 Zur „inneren Lage“ der Historiker, vgl. Bernd Florath, *Mnemosine* war die Pille verschrieben, in: *Initial*, 2 (1991) 2, S. 150–158.

5 Vgl. Georg G. Iggers, *Ein anderer historischer Blick: Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1991, S. 10.

6 Vgl. Jan Peters, Podiumsdiskussion am 27. September 1990: Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR, in: 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum, 26. bis 29. September 1990, Stuttgart 1991, S. 41f.

7 Vgl. Jens Reich, *Rückkehr nach Europa. Bericht zur neuen Lage der deutschen Nation*, München–Wien 1991, S. 35.

8 Vgl. ebd., S. 63.

aufzuwerten. Dies erlaubte es den Leitungen der Akademieinstitute, weniger dogmatische Arbeiten als in anderen Einrichtungen zuzulassen und manchem Wissenschaftler Arbeitsmöglichkeiten zu gewähren, der mit der Staatssicherheit bzw. der SED in Konflikt geraten war. Dazu kam, daß die Akademieinstitute an der Ausbildung von Studenten nicht beteiligt waren, von ihnen also auch kein „negativer ideologischer Einfluß“ auf diese ausgehen konnte. Die Universitäten standen dagegen unter stärkerem politischen Druck, da sie die „Kaderelite“ für Staat und SED auszubilden hatten. Nur vereinzelt hatten Hochschullehrer die Kraft oder den Willen, sich den damit verbundenen Anforderungen (eher Zumutungen) zu entziehen.

---

## II.

---

Das für Universitäten und in ihrem Vorfeld auch für Schulen so prägende Auswahl- und Überwachungssystem – von Freya Klier als „Sortiermaschine“<sup>9</sup> bezeichnet – wurde schon in der SBZ der unmittelbaren Nachkriegszeit installiert. Andererseits wurde 1945 gleichzeitig der Versuch eines Neubeginns unternommen, der nicht an das im Osten Deutschlands vorhandene Forschungs- und Lehrpotential anknüpfen wollte<sup>10</sup>. Er wurde in der Volksbildung vor allem von Lehrern getragen, die sich dem Konzept der Reformpädagogik verschrieben hatten, während an den Hochschulen zurückkehrende Emigranten eine wichtige Rolle spielten. Zugleich begann schon früh der stalinistische Terror; die Kommunistische Partei bzw. die SED setzten rigide den Anspruch auf totale Beherrschung und Durchdringungen von Schule und Universität durch. Mit Rückendeckung durch die sowjetische Besatzungsmacht wurden zuerst reformpädagogische Ansätze zunichte gemacht, dann kam die Ausschaltung von nichtkonformen Wissenschaftlern wie Ernst Bloch und Hans Mayer.

In den frühen fünfziger Jahren erfolgte – mit tatkräftiger Hilfe der FDJ – die Zerstörung der nach dem Ende der NS-Diktatur gerade erst begonnenen demokratischen Neustrukturierung der Universitäten. Studentischer und professoraler Widerstand dagegen konnte gebrochen werden. Dabei schreckte die SED 1951 und 1952 über die von ihr

abhängige Justiz vor Zuchthausstrafen nicht zurück. Bei den Studierenden und Lehrenden blieben nach Freya Klier „Angst und tief verinnerlichte Anpassung, pathologische Selbstzensur im Denken“<sup>11</sup>. Trotzdem konnte an den Universitäten vorerst keine Friedhofsruhe im Sinne der Partei geschaffen werden; das führte zur Verschärfung des ideologischen Drills an den Schulen: Die Ablegung des Abiturs und die Aufnahme eines Studiums sollten an ideologische Linientreue und an die „Wehrbereitschaft“ (die Verpflichtung zu einem dreijährigen Wehrdienst war später für männliche Jugendliche eine Quasi-Voraussetzung für die Studienaufnahme) geknüpft werden. Gleichzeitig errichtete die SED Bildungsschranken für nicht der „Arbeiterklasse“ oder der Klasse der Bauern angehörende Kinder, die allerdings ständig zugunsten der Funktionärsschicht – aber auch privilegierter Wissenschaftler und Künstler – durchbrochen wurden. Auch verstärkten SED, Staatssicherheit und FDJ ihre Überwachungs- und Spitzeltätigkeit.

Daß aber die „ideologische Reinheit“ der Universitäten nur schwer und nie vollkommen durchzusetzen war, lag wohl an zwei Gründen: Zum einen lernten es die mit dem System nicht konformen Schüler und Studenten immer besser, sich nur äußerlich anzupassen und dabei ihre wahre Meinung zu bewahren; zum anderen saßen in den Auswahl- und Prüfungskommissionen immer wieder Persönlichkeiten, die sich den ihnen aufgezwungenen Auswahlkriterien informell widersetzen.

Erst in den achtziger Jahren konnte an den Universitäten und Hochschulen die weitgehende ideologische Gleichschaltung als Ergebnis eines über Jahrzehnte immer stärker an parteipolitischen Vorgaben orientierten Auswahlprozesses erreicht werden<sup>12</sup>. Diese Auswahl erfolgte jetzt unter Bevorzugung folgender Gruppen:

- Kandidaten und Mitglieder der SED mit guten und sehr guten Leistungen;
- politisch engagierte, leistungsstarke „Arbeiter- und Bauernkinder“;
- fachlich gute und gesellschaftlich engagierte Bewerber aus „politisch hervorragenden“ Elternhäusern;
- „verdienstvolle Werktätige“ und
- Träger von Auszeichnungen<sup>13</sup>.

---

11 F. Klier, (Anm. 9), S. 84.

12 Vgl. ebd., S. 122.

13 Vgl. Direktor für Studienangelegenheiten der Humboldt-Universität Berlin, Konzeption für die Zulassungsarbeit zum Studienjahr 1986/87, zit. nach F. Klier, ebd., S. 160.

9 Freya Klier, Lüg Vaterland: Erziehung in der DDR, München 1990, S. 126.

10 Hierzu und zu den folgenden Ausführungen über das DDR-Bildungs- und Universitätssystem vgl. ebd.

Auch das Durchbrechen dieses Auswahlprinzips durch die Suche nach Hochbegabten änderte nichts daran, daß den Studenten durchaus klar war, wann sie zu schweigen hatten, wann zu lügen und was das jeweils für ihre Karriere bedeuten konnte. Die Mehrzahl war allerdings mit dem System durchaus einverstanden, trug es willig – zum Teil auch begeistert – mit. Eine Minderheit war sogar bereit, ihre Kommilitonen und Lehrer zu bespitzeln und zu denunzieren. Auch das führte dazu, daß – und besonders gilt das für die Geisteswissenschaften – die Universitäten und Akademien an der Menschenrechtsbewegung in der Zeit vor der Herbstrevolution von 1989 wie auch an dieser selbst kaum beteiligt waren. Hier herrschte Grabesruhe<sup>14</sup>.

Bei der Erklärung dieser deprimierenden Tatsache darf nicht vergessen werden, daß die Studenten von 1950 jetzt Professoren waren und die von 1960 Dozenten und Assistenten. In vierzig Jahren hatte die SED erreicht, daß „auf dem Stellwerk saß, wen sie für tauglich hielt, und Schwellen putzte, wen sie von höherer Bildung fernzuhalten dachte“<sup>15</sup>.

Diese Auswahl hatte ihre Folgen nicht nur bei den Ausgesonderten, sondern auch bei den Aussonderten, denen ihr schuldhaftes Verhalten eigentlich bewußt gewesen sein müßte. Ein solches Schuldgefühl schien bis zum Herbst 1989 dadurch „bewältigt“ worden zu sein, daß z.B. der bestrafte Kommilitone als hassenswerter Klassenfeind begriffen oder die Erinnerung an ihn verdrängt wurde. Doch wie wird mit solchen Erinnerungen 1992 umgegangen? Meine Erfahrung ist die, daß von den einstigen Tätern jegliches Wort der Erklärung und der Entschuldigung ausbleibt. Sie reagieren heute mit Schweigen, das vom alten Haß und von Angst geprägt zu sein scheint.

---

### III.

---

Um das über politische Verfolgungen und Ausgrenzungen an DDR-Universitäten Gesagte konkret zu machen, möchte ich mich nun der Sektion Geschichte der Berliner Humboldt-Universität zuwenden. An dieser führenden historischen Lehrereinrichtung der DDR gab es mehrere Wellen von Repressionen: Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre, 1968, 1971/72 und 1976.

14 Vgl. F. Klier, (Anm. 9), S. 196.

15 Vgl. ebd., S. 199.

Diese Daten sind die der ideologischen Gleichschaltung der Hochschulen durch die SED in den fünfziger Jahren, der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ mit seinen Auswirkungen bis Anfang der siebziger Jahre sowie der Ausbürgerung Wolf Biermanns. Unklar ist noch, ob nicht auch Diadochenkämpfe in der SED-Führung oder Auseinandersetzungen zwischen SED und Staatssicherheit hinter diesen Verfolgungen standen. Auffällig dagegen ist, daß nach 1976 keine schärferen Unterdrückungsmaßnahmen mehr vorkamen bzw. bekannt wurden. Das mag in der nun erreichten Gleichschaltung der Sektion Geschichte oder in einem liberaleren Gesamtklima in der Gesellschaft begründet gewesen sein. Ihren Höhepunkt hatten die Repressionen jedenfalls 1972 erreicht; ihr Verlauf soll im folgenden umrissen werden.

Dabei muß allerdings vorausgeschickt werden, daß die Sektion Geschichte der Berliner Humboldt-Universität ihre Vergangenheit nicht selbständig aufgearbeitet hat. Die öffentliche Auseinandersetzung mit ihr wurde von einer Gruppe ehemaliger Studenten dieser Sektion, die dort politisch verfolgt worden waren, mit Hilfe der Presse am 10. November 1990 im Senatssaal der Humboldt-Universität erzwungen<sup>16</sup>. Dies war die erste Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Repressionen an dieser Universität im vollen Licht der Öffentlichkeit.

In seiner Eröffnungsrede versuchte der damalige Sektionsdirektor, Professor Rüger, die Geschichte der Verfolgungen bis in das Jahr 1972 hinein nachzuzeichnen<sup>17</sup>. Danach folgten die Schilderungen und Anschuldigungen der an der Sektion Geschichte politisch verfolgten ehemaligen Studenten, die sich an Mitglieder des Lehrkörpers richteten, die sich zum großen Teil im Saal befanden, aber überwiegend dazu schwiegen. So konnte das Ergebnis des Hearings nach siebenstündiger Diskussion nicht befriedigen. Weder waren die meisten Beschuldigungen beantwortet worden, noch

---

16 Vgl. Schreiben von Mechthild Günther an die Kommission für Rehabilitierung der Humboldt-Universität vom 29. Juni 1990 betr. Antrag auf Anerkennung der Unrechtmäßigkeit von Disziplinarverfahren und Studienabschlüssen gegen 13 Studenten der Fachrichtungen Bibliothekswissenschaft und Archivwissenschaft am 13. und 14. April 1972; Götz Aly, Deutschstunde: Opfer so weit das Auge reicht, in: Die Tageszeitung (taz) vom 17. Oktober 1990; Offener Brief von Beatrix Herlemann: Ihre Entschuldigung nehme ich nicht an, Herr Pätzold!, in: taz vom 7. November 1990.

17 Abgedruckt unter dem Titel: Kreuz zeigen, in: Humboldt-Universität, Berlin 1990/1991, 10/11, 12/13.

war es zu einer Aufklärung der inneren Strukturen politischer Verfolgung gekommen. Die Zusammenarbeit zwischen SED, Staatssicherheit, FDJ, Sektionsleitung, Professoren und studentischen Zuträgern blieb im dunkeln. Man hatte den Eindruck, daß die Mehrheit der angeklagten Geschichtsprofessoren und Dozenten die Strategie verfolgten, schweigend diesen Angriff „auszusitzen“ und sich so ihre berufliche Zukunft zu sichern<sup>18</sup>.

Immerhin wurde als Ergebnis der Versammlung beschlossen, eine Kommission zu gründen, um die Repressalien und Verfolgungen aufzuklären. Auf deren Bericht vom 5. Februar 1991 beziehe ich mich im folgenden<sup>19</sup>. Vorher sei nur angemerkt, daß der Arbeit dieser Kommission von den Kollegen der ehemaligen Sektion Geschichte nicht nur mit Schweigen begegnet wurde; ihre Angehörigen wurden vielmehr vereinzelt als „Abwicklungskollaborateure“ bezeichnet. Hinzu kam, daß verschiedene Akten vernichtet oder gefleddert worden waren<sup>20</sup>. Trotzdem wurde deutlich, daß die Denunziationen, Exmatrikulationen, Verhaftungen und Abschiebungen in den Westen an der Sektion Geschichte eindeutig parteipolitischen Charakter hatten und daß verschiedene an dieser Sektion lehrende Historiker wie auch Studenten darin verwickelt waren.

Wie liefen die Verfolgungen 1971/72 nach dem heutigen Erkenntnisstand ab? Die äußere Situation war dadurch gekennzeichnet, daß die Honeckersche Führung die „Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes“ forderte, was sicher dazu beitrug, daß die SED-Bezirksleitung Berlin die politische Situation an der Humboldt-Universität als nicht befriedigend einschätzte. Da sich jetzt auch die Staatssicherheit durch die Verhaftung (als Gründe wurden Kontakte zu westlichen Geheimdiensten und „Vorbereitung von Republikflucht“ angegeben) von drei Studenten (zwei davon von der Sektion Geschichte) im Sommer und Herbst 1971 bzw. im Januar 1972 einschaltete, wurde die

18 Zum Presseecho vgl. Jan von Flocken, Die reine Wahrheit oder nichts als lahme Ausreden?, in: Der Morgen vom 17./18. November 1990; Götz Aly, Als Mensch bleibst du einfach draußen, in: taz vom 14. November 1990; Mechthild Küpper, Die Zeit der reinen Appelle ist vorbei, in: Der Tagesspiegel vom 13. November 1990; Leserbrief von Rainer Eckert und Jörg Judersleben, in: taz vom 26. November 1990.

19 Vgl. den Bericht von Dr. Wiese, Dr. Mannigel, I.-S. Kowalczyk und Th. Belz an den Rektor der Humboldt-Universität vom 5. Februar 1991.

20 Vgl. dazu das Interview Annette Leos mit Waltraud Wiese: Ringsumher Schweigen, in: Die Andere vom 30. 1. 1991.

Sektion immer mehr zum „ideologischen Schwachpunkt“ der Universität. Der Verfolgungsapparat von SED und Staatssicherheit arbeitete immer hektischer: Zuerst wurde die Ablösung der bisherigen Sektionsleitung wegen ungenügender „ideologischer Wachsamkeit“ eingeleitet, danach erfolgte die Entdeckung von Pflichtverletzungen verschiedener Art, von „kleinbürgerlichem Verhalten“ und Laufbahndenken bei verschiedenen Lehrenden. Gleichzeitig verhörte die Polizei bzw. die Staatssicherheit Studenten, die mit den Verhafteten Kontakt gehabt hatten. Ihre Zimmer wurden durchsucht. Andere Studenten mußten sich Aussprachen und Verhören durch SED, FDJ und akademische Lehrer an der Sektion Geschichte stellen.

Im März 1972 setzte die SED-Grundorganisation Kommissionen ein, die im Ergebnis von Befragungen vorschlugen, gegen sechs Studenten, zwei Mitarbeiter und vier Hochschullehrer Parteiverfahren einzuleiten. Dazu kam es allerdings nicht, da sich die SED-Parteileitung der Sektion überzeugen mußte, daß der „Fall“ über ihre Kompetenzen hinausging (vielleicht spielte hier eine Studentin und Schwägerin des Politbüromitglieds Lamberz eine Rolle, gegen die auch ein Verfahren eingeleitet werden sollte). Das Geschehen an der Sektion Geschichte schätzte die SED inzwischen als „ernstesten Vorfall in der Geschichtswissenschaft der Republik überhaupt“ ein. Den Untersuchungen folgten eine Vielzahl von Versammlungen, die Drohung der Auflösung der Sektion sowie andere Drohungen und Erpressungen. Letztlich ging die Universitäts- bzw. Sektionsleitung wegen staatsfeindlicher Handlungen und Haltungen gegen insgesamt 13 Studenten der Sektion Geschichte (zwei davon waren verhaftet) disziplinarisch, d. h. mit Relegationen, Erpressungen und Verweisen, vor.

Typisch für das Vorgehen gegen politisch Andersdenkende an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität war:

- Bei der politischen Verfolgung gab es ein enges Zusammenwirken von SED, Staatssicherheit, FDJ und staatlicher Leitung, wobei sich die Staatssicherheit – wie üblich – im Hintergrund hielt. Die Disziplinarverfahren und -maßnahmen wurden von der staatlichen Sektionsleitung beantragt.
- Die Vorwürfe trafen zuerst die SED-Mitglieder, um dann auf andere vermutliche „Staatsfeinde“ ausgedehnt zu werden.
- Beschuldigt wurden Mitglieder des Lehrkörpers und Studenten, wobei die akademischen



Lehrer sich in der Regel rechtfertigen konnten und später beruflich aufstiegen, während die Studenten bestraft wurden. Eine Rolle spielte dabei, daß mit einem Disziplinarverfahren bedrohte akademische Lehrer selbst bei der Disziplinierung der Studenten mitwirkten.

- Die Strafen variierten ganz erheblich; offensichtlich war beabsichtigt, einen Teil der von ihnen betroffenen Studenten zu „erziehen“, einen anderen Teil dagegen für immer von den Hochschulen zu verjagen.
- Rechtliche Bestimmungen wurden umgangen. Die Strafen sollten nicht nur die Beschuldigten treffen, sie waren darüber hinaus als Disziplinierungsmittel für die gesamte Sektion Geschichte, ja für die gesamte Humboldt-Universität gedacht.

Auch noch 1991 ist festzustellen, daß mit den politischen Verfolgungen der Jahre 1971/72 Weichen für die heutige personelle Besetzung des jetzigen Institutes für Geschichtswissenschaften gestellt wurden. Aber nicht nur an der Humboldt-Universität ist es jetzt notwendig, darüber nachzudenken, wie die Folgen dieser unter mehreren Aspekten höchst problematischen Wissenschaftlerauswahl der SED wieder aufgehoben werden könnten. Hier stehen die Chancen allerdings nicht gut. Es ist leider so, daß viele der nicht zum Abitur zugelassenen, der relegierten, bestraften oder in Gefängnisse geworfenen Oberschüler und Studenten nicht oder nicht wieder den Weg in die Forschung und Lehre gefunden haben. Viele haben resigniert, sind gebrochen und nicht mehr in der Lage oder willens, an ihre alten Berufspläne wieder anzuknüpfen. Für diejenigen aus dieser Personen-Gruppe, die noch bereit sind, weiterzuarbeiten, sollte diese Bereitschaft durch Sonderregelungen ermöglicht und gefördert werden.

Eine andere Gruppe sind Wissenschaftler, die sich in Forschungs- und Lehreinrichtungen zwar behaupten konnten, die dort aber aus parteipolitischen Gründen in die zweite Reihe gedrängt bzw. am Arbeiten und Publizieren gehindert wurden. Sie können heute wohl mit Recht erwarten, daß diese Behinderungen durch Fördermaßnahmen wie Stipendien und Auslandsaufenthalte – zur Erlangung der Lehrbefugnis, der Habilitation und sprachlicher Qualifikationen – ausgeglichen werden. Leider ist es aber so, daß zehn oder zwanzig verlorene Jahre nicht zurückgegeben werden können. Ein zusätzliches Problem ist dadurch entstanden, daß es immer schwieriger wird, Wissenschaftler der zum 31. Dezember 1991 aufgelösten Aka-

demie der Wissenschaften im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms an die Universitäten zu „transferieren“. Die Universitäten versuchen – so weit es ihnen möglich ist – sich auf den bisherigen Personalbestand zu stützen. Hier muß schnell Abhilfe geschaffen werden.

Das eigentliche Problem stellt jedoch der Umgang mit der überwiegenden Mehrheit der Historiker dar, die die wissenschaftsfeindliche und menschenverachtende SED-Politik aktiv trugen oder sich ihr zumindest anpaßten. Heute kann eine bloße Mitgliedschaft in der SED oder in der PDS nicht zum Kriterium einer Weiterbeschäftigung oder Kündigung gemacht werden, ohne in „realsozialistische“ Praktiken zurückzufallen. Das gilt erst recht für die Anwendung eines marxistischen Instrumentariums in Forschung und Lehre – auch wenn damit die Ausschaltung anderer Denkrichtungen verbunden war. Etwas qualitativ anderes ist jedoch die Mitarbeit von Wissenschaftlern bei der Bespitzelung und Unterdrückung von Kollegen im Rahmen des Ministeriums für Staatssicherheit, die Benachteiligung anderer durch Ausspielung von SED-Verbindungen und entsprechender Stellung in der Polithierarchie sowie von Denunziationen.

Historiker, die sich hier schuldig gemacht haben, gehören an keine demokratische Hochschule. Bei der Beurteilung ihres Verhaltens helfen aber keine undifferenzierten Pauschalurteile weiter, sondern in jedem Einzelfall hat eine sorgfältige Prüfung zu erfolgen. Diese wird nur auf der Grundlage der Archivalien des Ministeriums für Staatssicherheit, des Hochschulministeriums, der SED- und FDJ-Leitungen sowie universitärer Gremien möglich sein. Vieles wird hier trotzdem im dunkeln bleiben müssen: entweder, weil es nicht aufgezeichnet wurde, oder, weil die Unterlagen inzwischen vernichtet sind. Nach einer solchen Prüfung wird sich die Mehrzahl der durch die SED-Auswahl gegangenen Historiker als im juristischen Sinne persönlich nicht belastet erweisen. Ihnen muß entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation eine Chance zur Weiterarbeit im fairen und sachlichen Wettbewerb mit westdeutschen und Wissenschaftlern aus anderen Ländern eingeräumt werden.

Dieser Wettbewerb hat in erster Linie bei der Besetzung der Hochschulstellen über Ausschreibungen zu erfolgen, wobei die spezifischen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der ehemaligen DDR zu beachten sind. Besondere Chancen sind dem noch nicht so stark deformierten Nachwuchs einzuräumen. Wert ist auf die personelle Durchmischung von ost- und westdeutschen Historikern in beide Richtungen zu legen. Hier entstehen Pro-

bleme – außer in Berlin – dadurch, daß es zum einen wohl kaum möglich sein wird, renommierte Wissenschaftler in ausreichender Zahl aus den alten Bundesländern nach Ostdeutschland zu ziehen, und daß zum anderen die westdeutschen Universitäten kaum ostdeutsche Forscher aufnehmen. Mit kurzfristigen Gastdozenturen und der Verlagerung des altbundesdeutschen Mittelmaßes ist aber wenig geholfen.

Unabdingbar für die Neukonstituierung histori-

scher Forschung in den neuen Bundesländern ist es, daß sich die bisher schweigende Mehrheit politisch belasteter ostdeutscher Historiker neben der Betonung eigener wissenschaftlicher Verdienste endlich der Erkenntnis persönlicher Schuld und einer öffentlichen Auseinandersetzung damit stellt. Nur so werden sie sich die Möglichkeit zur Weiterarbeit und die moralische Berechtigung zu ihrem Verbleib in Hochschulen und Forschungseinrichtungen erhalten bzw. erwerben können.

Wolfgang J. Mommsen

# Die Geschichtswissenschaft in der DDR

## Kritische Reflexionen

---

### I.

---

Die demokratische Revolution in Osteuropa war zum wenigsten das Werk des Westens. Sie war in erster Linie das Werk jenes kleinen Häufleins von polnischen, ungarischen, tschechischen und schließlich auch russischen Dissidenten, die in einem zähen und für sie selbst verlustreichen Ringen den bürokratischen Sozialismus so lange bloßstellten, bis seine innere Unwahrheit und Hohlheit nicht länger übersehen werden konnte. Von einem bestimmten Punkt an waren diese Regime auch mit Terror und Gewalt nicht mehr zu behaupten, obschon es an deren reichlichen Gebrauch gewiß nicht gefehlt hat, wie wir mit immer größerer Bestürzung den täglich neuen Enthüllungen über die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in der ehemaligen DDR entnehmen können.

Die Dissidentenbewegungen haben die posttotalitären Regime in Osteuropa nur deshalb überwinden können, weil sie sich dafür entschieden, auch auf die Gefahr persönlicher Verfolgung hin „in der Wahrheit zu leben“, wie dies Vaclav Havel so eindrucksvoll gesagt hat. Nicht konspirative Tätigkeit oder die Anwendung von revolutionärer Gewalt hat diese Regime gestürzt, sondern die Tatsache, daß eine wachsende Zahl vornehmlich von Schriftstellern, Künstlern, Theologen – Menschen, die wir gemeinhin als Intellektuelle bezeichnen – sich entschieden, das bestehende Lügensystem herauszufordern und die Öffentlichkeit dazu zu zwingen, schrittweise den wirklichen Problemen und den schweren Mängeln der herrschenden Systeme des realen Sozialismus ins Auge zu sehen, statt sich weiterhin, nicht zum geringsten Teil als Weg des geringsten Widerstandes, der Herrschaft der Lüge zu unterwerfen.

Dabei standen insbesondere in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn vielfach Historiker in der vordersten Front der Dissidentenbewegungen; viele von ihnen büßten ihre akademischen Stellungen ein und schlugen sich mit unterschiedlichsten Tätigkeiten durch, ohne doch deshalb ihre Grundüberzeugungen aufzugeben. Nicht zufällig

haben sie demgemäß auch in der Phase der Rekonstruktion der Historie in ihren Ländern nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft eine wichtige Rolle gespielt.

Demgegenüber ist mit einigem Bedauern festzustellen, daß es in der ehemaligen DDR nur in einem vergleichsweise bescheidenerem Umfang zur Ausbildung von Dissidentenbewegungen gekommen ist; hinsichtlich ihrer Stärke und Entschlossenheit sind diese mit jenen in den ostmitteleuropäischen Staaten nicht vergleichbar. In der DDR waren es überwiegend nur Künstler, Schriftsteller und Theologen, die sich in den Bürgerbewegungen engagierten, also Gruppen, die einen gewissen gesellschaftlichen Freiraum besaßen, während die große Mehrzahl der Intellektuellen – und mit ihnen insbesondere die Historiker – angesichts ihres vergleichsweise privilegierten Status, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine offene Konfrontation mit dem bestehenden Lügensystem nicht gewagt haben.

Die große Mehrheit der Historiker, jedenfalls jene in den führenden akademischen Positionen, hat das SED-Regime bis zum letzten Augenblick unterstützt. Nur wenige Historiker in der ehemaligen DDR haben es vermocht, sich gegenüber dem System innerlich ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Aber sie wurden wenn nicht gar aus Amt und Würden vertrieben, so doch an den Rand des akademischen Systems abgedrängt, zumal sie zumeist ohnehin in Fachgebieten arbeiteten – oder arbeiten mußten –, die mehr oder minder fernab von gegenwartsbezogener politischer Geschichtsschreibung lagen. Auf diese Weise wurden sie an einem effektiven Wirken in den Hochschulen oder in der Öffentlichkeit weitgehend gehindert.

Es steht uns im Westen, die wir, ohne unser eigenes Verdienst, in den vergangenen Jahrzehnten unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft gelebt und geschrieben haben, nicht an, über diesen Sachverhalt den Zeigefinger zu erheben und uns als die moralisch Überlegenen aufzuspielen. Es ist sehr die Frage, ob die Historiker in den westlichen Teilen Deutschlands unter den Bedingungen politischer Oppression und massiver Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit

wirklich so anders reagiert hätten. Das historische Präzedenz der Geschichtsschreibung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus spricht nicht eben dafür. Allein, ebensowenig geht es an, über diese Dinge heute einfach hinweg – und zur Tagesordnung überzugehen.

---

## II.

---

Die gegenwärtige äußerst schwierige Lage der Historiker in den neuen Bundesländern sowie die inneren und äußeren Behinderungen, die einer wirklichen Neuorientierung von Forschung und Lehre im Fach Geschichte im Wege stehen, hängen mit eben dem Umstand zusammen, daß die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR in den 45 Jahren des Bestandes der SED-Herrschaft in noch höherem Maße im Sinne der Vorstellungen des Regimes umgestaltet worden ist, als dies in den ostmitteleuropäischen Ländern der Fall war. Sie galt als Disziplin, die dem „realen Sozialismus“ eine historische Legitimation zu verschaffen bestimmt war. Demgemäß wurde sie vom SED-Regime – im Vergleich zu anderen Bereichen von Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur – vergleichsweise gut ausgestattet; sie verfügte über zahlreiche große Forschungsinstitute und eine überreichliche Zahl von Wissenschaftlerpositionen zu auskömmlichen Bedingungen.

Die heute langsam zutage tretenden Fälle, in denen führende Historiker an den Universitäten der ehemaligen DDR an den Maßregelungen von Studenten oder Mitgliedern des Lehrkörpers mitgewirkt haben, die gegen einzelne Aktionen des Regimes protestiert hatten – wie die Ausbürgerung Wolf Biermanns oder die militärische Intervention in der Tschechoslowakei nach dem „Prager Frühling“ –, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Lage der Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR. Es ist davon auszugehen, daß sich, anders als bei den osteuropäischen Nachbarn, Dissidenten innerhalb der staatlich alimentierten akademischen Geschichtswissenschaft nicht oder nur in verschwindendem Umfang halten können. Hier bot die freiwillige oder die mehr oder minder, sei es durch Maßnahmen des Regimes, sei es durch die Umstände, erzwungene Abwanderung nach Westen den gegebenen Ausweg. Die zurückbleibenden Wissenschaftler sahen sich um so stärker den Reglementierungen und dem Druck des Regimes ausgesetzt.

Im Zuge der Universitätsreform der sechziger Jahre gelang es der SED, die bürgerlichen Historiker, die anfänglich im Lehr- und Forschungsbetrieb unentbehrlich gewesen waren, nach und nach durch Historiker zu ersetzen, die dem Regime wohlwollend gegenüberstanden, auch wenn sie durchaus nicht immer auf den Marxismus-Leninismus eingeschworen waren. Auch späterhin hat es an Richtungskämpfen innerhalb der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung keineswegs gefehlt, die indirekt auch der Abwendung allzu doktrinäerer Forderungen der SED-Führung galten. Aber wie immer man dies auch beurteilen mag – die Willfährigkeit, mit der sich ein Teil der Historikerschaft nicht nur den ideologischen Vorgaben des Regimes mehr oder minder willig unterwarf, sondern selber daran mitwirkte, diese in der Praxis der Universitäten und Forschungsinstitute durchzusetzen, bleibt ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Geschichtswissenschaft, das dringend einer wissenschaftlichen Aufarbeitung bedarf.

Es ist einzuräumen, daß dies anfänglich geschah, weil einige der führenden marxistisch-leninistischen Historiker, deren wissenschaftliche Qualifikation an und für sich außer Frage stand, wie beispielsweise Ernst Engelberg, Joachim Streisand, Walter Markov oder Werner Berthold, tief davon überzeugt waren, daß nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Lage sei, eine Wiederkehr faschistischer Herrschaftsverhältnisse auf deutschem Boden auf Dauer zu verhindern. Diese Gesinnung verdient unseren Respekt, auch wenn sie, wie wir heute wissen, grundfalsch gewesen ist und auf historiographischen Prämissen beruhte, die in wesentlicher Hinsicht irreführend waren. Späterhin wurde der Antifaschismus freilich zu einer ideologischen Fassade, die ausschließlich der Selbstrechtfertigung des Regimes diene und die dazu bestimmt war, die Reglementierung der Geschichtswissenschaft zu legitimieren<sup>1</sup>.

Die Vertretung sozialistischer Überzeugungen als solcher konnte und kann auch heute nicht als Argument dienen, um die wissenschaftliche Qualität der Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR in Zweifel zu ziehen. Jedoch läßt sich nicht länger bezweifeln, daß die Positionen der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung seit den späten sechziger Jahren mit zunehmender Stringenz zum Richtmaß für die thematische und inhaltliche Ausrichtung der Geschichtswissenschaft gemacht wurden. Dies geschah unter Berufung darauf, daß die marxistische Geschichtsschreibung dem Grundsatz

<sup>1</sup> Vgl. Konrad Jarausch, Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus, in: *Initial*, (1991) 2, S. 114ff.

der Parteilichkeit für die Klasse der Arbeiterschaft – als der objektiv den historischen Fortschritt repräsentierenden gesellschaftlichen Klasse – verpflichtet sei, und zwar nicht einfach nur aus Gründen politischer Natur, sondern weil sich dies zwingend aus der Theorie des Marxismus-Leninismus ergebe.

Hier lag der Ansatzpunkt für eine weitgehende Reglementierung der Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR im Sinne des bestehenden Systems. Diese war allerdings überwiegend nur in negativer Hinsicht erfolgreich, nämlich in einer Nivellierung und Bürokratisierung des Forschungsbetriebs, während originelle marxistische Geschichtsdeutungen großen Stils allenfalls von Einzelgängern hervorgebracht wurden, die dann in aller Regel prompt mit dem Regime und seinen historiographischen Zensoren in Konflikte verwickelt wurden, wie sich beispielsweise am Schicksal Jürgen Kuczynskis zeigen ließe, der nur dank seiner engen persönlichen Beziehungen zu Honecker seine eigenen Wege gehen durfte.

Auch in der westlichen, und insbesondere in der bundesrepublikanischen Forschung war es unumstritten, daß das klassische Rankesche Postulat der unbedingten Objektivität historischer Forschung nur eine Seite des historischen Denkens betrifft, nicht aber die andere gleich wichtige, nämlich daß alle historische Wahrnehmung immer schon unter bestimmten Perspektiven steht und Geschichtsschreibung stets auf bestimmte letzte Positionen erkenntnistheoretischer, gesellschaftlicher oder politischer Art zurückbezogen ist<sup>2</sup>. Dies will freilich weder heißen, daß historische Erkenntnis zwangsläufig parteilich ist, noch daß ihre Ergebnisse beliebiger, vom jeweiligen Standpunkt des Historikers abhängiger Natur sind.

---

### III.

---

Die Position der Perspektivengebundenheit der historischen Forschung ist in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik in im einzelnen unterschiedlicher Weise insbesondere von einer starken Gruppe von Historikern der mittleren Generation vertreten worden, die seit Ende der fünfziger Jahre in akademische Positionen einrückten.

2 Ich stütze mich im Folgenden auf meinen Aufsatz über „Perspektivengebundenheit und Objektivität historischer Forschung“, der demnächst in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), (1992) 4, erscheinen wird.

Sie drängten auf eine entschiedene Revision der neueren deutschen Geschichte unter freiheitlich-demokratischen Gesichtspunkten, durchaus im Gegensatz zu der herkömmlichen historistischen Denkweise, die objektive Erkenntnis kraft voraussetzungsloser verstehender Forschung zu erreichen hoffte. Freilich ließen sie bei aller Anerkennung der Tatsache, daß historische Forschung stets perspektivengebunden und in gewissem Betracht interessegeleitet ist, doch niemals Zweifel darüber aufkommen, daß historische Erkenntnis sich stets dem Härtesten der kritischen Prüfung ihrer Aussagen durch den grundsätzlich pluralistischen Diskurs der Wissenschaft auszusetzen habe. Vor allem aber gingen sie davon aus, daß es – gemäß dem Diktum Max Webers – grundsätzlich nicht möglich sei, aus der Geschichte selbst objektive Maßstäbe des historischen Urteils abzuleiten.

Gegen diese perspektivische und demgemäß in gewissem Sinne relativistische Auffassung vom Wesen der Geschichtsschreibung ist in der Folge von den verschiedensten Seiten Sturm gelaufen worden. Dabei sind vor allem drei Richtungen zu nennen: jene des logischen Positivismus, jene eines empirisch-pragmatischen Historismus und jene des Marxismus-Leninismus, welche letztere in unserem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit verdient.

Am gewichtigsten war der Angriff des logischen Positivismus, auch wenn sich dessen Argumente am Ende nicht als durchschlagend erwiesen haben. Die Vertreter des logischen Positivismus – in der Bundesrepublik am schärfsten Hans Albert – forderten, daß wissenschaftliche und metawissenschaftliche Aussagen strikt voneinander getrennt werden müßten und daß dies auch für die Historiographie gelte. Dabei berief man sich nicht nur auf die jüngere, von Popper und Hempel entwickelte Theorie wissenschaftlicher Aussagen, sondern auch auf Max Webers Postulat der Werturteilsfreiheit aller kulturwissenschaftlichen Forschung, wenn auch in einer durchaus einseitigen Interpretation desselben. Diese Position hat in der angelsächsischen analytischen Philosophie eine gewisse Nachfolge gefunden. Allerdings stellte sich dabei heraus, daß historische Aussagen erkenntnistheoretisch gesehen als Partialerklärungen hypothetischen Charakters angesehen werden müssen, denen die zwingende Evidenz von naturwissenschaftlichen Erklärungen abgeht.

Einflußreicher war die Gegenposition des empirisch-pragmatischen Historismus, die an einem „restriktiven“ Begriff von Objektivität für die Geschichtsschreibung festhielt; man müsse, so etwa

Karl-Georg Faber, zwischen der Konstitution des historischen Gegenstands, die in der Tat perspektivengebunden sei, und seiner objektiven historischen Rekonstruktion unterscheiden. Für letztere sei die perspektivische Gebundenheit des Historikers ohne Belang, da sie sich anhand der Quellen vollziehe; ein Problem sei allein das Medium Sprache, welches in die Aussagen des Historikers unbeabsichtigte Subjektivität hineinbringen könne. In die gleiche Kerbe hieben alle jene, die der historischen Narration eine unmittelbare Erkenntniskraft zusprechen, wie etwa Hermann Lübke und jüngst insbesondere Thomas Nipperdey. Noch vor wenigen Jahren hat Nipperdey das Objektivitätspostulat Rankes als von seinem religiösen Hintergrund ablösbar erklärt und als eine „starke Theorie“ auch für die gegenwärtige Geschichtswissenschaft bezeichnet<sup>3</sup>.

Die in der Tonart schärfste Kritik an der „relativistischen Schule“ kam freilich aus dem Lager des Marxismus-Leninismus. Von den Historikern der ehemaligen DDR wurde in unterschiedlichen Varianten immer wieder gegen die sogenannte „bürgerliche“ Geschichtsschreibung in der alten Bundesrepublik eingewandt, daß diese sich angesichts des unverbindlichen Relativismus und des beliebigen Eklektizismus ihrer Aussagen in einer tiefen Krise befinde. Ihr wurde entgegengehalten, daß der Geschichtswissenschaft in der DDR mit dem Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus feste Koordinaten vorgegeben würden, die eine eindeutige Orientierung gewähren; damit sei zugleich sichergestellt, daß die Geschichtsschreibung, statt sich in Beliebigkeiten zu verlieren, dem gesellschaftlichen Fortschritt diene.

Es möge gestattet sein, in diesem Zusammenhang eine seinerzeitige – zugestandenermaßen etwas polemische – Stellungnahme meinerseits aus dem Jahre 1977 zu zitieren. Es sei zu bezweifeln, so heißt es dort, „ob der marxistisch-leninistisch aufgeäumte Historismus, der dem Westen als Alternative empfohlen wird, wirklich eine Überwindung der „Krise“ des geschichtlichen Denkens bewirken kann oder dieses nicht vielmehr in hoffnungslose Rückständigkeit verstrickt“<sup>4</sup>. Dem

3 So in seinem Beitrag: Zum Problem der Objektivität bei Ranke, in: Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1988, S. 215 ff., hier S. 222.

4 Wolfgang J. Mommsen, Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis, in: Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft. Beiträge zur Historik, Bd. 1, hrsg. von Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen und Jörn Rüsen, München 1977, S. 441 ff., hier S. 449.

ist heute, im Rückblick, eigentlich nichts hinzuzufügen.

In der Tat ist mit dem Zusammenbruch des Lehrgebäudes des Marxismus-Leninismus zugleich die letzte große holistische Geschichtsphilosophie diskreditiert worden, die den Anspruch erhob, die Geschichte als einen einzigen, für uns einsehbaren und wenigstens in ihren Grundzügen antizipierbaren Prozeß objektiv rekonstruieren zu können. Dabei sei dahingestellt, ob das bei Karl Marx zu findende Modell des geschichtlichen Prozesses wirklich im Sinne einer geschlossenen Theorie der Geschichte zu verstehen ist, die alternative Entwicklungsmöglichkeiten von vornherein ausschließt, oder ob man den originären „historischen Materialismus“ nicht mit Max Weber eher als ein System von idealtypischen Verlaufsmodellen beschreiben sollte, das nicht beansprucht, die objektive geschichtliche Wirklichkeit in ihrer Totalität abzubilden.

Es kann jedoch kein Zweifel sein, daß es in der Folge zu einer fortschreitenden Dogmatisierung des marxistischen Denkmodells gekommen ist, und zwar bereits unter dem Einfluß der leninistischen Lehre und dann verstärkt unter seinen Nachfolgern. Die marxistisch-leninistische Geschichtstheorie wurde Schritt für Schritt in eine herrschaftsbegründende und herrschaftsstabilisierende Ideologie umgewandelt; dabei wurden alle abweichenden Meinungen – ebenso wie dies analog im späteren Mittelalter im Fall der katholischen Lehre geschehen ist – rigoros beiseite gedrängt oder ausgeschaltet, sei es, daß die betroffenen Autoren marginalisiert oder gar totgeschwiegen wurden, sei es, daß sie gewaltsam eliminiert wurden. Ein Korrektiv hat in dieser Hinsicht allenfalls der freilich äußerst zersplitterte westliche Marxismus gespielt, der sich allerdings gegenwärtig ebenfalls in einer Krise befindet. Für die Geschichtswissenschaft der Länder des marxistisch-leninistischen Lagers hat diese Entwicklung, wie heute sichtbar wird, in dreierlei Richtung schwerwiegende Auswirkungen gehabt:

*Erstens* wurde die historische Forschung in das Prokrustesbett einer schematischen Rekonstruktion der ganzen bekannten Geschichte der Menschheit gemäß den Postulaten der marxistisch-leninistischen Lehre hineingezwungen. Zwar ist einzuräumen, daß die sogenannte „Formationstheorie“, deren vornehmster Interpret in der DDR lange Wolfgang Küttler war, es stets an Eindeutigkeit fehlen ließ und daher der historischen Interpretation im konkreten Fall große Spielräume freier Gestaltung offenließ. Aber

gleichwohl wurde der Geschichtswissenschaft im Prinzip die immer erneute Verifizierung der diesem Schema zugrundeliegenden Wertprämissen an konkreten Beispielen angemessen<sup>5</sup>.

Zwar ist in diesem Punkte bereits seit geraumer Zeit eine gewisse Lockerung eingetreten, aber noch Anfang 1990 hat Gottfried Stiehler das Verhältnis von historischem Materialismus und konkreter empirischer Geschichtsforschung als ein wechselseitiges bestimmt, auch wenn er dabei einen gewissen Freiraum für die letztere beansprucht; aber im Kern wird der Geschichtswissenschaft auch von Stiehler nur „analytische Feinarbeit“ im Rahmen der theoretischen und methodischen Orientierungen des historischen Materialismus und der von diesem prinzipiell vorgegebenen Untersuchungsfelder zugestanden<sup>6</sup>. Gerade diese Lehrmeinung aber hat der Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR viel von ihrer Vitalität genommen und sie – obschon sie als Fach in der besonderen Gunst der Herrschenden stand – von ihrer vornehmsten Aufgabe abgelenkt, nämlich der Gegenwart das Wissen um die grundsätzliche Vielfalt alternativer Formen der Lebensgestaltung zu vermitteln, wie sie sich in der Geschichte vorfinden, und damit Denkformen bereitzustellen, die es ermöglichen, die angeblichen Sachzwänge einer gegenwärtigen Wirklichkeit indirekt zu hinterfragen und damit potentiell Freiräume des Denkens und des Handelns schaffen zu helfen.

*Zweitens* wurde die historische Forschung von vornherein in ihrer thematischen Ausrichtung vorzugsweise auf jene Gegenstandsbereiche gelenkt, denen aus der Sicht des Marxismus-Leninismus besondere Bedeutung zukam. Dies hat zu einer bedenklichen Begrenzung ihrer Fragestellungen geführt und der Geschichtswissenschaft viel von ihrer Lebendigkeit geraubt. Statt der enormen Mannigfaltigkeit von konkurrierenden Fragestellungen und methodischen Zugangsweisen sowie der sich dadurch ergebenden ganz unterschiedlichen Gegenstandsbereiche der historischen Forschung, wie wir sie in der westlichen Welt vorfinden, trat eine enorme Verengung ein, die neue Forschungsansätze nur schwer zum Zuge kommen ließ und die intellektuelle Initiative der Historiker eher lähmte.

<sup>5</sup> Zu dieser Problematik, die die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft maßgeblich beeinflusst hat, siehe insbesondere Helmut Rumpfer, *Parteilichkeit und Objektivität als Theorieproblem der Historie in der DDR*, in: *Geschichtswissenschaft in der DDR*, hrsg. von Alexander Fischer und Günther Heydemann, 2 Bde., Bd. I, Berlin 1988, S. 333 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Gottfried Stiehler, *Materialismus und Dialektik als Grundlagen der marxistischen Geschichtsauffassung*, in: *ZfG*, 38 (1990), S. 5 ff., hier S. 19 f.

Wenn es gleichwohl in der Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR an den Rändern des bislang offiziösen Wissenschaftsbetriebs ein immerhin bemerkenswertes Feld von Forschungen gab, die sich nicht unmittelbar und nicht ausschließlich dem Paradigma des Marxismus-Leninismus unterwarfen, sondern sich von einem unmittelbaren Interesse an bestimmten Dimensionen geschichtlicher Wirklichkeit leiten ließen, so vor allem wegen der auch von der früheren SED-Führung nolens volens anerkannten Maxime, daß die Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR dazu instand gesetzt werden müsse, auf dem Felde der internationalen Geschichtswissenschaft als einigermaßen ebenbürtiger Partner zu konkurrieren.

*Drittens* aber wurde die Geschichtswissenschaft auf das Prinzip der Parteilichkeit für den Fortschritt im Sinne des Marxismus-Leninismus verpflichtet; Parteilichkeit freilich nicht im Sinne der Werthaltungen und Auffassungen, die der einzelne Historiker als Individuum für richtig hält, sondern im Sinne einer Parteilichkeit für die gemäß der Theorie des Marxismus-Leninismus objektiv den Fortschritt der Gesellschaft verbürgende Arbeiterklasse, wie dies M. A. Barg, in direkter Entgegensetzung zu Rankes Objektivitätspostulat, noch 1988 formuliert hat: „Die (historische, d. Vf.) Wissenschaft muß parteilich sein, d. h. den Standpunkt derjenigen gesellschaftlichen Klasse einnehmen, deren objektive historische Lage von uns eine konsequente revolutionär-kritische Position verlangt.“<sup>7</sup>

Dies war weit mehr als nur die Parteinahme für die in der Geschichte selbst am Werke befindlichen großen Tendenzen des Zeitalters, wie sie etwa Johann Gottfried Gervinus für sich als Person, noch dazu unter Inkaufnahme erheblichen persönlichen Risikos, vorgenommen hatte. Denn dies geschah auf der Grundlage einer dogmatischen Theorie, die die Bewegungsgesetze der Geschichte ein für alle Male zu kennen vorgab. Zwar hat die Debatte über diese Frage – beginnend mit der Auseinandersetzung mit Jürgen Kuczynskis diesbezüglichen Thesen aus dem Jahre 1956 – niemals zu einem konkludenten Ergebnis geführt. Obschon sich in der Sache ein „objektivistischer“ Begriff der „Parteilichkeit“ durchsetzte, der im Prinzip an der jeweiligen empirischen Konstellation und nicht am Willen der SED-Obersten bzw. der Beschlüsse der SED-Parteitage festgemacht wurde und damit der Geschichtswissenschaft einen gewissen Freiraum

<sup>7</sup> Leopold von Ranke's Geschichtskonzeption aus der Sicht der heutigen Geschichtswissenschaft, in: Leopold von Ranke und die moderne Geschichtswissenschaft (Anm. 3), S. 223 ff., hier S. 259.

beließ, wurde doch in der Praxis anerkannt, daß die Partei und ihre Institutionen den Begriff der Parteilichkeit jeweils inhaltlich zu füllen berechtigt waren.

Dies hat dann dazu geführt, daß die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR sich gegenüber jenen Herrschaftseliten, die sich als Sprecher der Arbeiterklasse ausgaben, weitgehend wehrlos gezeigt hat und sich, wenn auch zuweilen gegen ihren Willen, zum Sprachrohr und zum Legitimationsinstrument der Machtstellung eben dieser herrschenden Eliten hat machen lassen. Was die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR angeht, so ist diese infolgedessen mit ihrem absoluten Wahrheits- und Monopolanspruch – um eine Formulierung von Rolf Badstübner aufzugreifen – heute in eine tiefe Krise geraten<sup>8</sup>.

Es ist gegenüber einer in den zahlreichen selbstkritischen Stellungnahmen von Historikern der ehemaligen DDR verbreiteten Ansicht festzuhalten, daß dies keineswegs nur eine Folge der stalinistischen Verfälschung eines anfänglich auf den Aufbau eines demokratischen Sozialismus abzielenden Systems gewesen ist, sondern notwendig aus der Tatsache resultiert, daß der Marxismus-Leninismus glaubt, den Gang der Geschichte zumindest in seinen Grundlinien objektiv rekonstruieren und daraus entsprechende inhaltliche Postulate ableiten zu können. Nicht die Degeneration des politischen Systems in die diktatorische Herrschaft einer unverantwortlichen und selbtherrlichen Schicht von Funktionären ist es, die dafür verantwortlich ist, daß es zu dergleichen Verwerfungen kam, sondern der dogmatische Status des historischen Materialismus in seiner marxistisch-leninistischen Spielart als solcher.

Schlimmer als die theoretische Verengung des Gesichtskreises der Historiker und die praktische Verarmung historischer Forschung durch Abdrängung interessanter Fragestellungen und unmittelbarer historischer Anschauung an die Peripherie des Fachs war die Tatsache, daß dadurch die massive politische Einflußnahme des SED-Regimes auf die Geschichtsschreibung ideologisch legitimiert und praktisch erleichtert wurde. Es ist auch nicht damit getan, nunmehr den grundsätzlich pluralistischen Charakter aller historischen Forschung anzuerkennen, gleichzeitig aber an der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie festzu-

halten, als einer unter vielen möglichen und prinzipiell gleichberechtigten Interpretationen geschichtlicher Wirklichkeit überhaupt. Denn Geschichtsschreibung, sofern sie an dem Grundprinzip des historischen Materialismus als einer objektiven Theorie der Geschichte festhält, schließt einen Pluralismus der Fragestellungen bzw. eine „Mehrzahl“ von Geschichten, wie dies heute vielfach beschrieben wird, grundsätzlich aus.

Wie dem auch im einzelnen sein möge, wir müssen heute davon ausgehen, daß nach dem Zusammenbruch der großen spekulativen Geschichtsphilosophien des 19. Jahrhunderts – von denen der Marxismus-Leninismus eigentlich ein später Abkömmling war, der nur in einem vergleichsweise rückständigen Lande wie Rußland die Chance hatte, auf Dauer zur herrschenden Doktrin zu werden – eine Rückbindung historischer Aussagen an materiale Geschichtstheorien umfassenden Charakters, die für sich Objektivität beanspruchen, nicht länger möglich ist. Ohne Karl Marx zu nahe treten zu wollen, so hätte man schon damals bemerken können, daß es sich beim Historischen Materialismus um eine ganz und gar eurozentrische Theorie der Weltgeschichte handelte, in die die Völker der Dritten Welt nur als Objekte, nicht eigentlich als Subjekte einbezogen waren, es sei denn, man will die Konzeption der sogenannten „asiatischen Produktionsweise“, die weite Teile der Dritten Welt in eine fiktive Geschichtslosigkeit stieß, als vollgültige Theorie anerkennen. Heute wird man zwar solchen hypothetischen Modellen zur Rekonstruktion von Universalgeschichte unter bestimmten Gesichtspunkten einen mehr oder minder großen heuristischen Wert zusprechen können, nicht aber objektive Geltung in umfassendem Sinne.

---

#### IV.

---

Mit diesen kritischen Bemerkungen zu dem dogmatischen Lehrgebäude, das der Geschichtsschreibung in der ehemaligen DDR mit Hilfe der Staatsmacht verordnet wurde, soll nun freilich nicht ohne weiteres der Stab über die DDR-Geschichtswissenschaft in ihrer Gesamtheit gebrochen werden. Im Gegenteil, es sollte anerkannt werden, daß ungeachtet dieser „theoretischen“ Vorgaben auf weiten Strecken ernsthafte Forschung betrieben wurde, wenn auch immer wieder durchsetzt mit dogmatischen Prämissen, Theorien oder Sach-

<sup>8</sup> Vg. Rolf Badstübner, Die Geschichtsschreibung über die DDR zwischen Krise und Erneuerung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 32 (1990), S. 481–491, S. 482.



aussagen<sup>9</sup>. Es ist freilich kein Zufall, daß dies in erster Linie für jene Forschungseinrichtungen gilt, die sich aus dem Horizont der parteiamtlichen Vorgaben, wie sie insbesondere der „Rat für Geschichte“ und das „Institut für Geschichte des Marxismus-Leninismus“, in begrenzterem Umfang auch die anderen Zentralinstitute für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR umzusetzen bemüht waren, zu befreien vermochten. Dies trifft vor allem für die Sozialgeschichte und für die neuzeitliche Landesgeschichte zu, und ebenso auch in erheblichem Maße für die alte oder mittelalterliche Geschichte, obschon auch hier große Anstrengungen unternommen wurden, Forschung und Lehre den Bedürfnissen des Regimes anzupassen.

Insbesondere auf dem Gebiet der frühneuzeitlichen und neueren Sozialgeschichte kann die Geschichtsschreibung der ehemaligen DDR – wie auch international anerkannt wird<sup>10</sup> – durchaus auf bemerkenswerte Leistungen verweisen. Es ist aber charakteristisch, daß wir es dabei zumeist mit Arbeiten zu tun haben, die sich von der klassischen Arbeiterbewegungsgeschichte, die von den sozialistischen Parteien, ihren Vorläufern und ihrer Erbin, der Kommunistischen Partei, handelt, zunehmend entfernt haben. Gleiches gilt teilweise auch für die Geschichte der Geschichtsschreibung, in der ungeachtet ideologischer Vorgaben bemerkenswerte konkrete Forschungsleistungen, insbesondere zur deutschen Geschichte, vorliegen<sup>11</sup>.

Aber auch die politische Geschichtsschreibung im engeren Sinne, obschon diese in stärkerem Maße als andere Teildisziplinen des Faches Geschichte an politische Vorgaben gebunden war, kann nicht einfach in Bausch und Bogen verworfen werden. Hier zeigt sich freilich mit besonderer Deutlichkeit, welche **Verwerfungen durch** die politischen Bedingungen verursacht wurden. Andererseits ist unübersehbar, daß hinter der Maske eines ideologischen Schemas in erheblichem Umfang bemerkenswerte historische Detailforschung betrieben worden ist, auf deren Ergebnisse die westliche Forschung immer schon in erheblichem Umfang zurückgegriffen hat, gleichsam in Nutzung des beachtlichen positivistischen Forschungspotentials,

welches die ehemalige DDR angesichts des hohen Ranges, der der Historie unter ideologischen Gesichtspunkten zugemessen wurde, im Laufe der Jahre immer stärker ausgebaut hatte.

Noch etwas anderes zeichnete sich ab, nämlich die schrittweise Modifikation anfänglicher dogmatischer Positionen unter dem Einfluß der westlichen Forschung. Bekanntlich hatte die DDR an mehreren Stellen, so am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR, an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und am Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Berlin, Forschungsstäbe eingerichtet, deren vornehmliche Aufgabe es war, die bürgerliche Geschichtsschreibung, und besonders die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, fortlaufend zu observieren und sich mit dieser auseinanderzusetzen. Erklärtes Ziel war es, eine „antifaschistisch-demokratische Erneuerung“ des deutschen Geschichtsbildes vorzunehmen und zugleich die Aufgaben einer „marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft abzustecken“<sup>12</sup>. Zu diesem Behufe wurde die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft auf breiter Front für erforderlich gehalten.

Jedoch trat bald an die Stelle einer einseitigen ideologischen Verurteilung, wie sie in den sechziger Jahren vorherrschte, eine vorsichtig differenzierende Wahrnehmung dessen, was in der westdeutschen Forschung als bemerkenswert gelten durfte. Der „Wettlauf der Systeme“ und das Bemühen der DDR-Wissenschaft um Respektabilität in der internationalen Forschergemeinschaft taten ein übriges, um zu bewerkstelligen, daß statt einseitiger Abrechnung von einem ideologisch gesicherten Standpunkt aus immer stärker eine teilweise Rezeption westlicher Forschungsergebnisse einsetzte; die beständigen ideologischen Kurskorrekturen des Regimes hinsichtlich der Koordinaten des „nationalen“ Geschichtsbildes des „ersten sozialistischen Staates deutscher Nation“ taten ein übriges, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

Infolgedessen bietet sich uns im Rückblick ein sehr unterschiedliches Bild selbst im Bereich der rein politischen Geschichtsschreibung. Diese hatte zwar im Gefolge der ideologischen Marschrouten, die sie erhielt bzw. die sie sich selbst verordnete, wichtige Aspekte der neuesten Geschichte kurzerhand ausgespart, wie etwa die Rolle des konservativen Widerstandes gegen Hitler oder späterhin

9 Ein guter Überblick bei Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective*, Detroit 1988<sup>2</sup>.

10 Vgl. Georg G. Iggers (Hrsg.), *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1991.

11 So z.B. Hans Schleiers Arbeiten zur Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, insbesondere seine Darstellung „Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik“, Berlin 1975.

12 Hans Schleier, *DDR-Forschungen über die Geschichte der bürgerlichen Geschichtswissenschaft*, in: *BzG*, 21 (1979), S. 358 ff., hier S. 358.

der Aufstand in der DDR 1953, und andere Gegenstandsbereiche ganz unangemessen bevorzugt. Ebenso hatte sie erst sehr spät damit begonnen, sich mit der Geschichte der DDR als solcher zu beschäftigen und dem ideologischen Schema vom „sozialistischen Erbe“, welches es zu bewahren und weiterzuentwickeln gelte, empirische Analysen zur Seite zu stellen.

Dennoch wäre es verfehlt, all das, was in den letzten beiden Jahrzehnten von der DDR-Forschung vorgelegt wurde, einfach in Bausch und Bogen zu verdammen. Der empirische Ertrag der zahlreichen Monographien und selbst der impressiven Kollektivdarstellungen, wie beispielsweise jene der von Fritz Klein herausgegebenen dreibändigen Geschichte des Ersten Weltkriegs oder der auf zwölf Bände konzipierten „Deutschen Geschichte“, die von einem Herausgeberkollegium unter Leitung von Walter Schmidt vom Zentralinstitut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR herausgebracht wurde, ist beachtlich<sup>13</sup>.

Es ist überdies einzuräumen, daß sich schon seit einiger Zeit Ansätze auch für eine methodische Neuorientierung der Historie in der DDR zeigten. Freilich allzuweit vorwagen durfte man sich nicht; auch die bekannten sozialstatistischen Untersuchungen etwa Helmut Zwahrs über die Entstehung einer proletarischen Arbeiterklasse seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vermieden eine direkte Konfrontation mit der sozialistischen Orthodoxie. Bedeutsamer war schon, daß auch die Geschichtsschreibung in der ehemaligen DDR seit 1984 das Anathema aufhob, welches – nach einer anfänglich ideologisch verzerrten, zögerlichen Wahrnehmung – lange über das Werk Max Webers verhängt worden war. Aber die, übrigens zunächst höchst selektive, Hinwendung zu Max Weber, wie sie im Zusammenhang des Internationalen Historikertages in Stuttgart 1985 einsetzte und dann im April 1989 auf einer Tagung zu Ehren des 125. Geburtstags von Max Weber in Erfurt ihren Höhepunkt erreichte<sup>14</sup>, kam viel zu spät, um noch eine nennenswerte Wirkung auf die methodischen Grundpositionen der Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR zu entfalten; in Polen und

13 Das Unternehmen ist allerdings nur bis Bd. 5 „Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897“, Berlin 1988, gediehen.

14 Vgl. Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik, Sonderheft 1989; ebenso die erste Textausgabe Max Webers in der DDR: Max Weber. Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zu Geschichte und Soziologie, hrsg. von Friedrich Hauer und Wolfgang Küttler, Leipzig 1989.

Ungarn war dies bereits fast ein Jahrzehnt früher erfolgt.

Gerade auch in dieser Hinsicht war die Geschichtswissenschaft in der DDR eher ein Nachzügler; darin erwies sich einmal mehr, wie stark das wissenschaftliche System vom SED-Regime eingebunden und in seiner Kreativität gelähmt worden war. Die Abschirmung von der westlichen Forschung, die weitgehende Unzugänglichkeit westlicher Literatur und die Beschränkung der Reisen in westliche Länder auf ausgesuchte Kader haben dazu natürlich ebenfalls beigetragen.

---

## V.

---

Auch wenn man nicht übersehen sollte, daß es in der Geschichtswissenschaft der DDR seit dem Beginn der achtziger Jahre bemerkenswerte Ansätze zu einer eher versteckten Selbstbefreiung von allzu massivem Parteidogmatismus gegeben hat – in der Sozialgeschichte, der Landesgeschichte, der Feudalismusforschung und der Mediävistik, ja selbst im Bereich der Geschichte der Geschichtsschreibung –, so bleibt doch bestehen, daß diese nicht in der Lage gewesen ist, sich aus eigener Kraft aus dem Sumpf herauszuretten, in den sie in 45 Jahren des SED-Regimes hineingeraten war. Es ist ihr dies auch nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ im Herbst 1989 nicht möglich gewesen, und dies ist auch fernerhin nicht zu erwarten. Denn auf den Fundamenten, die in über vierzig Jahren reglementierter Geschichtswissenschaft gelegt worden sind, läßt sich nicht einfach weiterbauen.

Dies soll freilich nicht heißen, daß hier allein der Transfer von Wissenschaftlern und wissenschaftlichem *Know-how* aus den westlichen Teilen Deutschlands helfen kann. Es kommt vielmehr darauf an, daß die Historiker in den neuen Bundesländern – wenn auch in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus dem westlichen Deutschland – selbst die Grundlagen eines neuen Geschichtsbildes schaffen. Dies ist, wie die gegenwärtige, ganz oberflächliche Debatte über den Staatssicherheitsdienst zeigt, ganz unverzichtbar; diese wird geführt, als ob es die übrigen Staatsorgane der ehemaligen DDR und das Politbüro der SED gar nicht gegeben habe.

Die innere Einigung der Deutschen steht noch aus. Wollen wir sie zustande bringen, so erfordert dies vor allem gründliche historiographische Forschun-

gen über das politische und gesellschaftliche System der DDR, über dessen Einbettung in das internationale System und nicht zuletzt über die DDR-Geschichtsschreibung selbst. Nicht Verdrängen oder Vergessen kann hier helfen, auch nicht trotziges Festhalten an gestrigen Positionen ungeachtet der veränderten Weltlage, sondern nur nüchterne, voraussetzungslose Forschung, die auch vor der Frage nicht halt macht, wie eigentlich die Herrschaftsmechanismen beschaffen waren, die zu einer weitgehenden Gleichschaltung der Geschichtswissenschaft in der DDR geführt haben,

und in welchem Maße dabei vorausseilende Anpassung im Spiel gewesen ist.

Die Exponenten der ehemals herrschenden Lehre der Geschichtswissenschaft in der DDR sollten sich, so meine ich, in der öffentlichen Debatte dabei einstweilen eher zurückhalten. Am wenigsten aber können wir Selbstzufriedenheit und Überheblichkeit auf seiten derer brauchen, die niemals den Herrschaftszwängen eines totalitären Systems ausgesetzt gewesen sind.

## **Wolfgang Küttler: Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17-18/92, S. 3-13

Fragen des Umbruchs und Neubeginns der Geschichtswissenschaft in den neuen Bundesländern sind erstens Probleme der Bilanz der bisherigen DDR-Historiker, zweitens Fragen von Vergangenheit und Zukunft der Geschichtswissenschaft in ganz Deutschland und drittens eine Angelegenheit des Neuanfangs der Historiographie in Forschung und Lehre und damit der Wissenschaftspolitik, womit Interessen und Existenzen berührt sind. Der Umbruch von 1989 ist mit dem Ende der DDR auch das Ende ihrer stark in das System eingebundenen Geschichtswissenschaft.

Umbruch und Verantwortung betreffen eine ganze Generation von Historikern, die Krieg und Nationalsozialismus erlebt hatten und mit sozialistischen Idealen damals einen Neuanfang in Deutschland erreichen wollten. In der SBZ und DDR war dieser Neubeginn von Anfang an schwer durch den Stalinismus belastet.

Umbruch in der Geschichtswissenschaft ist zunächst eine Frage der Verantwortung der bisher etablierten Historiker, zu denen auch der Autor gehörte. Diese Verantwortung ist differenziert und individuell; sie betrifft aber auch das gesamte wissenschaftspolitische System. Durch die These von der „Instrumentalisierung“ wird sie nur passiv erfaßt; es geht aber auch um die aktive Rolle, das Engagement der DDR-Historiker für das damals bestehende System.

Der Umbruch erfordert zudem eine nüchterne Gesamtbilanz. DDR-Historiographie war zugleich Herrschafts- und Legitimationswissenschaft sowie Teil der „Ökumene der Historiker“. Sie hat national und international beachtete Leistungen aufzuweisen. Diese standen zumeist nicht neben der Ideologie und der Politik. Staat und Partei belasteten die Wissenschaft nicht nur, sondern förderten sie auch, weil die Legitimationsfunktion nur dadurch voll erreicht werden konnte. Der Neubeginn ist schwer. Altlasten und neue Belastungen erschweren die Arbeit in Forschung und Lehre. Die bisherigen Ansätze laufen Gefahr, bei den Versuchen der Neubestimmung nur frühere Tendenzen der internationalen Historiographie zu wiederholen. Marx-orientierte Richtungen sollten aber eine Chance haben.

## **Karlheinz Blaschke: Geschichtswissenschaft im SED-Staat. Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17-18/92, S. 14-27

Aus dem persönlichen Erleben eines in der DDR verbliebenen bürgerlichen Historikers wird das System der SED-Geschichtswissenschaft als Teil des Manipulierungs- und Herrschaftsapparates dargestellt und im Blick auf Personen, Institutionen und Funktionen erläutert. Dieses System war nicht in der Lage, die friedliche Revolution des Herbstes 1989 mit zu vollziehen. Im Prozeß seiner Auflösung vollzogen viele seiner bisherigen Träger krasse Kehrtwendungen und versuchten unter Ausnutzung ihrer zu DDR-Zeiten erlangten Stellung, ihre berufliche Position zu retten, während die Erkenntnis persönlicher Schuld auf Ausnahmen beschränkt blieb.

Dieses typische Verhalten der altetablierten SED-Historiker während der Wende läßt sie weitgehend als ungeeignet für den Neubeginn der Geschichtswissenschaft auf dem Boden der ehemaligen DDR erscheinen. Die Nachwuchskräfte waren infolge einer wenig beweglichen Wissenschafts- und Hochschulpolitik benachteiligt und sind heute nur bedingt konkurrenzfähig. Beim Umbau der Geschichtswissenschaft von den nach sowjetischem Vorbild eingerichteten DDR-Verhältnissen auf das bundesdeutsche System müssen mit Hilfe der Durchmischung neue Kräfte in den neuen Bundesländern eingesetzt und jüngere einheimische Wissenschaftler herangebildet werden, um eine dem demokratischen, liberalen Rechtsstaat adäquate Gestaltung geschichtswissenschaftlicher Lehre und Forschung zu schaffen.

## **Rainer Eckert: Entwicklungschancen und -barrieren für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17-18/92, S. 28-34

Die Historiker der ehemaligen DDR haben zur Herbstrevolution von 1989 vor allem deshalb so wenig beigetragen, weil sie der SED-Herrschaft freiwillig und überzeugt dienten. Diese Loyalität lag in einem raffinierten Auswahlverfahren künftiger Sozial- und Geisteswissenschaftler begründet und wurde durch ein Privilegien- und Überwachungssystem aufrechterhalten. Die personelle Grundlage für das Funktionieren der Kaderelite des SED-Staates begannen Schulen und Universitäten der SBZ/DDR schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu schaffen und sie bauten diese in den folgenden Jahren ständig aus.

In den achtziger Jahren war die ideologische Gleichschaltung dann weitgehend erreicht. Bis es soweit war, gab es beispielsweise an der Sektion Geschichte der Berliner Humboldt-Universität mehrere Wellen politischer Repressionen, die ihren Höhepunkt 1971/72 erreichten. Diese Sektion (jetzt Institut für Geschichtswissenschaften) unternahm nach dem Herbst 1989 nichts, sich öffentlich ihrer eigenen Vergangenheit zu stellen. Erst eine Gruppe ehemals politisch verfolgter Studenten konnte eine umrißhafte Klärung des parteipolitisch motivierten Vorgehens gegen Studenten, Mitarbeiter und Lehrende erzwingen. Bis heute war jedoch – bedingt durch das Schweigen der ehemaligen „Täter“ und den blockierten Zugang zu wichtigen Akten – keine detaillierte Rekonstruktion der Strukturen politischer Verfolgung im Zusammenspiel von SED, Staatssicherheit, FDJ, Sektionsleitung, Professoren und studentischen Zuträgern möglich. Weitere Aufschlüsse sind jetzt allerdings durch die Offenlegung der SED- und Staatssicherheitsakten zu erwarten. Die weitere Klärung der Repressionsmechanismen wird sich für die Zukunft des Institutes für Geschichtswissenschaften auch deshalb als wichtig erweisen, weil die dort mit Hilfe politischer Verfolgungen geschaffenen personellen Strukturen – inzwischen parallel zu Neuberufungen – weiter bestehen. Das gilt ähnlich für andere universitäre Einrichtungen in Ostdeutschland.

Wissenschaftler, die sich durch Bespitzelung und Unterdrückung von Kollegen im Rahmen des MfS oder durch andersartige Denunziationen schuldig gemacht haben, sollten dort keinen Platz mehr haben. Auf der anderen Seite muß umgehend durch die zuständigen Politiker ein gangbarer Weg zur Rehabilitierung von aus politischen oder religiösen Gründen benachteiligten oder verfolgten Schülern und Studenten gefunden werden, der diesen wenigstens einen Teil der ihnen vorenthaltenen Lebenschancen zurückgibt.

## **Wolfgang J. Mommsen: Die Geschichtswissenschaft in der DDR. Kritische Reflexionen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17-18/92, S. 35-43

Die demokratische Revolution in Osteuropa, deren Ergebnis und Höhepunkt die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gewesen ist, ist in allem Wesentlichen das Werk des beharrlichen Drängens der Dissidenten in den osteuropäischen Ländern gewesen. Im Unterschied zu den Ländern Osteuropas haben Historiker, namentlich solche in Positionen an den Universitäten und Forschungsinstituten, in den Bürgerbewegungen der DDR so gut wie keine Rolle gespielt, ja überwiegend das bestehende SED-Regime bis zur letzten Minute unterstützt. Dieses Verhalten wirft ein Schlaglicht auf die Geschichtswissenschaft in der DDR, die einem langen Prozeß der Indienstnahme durch das SED-Regime unterworfen gewesen ist.

Dies gilt vor allem für die ideologische Ausrichtung der Geschichtswissenschaft, die in das Prokrustesbett des Marxismus-Leninismus hineingezwungen und infolgedessen teilweise von den Quellen spontanen historischen Interesses abgeschnitten wurde und einen Teil ihrer Vitalität einbüßte. Dennoch hat die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR auch unter diesen restriktiven Bedingungen beachtliche Forschungsleistungen erbracht.

Gleichwohl wird eine weitreichende Reorganisation der Geschichtswissenschaft in den neuen Bundesländern erforderlich sein. Davon abgesehen besteht ein dringendes Bedürfnis zur Erforschung der jüngeren deutschen Geschichte im internationalen Zusammenhang, insbesondere aber der Geschichte der DDR, auch im Interesse des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands. Dies erfordert die enge Zusammenarbeit von Historikern aus den neuen Bundesländern und der alten Bundesrepublik, denn nur so kann ein neues, der gegenwärtigen Weltlage angepaßtes Geschichtsbild entstehen.